

Preußische Allgemeine

Nr. 36 · 4. September 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €

Der Unmut wächst

Während zehntausende Demonstranten in Berlin gegen die Corona-Politik protestieren, ignorieren die Entscheider in Politik und Medien das Unbehagen vieler Bürger

Seite 1, 3, 5 und 24



„Wir schaffen das!“ Vor fünf Jahren öffnete Angela Merkel die Grenze Seite 12



Tor zur Freiheit Das Durchgangslager Friedland wird 75 Jahre alt Seite 10

POLITIK UND GESELLSCHAFT

Die Gräben zwischen Eliten und Bürgern werden größer

Die Ereignisse vom vergangenen Wochenende in Berlin haben große Wellen geschlagen. Und sie offenbaren eine fortschreitende Spaltung der deutschen Gesellschaft

VON RENÉ NEHRING

Überraschend kommt die Entwicklung nicht. Seit Monaten schon protestieren Bürger verschiedenster Couleur gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie und die damit verbundene weitgehende Stilllegung des öffentlichen Lebens. Bereits Anfang August kamen auf Einladung der Initiative „Querdenken 711“ in Berlin Zehntausende zusammen, um die Aufhebung der Corona-Restriktionen zu fordern.

Ignoranz in Politik und Medien

Am vergangenen Wochenende nun kamen laut Polizei-Angaben knapp 40.000 Teilnehmer nach Berlin – und damit doppelt so viele wie vier Wochen zuvor. Aufgeladen wurde die Stimmung bereits vorab durch den Versuch des Innensenators Geisel, die Demonstrationen mit dem Verweis auf die geltenden Corona-Verordnungen zu unterbinden. Auch wenn dieses Vorhaben in zwei Verwaltungsgerichtsinstanzen gestoppt wurde, so war dadurch ein Klima des gegenseitigen Misstrauens geschaffen.

Die Hauptveranstaltung von „Querdenken“ (siehe Seite 3) fand weitgehend geordnet statt. Allerdings berichteten die Medien kaum darüber, sondern vielmehr über das Verbot einer Nebendemonstra-

tion – und ab dem Abend dann über einen „Sturm“ auf den Reichstag. Obwohl an diesem „Sturm“ nur ein paar hundert Menschen beteiligt waren, und obwohl die ganze Aktion nur wenige Minuten gedauert hat, wurde in den folgenden Tagen fast ausschließlich darüber berichtet.

Zu Beginn der Corona-Pandemie wurden die Entscheider in Bund und Ländern für ihr Krisenmanagement allenthalben gelobt. Doch mit zunehmender Dauer der Ausnahmesituation nahmen auch die Zweifel an der Gefährlichkeit des Coronavirus und am Nutzen der zu seiner Eindämmung verhängten Maßnahmen zu. Den neuen Alltag, in dem Sportveranstaltungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, in dem Kultur- und Freizeiteinrichtungen geschlossen sind und in dem selbst an Wochenendabenden Restaurants in den Großstädten bereits um neun schließen, weil keine Gäste da sind, empfinden viele Bürger längst als eine „bleierne Zeit“. Ein Eindruck, der nicht zuletzt dadurch verstärkt wird, dass über all die Maßnahmen kaum gestritten wird und dass bisher kein Bundestag und kein Landtag infrage gestellt hat, wie die Regelungen in Bund und Ländern seit Monaten über den Ausnahmezustand verfügen.

Im Jahre 2018 gründete Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Initiative „Deutschland spricht“, bei der Angehörige verschiedenster gesellschaftlicher

Gruppen zusammengeführt wurden. Wo bleibt eine ähnliche Initiative in Zeiten der Corona-Pandemie? Warum geht nicht irgendein Fraktionsvorsitzender oder ein Minister auf die „Querdenker“ zu und spricht mit ihnen?

Als 2019 die „Fridays for Future“-Demos die Welt bewegten, marschierten rund 10.000 „FFF“-Anhänger durch Berlin. Die Protagonisten der Bewegung, die schwedische Schülerin Greta Thunberg und die Deutsche Luisa Neubauer, waren monatelang auf allen medialen Kanälen. Warum sind die 40.000 „Querdenker“ nicht im Fernsehen zu sehen? Warum zeigen die Nachrichtensendungen keine Aufnahmen von der Abschlusskundgebung? Warum keinen O-Ton von Fußballweltmeister Thomas Berthold? Und warum wird „Querdenken“-Gründer Michael Ballweg nicht in eine der reichweitenstarken Talkshows geladen?

Wundert sich unter den Entscheidern in den Redaktionsstuben angesichts dieser Diskrepanz in der Berichterstattung über die beiden Bewegungen tatsächlich noch jemand darüber, dass ein Teil der Bürger ihnen nicht mehr vertraut?

Der „Fall“ Sarrazin

Anfang der Woche wurde das neue Buch von Thilo Sarrazin vorgestellt (siehe Seite 2). Seitdem der Autor vor zehn Jahren seinen Bestseller „Deutschland schafft sich

ab“ veröffentlichte, der inzwischen das meistverkaufte deutsche Sachbuch seit 1945 (!) ist, wurde er zur *persona non grata*, die kein Sender mehr einlud, deren Bücher keine große Zeitung mehr rezensierte und die am Ende von der eigenen Partei, der SPD, nach 47 Jahren Mitgliedschaft hinausgeworfen wurde. Und das alles, weil Sarrazin Fakten zusammenträgt, die das Scheitern politischer Großprojekte wie der Zuwanderung belegen.

Gleichwohl konnte sein Verleger am Montag verkünden, dass für den „neuen Sarrazin“ bereits „eine sechsstellige Zahl“ an Bestellungen vorliegt. Dass ein Publizist trotz der Missachtung aller Leitmedien zum erfolgreichsten Autor werden kann, belegt einmal mehr die Diskrepanz zwischen der veröffentlichten Meinung und der Stimmung „draußen im Lande“.

Für wieviel Prozent der Gesellschaft die „Querdenker“ stehen, ist schwer zu sagen. Fest steht, dass die zehntausenden Demonstranten – was immer man auch von ihnen halten mag – weitaus zahlreicher waren als die Anhänger vieler anderer Bewegungen, um die sich Politik und Medien intensiv gekümmert haben.

Die Frage ist, ob bei den politischen Entscheidern irgendjemand einen Schritt auf die Demonstranten zugeht – oder ob sie weiterhin zusehen wollen, wie das Unbehagen der Bürger wächst – und die Bewegung weiter Zulauf erhält.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Jungen tun sich in der Schule immer schwerer. Eine Ursachenbetrachtung Seite 4

Wirtschaft

Wie Corona-Milliarden in den Taschen von Milliardären landen Seite 7

Kultur

„Schicksalssinfonie“: Beethovens wertvoller Aufenthalt in Schlesien Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Königsberg streitet darüber, wie Altbauten rekonstruiert werden sollen Seite 13



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer neuen Webseite paz.de



4 191814 302902 36
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

GESELLSCHAFT UND POLITIK

Ein hilfreiches Buch

In seiner neuen Streitschrift widmet sich der Volkswirt, Politiker und Autor Thilo Sarrazin der „Wirkung von Einwanderung in Geschichte und Gegenwart“

VON JOSEF KRAUS

Mit der Präzision eines Kalenders veröffentlicht Ex-Senator, Ex-Bundesbanker und nunmehr Ex-SPD-Mitglied Thilo Sarrazin seit 2010 alle zwei Jahre ein neues Buch. Wer auch nur eines der bislang fünf Sarrazin-Bücher gelesen hat, weiß, dass der Autor in jede seiner Schriften größten Fleiß, unerschöpfliches Durchhaltevermögen, umfassendste Recherchearbeit und tief-schürfende Begleitlektüre investiert. Sarrazins Bücher gelten gleichwohl als politisch nicht korrekt. Kanzlerin Merkel meinte bereits nach dem ersten Sarrazin-Buch „Deutschland schafft sich ab“ (2010), dass dieses Buch „nicht hilfreich“ sei. Nun ja, hätte Merkel dieses 2010er Buch gelesen, wäre sie im Spätsommer 2015 mit ihrer auch rechtlich höchst fragwürdigen Grenzöffnung nicht in die Humanitarismus-Falle getappt. Und hätte die SPD dieses Buch ihres nun gefeuerten und Nicht-mehr-Parteimitglieds gelesen, wäre sie vermutlich nicht auf 15 Prozent im Westen und auf unter zehn Prozent im Osten der Republik abgestürzt.

Realitäten statt „Thesen“

Inwieweit diese aktuellen Hintergründe auf die Rezeption des neuen „Sarrazin“ einwirken, wird sich zeigen. Bislang stürzte sich die linkslastige Mainstream-Presse auf jedes Buch Sarrazins, um es zu skandalisieren: „Islamophob“, „xenophob“, „rassistisch“ seien seine Thesen; so betet es übrigens auch die SPD, Sarrazins (vormalige) Partei, vor. Auseinandergesetzt hat sich niemand aus diesen politischen und publizistischen Zirkeln mit Sarrazins Büchern. Sonst könnten die Kritiker nicht von „Thesen“ sprechen, sondern müssten zur Kenntnis nehmen, dass Sarrazin Realitäten beschreibt. Unleugbare, etwa hinsichtlich Demographie, Gewaltkriminalität, Bildungsniveau, Kosten und so weiter. Aber dem heute vielfach üblichen, auch öffentlich-rechtlichen Haltungs- und Gesinnungsjournalismus geht es weniger um „richtig“ versus „falsch“, sondern um „gut“ versus „böse“. Den Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft hat Hermann Lübbe dies einmal genannt.

Nun also zum 31. August 2020 der neue „Sarrazin“ mit dem Titel: „Der Staat an seinen Grenzen. Über Wirkung von Einwanderung in Geschichte und Gegenwart“. Was bewegte den Autor hier? Auf Seite 349 schreibt er dazu: „Die Erkenntnis, dass Massenauswanderung aus Afrika und dem westlichen Asien den betroffenen Ländern bei der Lösung ihrer Probleme nicht hilft, für die Zielländer in Europa aber in vielerlei Hinsicht bedrohlich und potenziell destabilisierend ist, war der Anlass, dieses Buch zu schreiben.“

Kompodium zur Weltgeschichte der Einwanderung

Der welthistorisch interessierte Leser wird auf den ersten 170 Seiten des neuen Sarrazin-Buches auf seine Kosten kommen. Das Kapitel 1 ist das mit Abstand längste des Buches, es ist überschrieben mit „Zur Weltgeschichte der Einwanderung“. Darüber kann man auch Tausende von Seiten und zig Bücher lesen. Der Volkswirt und Bankier Sarrazin hat das offensichtlich sehr intensiv getan. Denn dieses Kapitel bietet in kompakter Form, was man über Zehntausende an Jahren der Migration wissen sollte. Der Autor selbst nennt das Kapitel einen „Parforce-

Ritt“ durch die Menschheitsgeschichte und begründet dies mit der Bemerkung: „Geschichte wiederholt sich zwar nicht, dennoch kann man in Bezug auf die Ursachen, Wirkungen und Folgen von Einwanderung sehr viel aus ihr lernen: Wann, für wen und aus welchen Gründen war Einwanderung ein Segen, und wann war sie ein Fluch.“

Sarrazins menschheitsgeschichtlicher Rückblick reicht von der Wiege des „Homo sapiens“ vor 200.000 bis 100.000 Jahren in Afrika über dessen Wanderungen nach Europa, Asien und Australien bis hin zu frühen Hochkulturen, vor allem in Ägypten und Israel. Über Rom und Athen kommt Sarrazin auf die Germanen zu sprechen, näherhin auf Goten, Westgoten, Ostgoten, Burgunder, Sueben, Vandalen, Alemannen,

Franken, Langobarden, Sachsen, Angeln, Angelsachsen, Wikinger und Normanen. Deziert widmet er sich den Arabern und dem islamischen Kalifat. Er scheut sich nicht, deutlich zu machen, dass die ausgeprägteste Form von Sklaverei im islamischen Kulturkreis stattgefunden habe.

Zur Sprache kommen ferner Indien, China, Japan, das Osmanische Reich sowie die mittelalterliche deutsche Ostsiedlung. Gegen den historisch korrekten Strich gebürstet ist dann vor allem Sarrazins Darstellung des Kolonialismus und seiner Folgen. Er schreibt: „Nach dem Ende der Kolonialzeit vor 60 Jahren bleibt die Entwicklung in Afrika, insbesondere in Subsahara-Afrika, deutlich hinter anderen ehemaligen Kolonialgebieten zurück.“ An späterer Stelle wird

Sarrazin noch deutlicher: „Es hat sich ein ausufernder postkolonialer Diskurs etabliert, der die Opferrolle der ehemaligen Kolonien in den Mittelpunkt stellt, aber z.B. um die koloniale Vergangenheit des Osmanischen Reiches einen großen Bogen macht.“ Das sei eine „Ideologie, die unter Verzicht auf historische Trennschärfe die Vergangenheit zulasten der Europäer moralisieren will“.

Migration in der Gegenwart

Politisch brisant wird es in dem Buch später, vor allem ab dem „Einschnitt 2015“. Ab hier macht Sarrazin deutlich, was ungesteuerte Masseneinwanderung mit Europa macht. Kanzlerin Merkel kommt dabei nicht gut weg. Sarrazin sieht als Konstante Spät-Merkelscher Politik durchgehend einen irrationalen

Humanitarismus. Diesen belegt er unter anderem mit Merkels Zustimmung zum „Migrationspakt“ der UN. Dieser UN-Migrationspakt, zu dessen Unterzeichnung Merkel im Dezember 2018 extra nach Marrakesch geflogen war, verspricht Migration als Quelle des Wohlstands, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung; er klammert allerdings den entscheidenden Grund für die Migrationsströme der Gegenwart, nämlich die anhaltende Bevölkerungsexplosion in Afrika sowie im Nahen und Mittleren Osten, völlig aus. Sarrazin dazu wörtlich: „So baut der gesamte Migrationspakt strategisch auf einer an den Anfang gesetzten fundamentalen Lüge auf ...“ Und weiter mit Blick auf Merkel: „Es bleibt ein Rätsel und eine Schande, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Abkommen mit solchen Texten im Namen Deutschlands unterschrieben hat.“

Für Deutschland und Europa zieht Sarrazin die Schlussfolgerung: „Eine wirksame quantitative Begrenzung der Einwanderung aus Afrika und dem westlichen Asien ist für Deutschland und Europa eine vitale politische und gesellschaftliche Notwendigkeit. Für die Legitimation des demokratischen Systems kann sie zu einer Überlebensfrage werden.“ Und diejenigen, die etwa nach Deutschland einwandern wollten, müssten laut Sarrazin auch die Bereitschaft mitbringen, die in Deutschland geltende „Leitkultur“ zu verinnerlichen. Darüber hinaus fordert der Autor ein wirksames Grenzregime, eine Beschleunigung der Asylverfahren auf eine Dauer von maximal 30 Tagen, eine konsequente Abschiebep Praxis sowie ein Zurück beim Asyl-Artikel 16 des Grundgesetzes hin zum Grundsatz, der bei dessen Einführung galt.

Ein Feuerwerk an Fakten

Von der deutschen Entwicklungspolitik erwartet Sarrazin, dass Transferleistungen nur noch erfolgen sollen, wenn die betreffenden Herkunftsländer der „Schutzsuchenden“ bei deren Rückführung und deren Identitätsüberprüfung behilflich sind. Flüchtlinge, die mit Hilfe von Schleppern den Weg über das Mittelmeer wählen, sollten aufgelesen und an ihren Ausgangspunkt zurückgebracht werden – gegebenenfalls unter militärischem Schutz. Militärische Interventionen als Methode zur Bekämpfung von Fluchtursachen sieht Sarrazin allerdings sehr skeptisch: „Bei der Betrachtung aller militärischen Interventionen des Westens in Afrika und dem westlichen Asien über die vergangenen Jahrzehnte hinweg verspüre ich eine tiefe innere Spaltung. Möglicherweise hätte eine strikte Politik der Nicht-Intervention dazu geführt, dass Konflikte schneller ausbrennen und dass sich neue Machtstrukturen schneller etablieren, sodass es vielleicht sogar weniger Blutvergießen gegeben hätte.“

Alles in allem: Die Lektüre aller 480 Seiten von „Sarrazin Nummer 6“ samt der über 600 Querverweise, Belege, Quellen und so weiter lohnt. Das Buch ist ein Feuerwerk an Fakten, Belegen, Quellen, Tabellen, Argumenten, die jeder braucht, der sich um dieses, das Land spaltende Thema kümmert oder der hier sachgerecht mitdiskutieren will. Hierfür ist das Buch sehr „hilfreich“.

● **Thilo Sarrazin: „Der Staat an seinen Grenzen. Über Wirkung von Einwanderung in Geschichte und Gegenwart“**, München, Langen Müller, gebunden, 480 Seiten, 26 Euro



Bei der Vorstellung seines neuen Buches vergangenen Montag in Berlin: Thilo Sarrazin

Foto: pa

Zitate aus „Der Staat an seinen Grenzen“

„Was in Südafrika oder in Somalia schief läuft, kann nicht in Deutschland oder Europa geheilt werden.“ (S. 12)

„Eine quantitativ überragende Rolle spielte bis ins 20. Jahrhundert hinein die Sklaverei im islamischen Kulturkreis ... Die systematische Sklavenjagd durch Raubzüge aus der islamischen Welt begann um 650 und endete erst um 1920 im Wesentlichen durch die Interventionen der Kolonialmächte in Afrika.“ (S. 90/91)

Zur großen Hoffnung, die in das Ende der Apartheid in Südafrika gesetzt wurde, schreibt Sarrazin: „Diese Hoffnung hat sich nicht bestätigt. In Südafrika breitete sich eine Flut von Korruption aus. Das Bildungswesen ging zurück, wo südafrikanische Universitäten Weltgeltung hatten, haben sie diese verloren. Das Wirtschaftswachstum stagniert, Ausfälle in der Infrastruktur nehmen zu. Anstatt dass Südafrika andere Staaten Subsahara-Afrikas auf sein Niveau hochzieht, gleicht es sich eher nach unten an das allgemeine subsaharische Niveau an.“ (S. 139)

„Es ist für ein Land ein großes Glück und eine gute Voraussetzung künftiger Stabilität, wenn seine Bevölkerung eine gewisse ethnische und kulturelle Homogenität aufweist und frei von religiösen Spannungen durch islamische Bevölkerungsgruppen ist.“ (S. 171/172)

„Besonders absurd ... wird es, wenn die indogermanische Einwanderung vor 5000 Jahren heutzutage als scheinwissenschaftliche Begründung dafür dienen soll, dass es sich bei der Massenzuwanderung seit 2015 um einen ganz normalen, quasi routinehaften Vorgang der Menschheitsgeschichte handle, den

nur Deppen oder Rassisten anders als normal und organisch wahrnehmen könnten.“ (S. 196)

„Ein Wohlfahrtsstaat ohne wirksam geschützte Grenzen ist nicht überlebensfähig.“ (S. 223)

Zum UN-Migrationspakt vom Dezember 2018: „Es bleibt ein Rätsel und eine Schande, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Abkommen mit solchen Texten im Namen Deutschlands unterschrieben hat.“ (S. 234)

„Besser wäre es für alle Seiten, wenn die Tüchtigsten und Qualifiziertesten im Herkunftsland verblieben, um dort die Entwicklung anzustoßen.“ (S. 269)

„Auch die Menschen in Mali können den Lebensstandard der Franzosen genießen, wenn sie eine vergleichbare Mentalität ausbilden, ihre Bevölkerungsexplosion in den Griff bekommen, vergleichbare Institutionen schaffen, ein vergleichbares Bildungssystem entwickeln und vergleichbar fleißig und produktiv sind. Das gilt grundsätzlich für jedes Land auf der Erde.“ (S. 272/273)

„Mit 30 Millionen Quadratkilometern ist Afrika dreimal so groß wie Europa. Es verfügt über sehr günstige Klimazonen, über 60 % aller Böden auf der Welt, die für landwirtschaftliche Nutzung geeignet sind, und über ungeheure Bodenschätze.“ (S. 354)

„Das Verhalten Ungarns, und nicht die Vereinbarung Angela Merkels mit Erdogan, war im März 2016 entscheidend für die Unterbrechung der Balkanroute und das Abebben des Flüchtlingsstroms.“ (S. 380)

Gesichter einer Protestbewegung

Am 29. August 2020 fand in Berlin – nach vorherigem Verhinderungsversuch durch den Innensenator – die weltweit größte Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen statt. Ein persönlicher Bericht eines Teilnehmers

VON WULF WAGNER

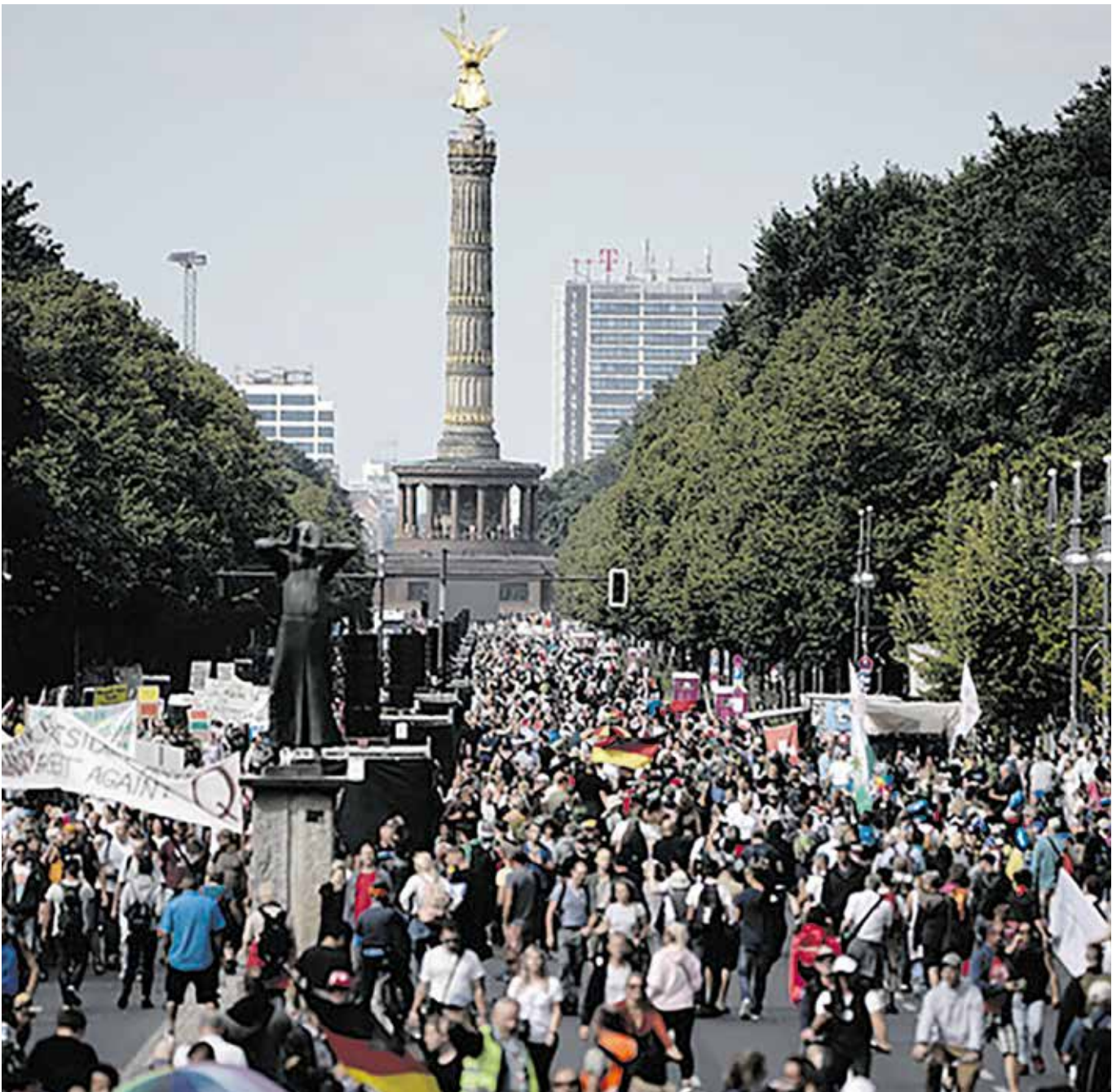
Der Himmel meinte es gut mit den Demonstranten in der deutschen Hauptstadt am vergangenen Sonntagabend. Nach grauen Regentagen schien am 29. August wieder die Sonne herab auf Berlin, das von dem Stargast Robert F. Kennedy jr. unter größtem Jubel wie einst von seinem Onkel John F. Kennedy zur „Front gegen den Totalitarismus“ erklärt wurde. Ob man diesen Begriff, der sich 1963 gegen den kommunistischen Osten und heute gegen die weltweiten Corona-Restriktionen richtet, als Übertreibung oder nicht empfindet, zeigt bereits die kontroverse Diskussion, in der wir alle stecken. Und egal, ob die Menschen in Deutschland und in der Welt die Corona-Maßnahmen für richtig erachten oder nicht – einig dürften sie sich alle in einem Gefühl der Beklemmung und der Unsicherheit sein. Und wohl die meisten dürfte eine bange Frage bewegen: Was passiert mit uns? Im Augenblick und in Zukunft? Da die Politik eine Antwort darauf nicht geben will oder kann, suchen mehr und mehr Bürger selbst diese Antwort – und tun sich mit anderen gleichsam Fragenden zusammen.

Eine bunte Mischung

Vor diesem Hintergrund fanden sich bereits am 1. August 2020 auf einen Aufruf der Bewegung „Querdenken 711“ hin zehntausende Demonstranten in Berlin zusammen, um ihrem Unbehagen an der gegenwärtigen Lage Ausdruck zu verleihen (siehe PAZ 32/2020). Und vor diesem Hintergrund muss man die Fassungslosigkeit jener besorgten Bürger sehen, als sie Mitte vergangener Woche von dem Versuch des Berliner Innensensors erfahren, die ihm politisch nicht genehme Demonstration unter dem Vorwand des Infektionsschutzes verbieten zu wollen. Doch der juristische Kampf um diese Demonstration endete in der klaren Entscheidung gegen ihre Behinderung.

Dass der Demonstrationzug am Sonntagabend von der Polizeileitung dennoch blockiert worden ist, interessierte zwar einige Medien, die Demonstranten jedoch nicht. Als ich gegen 13.30 Uhr in der Friedrichstraße ankam, war diese mit einer unübersehbaren Menge fröhlicher Menschen gefüllt. So blieb es in der Straße Unter den Linden, die gesamte Straße des 17. Juni entlang bis rund um die Siegessäule und darüber hinaus in die breiten Seitenstraßen des Großen Sterns sowie auf den Wiesen im Tiergarten. Trotz der pauschalen Verleumdungen der Demonstranten im Vorfeld als „Corona-Leugner“, „Reichsbürger“ und „Verschwörungstheoretiker“, strömten Menschen aus ganz Deutschland und weit darüber hinaus zusammen. Eine ältere Dame kam eigens mit einem frühen Bus aus Bonn, um abends begeistert zurückzufahren. Fahnen aus Italien, Russland oder Israel wurden ebenso geschwenkt wie deutsche.

Jedem Teilnehmer war bewusst, dass er hier nicht nur gegen die Macht der Politik und der Medien, sondern auch gegen einen großen Teil der Bevölkerung steht. Nicht jeder sieht in einer solchen Menschenansammlung einen Einsatz für die Meinungsfreiheit, viele sehen darin – angesichts einer Pandemie, von der Politiker und das Robert-Koch-Institut sprechen, an die sie selbst jedoch nicht glauben – eine Unverantwortlichkeit gegenüber den Mitmenschen. Die Macht der Medien ist gewaltig: Eine Frau erzählte mir, dass, obwohl sie in einem Krankenhaus arbeite und wie alle ihre Kollegen von den Corona-Maßnahmen und deren Nebenwirkungen schockiert sei, die Menschen in ihrem privaten Umfeld lieber ARD und ZDF vertrauten. So spalten sich derzeit Nachbarschaften, Familien oder das berufliche Umfeld. Und Poli-



Bilder von der Abschlusskundgebung: Rund 40.000 Demonstranten kamen laut Polizeiangaben am 29. August rund um den Großen Stern in Berlin zusammen, um gegen die Corona-Verordnungen zu demonstrieren

Foto: pa

tik und Medien, so empfinden es viele, spalten kräftig mit, indem sie sich an der sozialen Ausgrenzung all jener beteiligen, die sich nicht fügen wollen. So gehörte für die meisten Teilnehmer durchaus Mut dazu, nach Berlin zu kommen.

Mut statt Angst

Mut aber ist die Grundvoraussetzung der doch so oft geforderten „wehrhaften Demokratie“. Und da Politik und Medien seit Jahren mit immer neuen Bedrohungsszenarien – wie dem Klimawandel oder jetzt der Corona-Pandemie – die Menschen von einer Angst in die nächste treiben, verkündete der junge Rechtsanwalt Markus Haintz in seiner Abschlussrede, dass nun das „Klima der Angst durchbrochen“ sei, „wir alle Mut gezeigt [haben], und dieser Mut um die Welt [geht]“. Und weiter: „Wir lassen uns nie wieder von Angst leiten“, denn „wir haben eine unfassbare Kraft in uns.“

Wo Politiker anstatt von „Zügel anziehen“ zu sprechen die Bürger verantwortungsvoll beruhigen und stärken sollten, geschieht dies nun durch Menschen, die vor ein paar Monaten in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt waren; neben Markus Haintz Veranstalter Michael Ballweg, Youtuber, Sänger und Liedermacherinnen wie Alex Olivari oder „Alien’s Best Friend“ – oder eben Kennedy jr., von dem zumindest ich erst kurz zuvor erstmals hörte, der das große Thema war und der einen gewaltigen Applaus erhielt. Freiheit, Wahrheit, Liebe und Friede – das sollte die Botschaft sein, die an diesem Tag von Berlin in die Welt gesandt wurde.

Zum Friede gehört auch der innere Friede, daher will die Bewegung „Querdenken“ auch endlich Schluss machen mit dem „Klima der Spaltung“ in unserer Gesellschaft. Zitat Rechtsanwalt Haintz: „Wir können uns gerne irgendwann wieder demokratisch streiten, aber momentan haben wir alle das gleiche Ziel.“ Um dies zu erreichen, hatte man die

verschiedensten Redner auf die Bühne gebeten, die mit unterschiedlichem Gehalt, Qualität und Unterhaltungswert für ein vielseitiges Programm sorgten: informative Vorträge von „Ärzte für Aufklärung“ und „Anwälte für Aufklärung“, Berichte zweier Polizisten oder eines Schweizer Mädchens, das von den lockeren Maßnahmen in ihrem Land erzählte, freie Journalisten oder Aktivisten wie KenFM oder Heiko Schrang, ein Grünen-Politiker, der von seiner Ausgrenzung innerhalb seiner Partei berichtete, ein etwas in die Jahre gekommener, auf einen neuen Sozialismus hofender Alt-68er, manch Esoteriker und nicht zuletzt Fußballweltmeister Thomas Berthold – alles im Internet abrufbar.

Abgrenzung gegen Extremisten

Ausgegrenzt wurde niemand. Die Veranstalter distanzieren sich allein klar von linksradikaler wie rechtsradikaler Gewalt. Ansonsten erkennen sie, dass eine Gesellschaft aus verschiedenen politischen Meinungen bestehen muss, dass wir uns wieder zuhören müssen, um gemeinsam einen Weg in die Zukunft zu finden. Auch deshalb grüßte Haintz alle Politiker, „egal von welcher Partei“.

Das aber ist wohl das Bedeutendste an der Protestveranstaltung, dass sie Menschen friedlich zusammenführt, die sonst kaum zueinander passen und wohl kaum zueinander gefunden hätten: barfüßige Hippies neben Preußen-Fahnen-Trägern, Ex-Grüne neben Zehlendorfer Damenkränzchen, Partyszene und junge Familien, Studenten neben dem Berliner Typ mit Bierflasche, Alte und Junge, Rechte und Linke oder einfach Menschen mit Schildern wie „Endlich NORMALE Leute“ oder „Ich bin keine Linke, keine Rechte, keine Impfgegnerin und keine Regierungsgegnerin, sondern ich bin eine informierte, besorgte Bürgerin und gläubige Christin“. Eine Freundin, die ich im Gedrängel verpasste, schrieb später: „Also ich fand den Menschenmix interessant und wichtig. Die ruhige und diszipli-

Ausgegrenzt wurde niemand. Die Veranstalter distanzieren sich allein klar von linksradikaler wie rechtsradikaler Gewalt. Ansonsten erkennen sie, dass eine Gesellschaft aus verschiedenen politischen Meinungen bestehen muss

nierte Atmosphäre. Ein wichtiges Gefühl zu wissen, dass man mit seinen Gedanken und Meinungen zum Thema doch nicht alleine ist. Der Alltag lässt das manchmal vermuten.“

Sorgen um die Zukunft

Die Menschen vereint nicht allein die Sorge um ihre Freiheit, sondern sie schauen in unser aller ungeklärte Zukunft. Was wird in Deutschland und Europa aus der Mittelschicht? Was wird aus all den kleinen Geschäften und Betrieben, aus Restaurants und Bars, was wird aus der Tourismusbranche, etwa in Spanien oder Sizilien, das gerade eine neue Welle illegaler Migranten erlebt?

Ich selbst bastelte erstmals in meinem Leben ein Pappschild mit dem Text „Sofort! Wiederherstellung NORMALER Arbeitsbedingungen in Bibliotheken, Archiven und wissenschaftlichen Einrichtungen“, denn derzeit handelt es sich um Arbeitsbehinderungsmaßnahmen. Nicht nur Tagungen werden abgesagt, sondern nahezu die gesamte Kultur blockiert. Die Abhängigen an den Universitäten und in der subventionierten Kultur schweigen (noch) – doch was wird aus Theatern, Opernhäusern, Museen, Kinos?

So vielgestaltig das Publikum war, in einem scheinen sich – dem Applaus nach zu urteilen – alle einig zu sein: Den Mainstream-Medien glaubt man nicht mehr und der Politik auch nicht. Es gibt mittlerweile viele – und es scheinen vor allem die Frauen zu sein – die tief in die Themen einzudringen versuchen, sich bis in das Kleingedruckte der offiziellen Seiten der Bundesministerien, EU- oder Welt-Organisationen einarbeiten, um zu verstehen, was mit uns geschieht. Jede „offizielle“ Nachricht wird hinterfragt und nochmals woanders geprüft.

Misstrauen gegen die Medien, Vertrauen in die Polizei

Daher überschlugen sich alle möglichen alternativen Nachrichtenkanäle schon am Sonntag mit Fragen wie: Bei welcher Demonstration kam es wirklich zu Gewalt gegen Polizei? Warum konnte es zur „Sturmung“ des Reichstages kommen, stimmt der Begriff überhaupt? Warum erfolgte die anfängliche Verhinderung des gerichtlich genehmigten Demonstrationszuges? Dass die Qualitätsmedien vor allem negative Bilder zeigten und nun vor allem den lediglich von einer kleinen Gruppe erzeugten Nebenschauplatz „Reichstag“ hervorheben, wird nur zu einem führen: zu einem weiteren Vertrauensverlust in diese Art der Berichterstattung.

Einigkeit herrschte übrigens auch im Verhältnis der Anwesenden zur Polizei. Die Veranstalter taten alles, um sich an die behördlich geforderten Abstände zu halten. Ich selbst landete aufgrund der Aufrufe in der breiten Hofjägerallee, die vom Großen Stern zum Lützowplatz führt. Hier saßen ebenfalls Tausende auf der Straße, stets mit gewissem Abstand. Und wichtiger noch: Hier war keinerlei Polizei sichtbar – also offenkundig auch nicht notwendig. Im gesamten Bereich vom Brandenburger Tor bis rund um die Siegessäule waren bis in den Abend hinein keinerlei Aggressionen gegenüber Polizisten zu sehen, im Gegenteil: Den Beamten wurde immer wieder unter einstimmigem Applaus gedankt.

Eines freilich ist klar. Die Veranstalter von „Querdenken“ machen weiter: „Wir sind gekommen, um zu bleiben!“, riefen sie den Teilnehmern zu. Vielleicht sollten wir uns alle in dieser Ausnahmesituation wieder einmal den Königsberger Philosophen Immanuel Kant in Erinnerung rufen: „Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung frei gesprochen, dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben. – Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“

● MELDUNGEN

Sinkende Akzeptanz

Berlin – Lange Zeit konnte die Bundesregierung Traumwerte einfahren, was das Management der Corona-Krise angeht. Doch nun scheint sich die Stimmung ein wenig zu drehen. Während Anfang April noch über sechs Zehntel der Bürger Deutschland sich „eher in die richtige Richtung“ bewegen sahen, sind aktuell nur noch 49 Prozent mit dem Krisenmanagement ihrer Regierung zufrieden. Zeitgleich stieg die Zahl der Unzufriedenen laut einer Forsa-Umfrage rapide an. Am höchsten ist die Bereitschaft, die Einschränkungen noch länger oder gar einen zweiten Lockdown zu akzeptieren, bei den über 65-Jährigen, die laut allgemeiner Einschätzung eine Corona-Infektion am meisten zu fürchten haben. Die geringste Zustimmung findet sich in der berufstätigen Bevölkerungsgruppe, die unter 35 Jahren alt ist. „Die Politik kann nicht damit rechnen, für einen zweiten Lockdown die gleiche Zustimmung zu bekommen wie für den ersten“, sagt Hermann Binkert, Chef des Meinungsforschungsinstituts INSA. Dieser beträfe vor allem die Jüngeren. *P.E.*

Prinz von Preußen warnt

Berlin – Georg Friedrich Prinz von Preußen hat nach einer Kundgebung auf der Reichstagsstufe, bei der auch die schwarz-weiß-rote Fahne des Kaiserreichs gezeigt wurde, vor einer Instrumentalisierung der Geschichte für ideologische Zwecke gewarnt. Aus dem Missbrauch spreche Geschichtsvergessenheit. Der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ sagte der Ururenkel von Kaiser Wilhelm II., er setze sich „seit vielen Jahren dafür ein, dass wir uns mit unserer Geschichte einschließlich all ihrer Licht- und Schattenseiten bewusst auseinandersetzen“. Schwarz-Weiß-Rot wird auch von der sogenannten „Reichsbürger“-Bewegung benutzt, selbst Neo-Nationalsozialisten bedienen sich der kaiserlichen Flagge, da das Hakenkreuzbanner verboten ist. Etliche Politiker wiederum hatten Schwarz-Weiß-Rot geschichtsfälschend in die Nähe des NS-Regimes gerückt. *H.H.*

Grüner ausgeschlossen

Flensburg – Die Stadtratsfraktion der Grünen in Flensburg hat ihr Mitglied Claudio Siber ausgeschlossen. Als Grund wird angeführt, dass Siber auf der „Querdenken“-Demonstration in Berlin am 29. August gesprochen habe. Der Landesverband Schleswig-Holstein will ihn zudem aus der Partei werfen. Mit dem Auftritt in Berlin habe Siber „gegen grüne Werte gehandelt“, so Fraktionschef Clemens Schmidt. Der nunmehr fraktionslose Siber berichtet, er sei in seiner Fraktion schon zuvor „stigmatisiert und ausgegrenzt“ worden, weil er versucht habe, daran zu arbeiten, die Folgeschäden der Corona-Maßnahmen zu minimieren. In Berlin kritisierte er, dass es „keine funktionierende Opposition“ in Deutschland gebe. Dem Virologen Christian Drosten von der Berliner Charité warf er vor, ohne hinreichende substanzielle Basis Panik verbreitet zu haben. *H.H.*



FOTO: IMAGO IMAGES/JÜRGEN HEINRICH

Bei der Vorstellung des mittlerweile achten nationalen Bildungsberichts in der Bundespressekonferenz: Bundesbildungsministerin Anja Karliczek

BILDUNG

Jungen unterrepräsentiert

Mangel an männlichen Vorbildern wegen weiblicher Dominanz bei Erziehern und Lehrkräften

VON FRIEDRICH LIST

Vor Kurzem erschien der nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2020“. Die Bildungsberichte sollen alle zwei Jahre über die aktuelle Situation im deutschen Bildungswesen informieren. Sie entstehen im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bildungsexperten nehmen für diese Berichte nicht nur die Schulen unter die Lupe, sondern auch Kitas, Hochschulen, die berufliche Bildung und die Weiterbildung im Erwachsenenalter. Federführend ist hierbei das DIPF – Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation.

Für den Bereich der schulischen Bildung sieht der diesjährige Bericht eine Stagnation beim bisherigen Trend zu höheren Abschlüssen. In einigen Bundesländern schaffen weniger junge Menschen den Sprung auf das Gymnasium. Außerdem sinkt auch die Zahl derjenigen, welche die Mittlere Reife oder das Abitur erreichen. Und schon seit 2013 verlassen jedes Jahr mehr Jugendliche die Schule sogar ohne Hauptschulabschluss.

Laut dem Bericht gelingt es bei einem wachsenden Teil der Schülerschaft nicht,

für ein Mindestniveau beim Erreichen von Basiskompetenzen und entsprechenden Qualifikationen zu sorgen. Zudem konstatiert der Bericht für Kinder aus benachteiligten Gruppen deutlich schlechtere Ausgangsbedingungen. Der Report merkt zwar an, dass diese Benachteiligungen häufiger junge Männer und Jungen treffen als Mädchen und junge Frauen, bleibt aber nach Einschätzung der männerpolitischen Initiative MANN dat eine genauere Analyse des Problems wie auch genauere Daten schuldig: „Will man anschauen, in welchem Ausmaß junge Männer stärker betroffen sind als junge Frauen, sucht man vergeblich, selbst in den Tabellendaten“, so die Initiative in einem offenen Brief an das DIPF, „geschlechtsspezifische Daten sind hierzu im Bildungsbericht nicht vorhanden.“

Väter oft abwesend

Dabei schlagen auch Experten schon seit Jahren Alarm. Stichworte wie „Kleine Helden in Not“ oder „boys crisis“ verweisen darauf, dass Jungen im Schnitt größere Probleme haben, die Schule erfolgreich zu durchlaufen. Jungen verlassen häufiger die Schule ohne

Abschluss als Mädchen, sie sind beim Abitur unterrepräsentiert. Dafür stellen sie aber die Mehrheit auf Förder- und Hauptschulen. Sogar zwei Drittel aller Förderschüler sind Jungen. Bei der Lesekompetenz liegen sie laut den letzten PISA-Studien hinter den Mädchen. Auch im unteren mathematischen Kompetenzbereich finden sich mehr und mehr Jungen. So wiesen laut PISA 2015 15,9 Prozent aller Jungen Defizite im mathematischen Bereich auf, 2018 waren es dann schon 20,8 Prozent.

Außerdem fallen Jungen den Lehrkräften häufiger negativ auf. Auf den Online-Seiten des Bayerischen Lehrverbandes verweist Clemens M. Schlegel auf eine Studie der Universität Bamberg von 2003. 1308 Grundschullehrer waren zu Verhaltensauffälligkeiten von 27.000 Grundschulkindern befragt worden. Laut Studie wurden Jungen un-

gleich häufiger denn Mädchen als „stark auffällig“ eingestuft.

Tatsächlich fehlen bisher eindeutige Antworten auf die Frage nach den Ursachen. Schlegel vermisst Längsschnittstudien, die die einzelnen Faktoren in der Entwicklung von Jungen und Mädchen untersuchen und vergleichen. Er selbst sieht Gründe in der weiblichen Dominanz im Bildungswesen. Dadurch hätten Mädchen neben ihren Müttern auch Kindergärtnerinnen und Lehrerinnen als Vorbilder. Den Jungen fehlten diese Vorbilder oft. Männer fehlten wegen Scheidung oder langen Arbeitszeiten in den Familien und seien auch im Lehrerberuf unterrepräsentiert.

Jungenhafter Bewegungsdrang wird oft eingeschränkt. Dieter Dohmen vom Berliner Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie macht den starken Konformitätsdruck von Schule verantwortlich: „Es wird Zeit, dass wir zur Kenntnis nehmen, dass jeder Junge und jedes Mädchen ein Individuum ist, dem es gerecht zu werden gilt“, meint er. „Individuelle Stärken müssen gefördert und individuelle Schwächen bearbeitet werden, wenn sie sich verbessern lassen“, so Dohmen weiter. Zudem sollte Schule Fähigkeiten fördern, nicht nur abprüfbares Wissen.

„Bildung in Deutschland 2020“

BUNDESWEHR

SPD in Bielefeld gegen Ehrung für Gefallenen

Im Fahrwasser der Linken? Erst nach massiver öffentlicher Kritik will die Partei das Votum „überdenken“

„MARTIN AUGUSTYNIK GEFALLEN AM 2. APRIL 2010 IN AFGHANISTAN“ ist in eine Granitbank graviert. Seit Sommer 2019 befindet sie sich auf einem Platz im Stadtteil Quelle, der zum Bielefelder Bezirk Brackwede gehört. Aus Quelle stammt der Bundeswehr-Hauptgefreite Augustyniak, der im sogenannten Karfreitagsgefecht im Alter von 28 Jahren sein Leben verlor.

Nahe Isa Khel in der Provinz Kunduz war ein Spähtrupp von Aufständischen eingeschlossen worden. Der Einsatz gelang, das Gefecht endete aber mit einer Niederlage der Bundeswehr. Drei deutsche Soldaten fielen, neben Augustyniak Robert Hartert und Nils Bruns. Der dama-

lige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg sagte, Augustyniak habe „durch sein außergewöhnlich tapferes Verhalten, seinen Mut und seine Standfestigkeit“ wesentlichen Anteil an der Bergung eines Verwundeten gehabt, bevor er, bereits selbst verwundet und einem Fahrzeug Feuerschutz gebend, durch einen Sprengsatz getötet wurde.

Nicht nur die CDU war empört

Schon Anfang 2019, noch vor Aufstellung der Gedenkbank, hatte sich die Bezirksvertretung Brackwede dafür ausgesprochen, den Platz nach Martin Augustyniak zu benennen. Auch die SPD war überwie-

gend dafür. Aus der CDU hieß es, dass man „viel zu lange diskutiert“ habe. „Da hat die Politik kein gutes Bild abgegeben.“

Die Politik gab nun ein weiteres Mal ein schlechtes Bild ab. Die endgültige Abstimmung vor reichlich zwei Wochen, am 20. August, galt lediglich noch als Formalie. Hier jedoch votierte die SPD überwiegend gegen die Benennung, womit die notwendige Mehrheit fehlte. Der sozialdemokratische Fraktionschef von Brackwede, Hans Werner Plaßmann, meinte: „Wir hatten hier das Gefühl, dass dieser Platz zu einem Heldenverehrungsort aufgebaut werden soll.“ Laut „Bild“ äußerte er zudem, dass „die aktuellen Enthüllun-

gen über Neonazis bei der Bundeswehr“ eine Rolle gespielt haben.

Nicht nur die Brackweder CDU, die von einem „Schlag ins Gesicht der Angehörigen“ sprach, war empört. Nach massiver öffentlicher Kritik gab die SPD klein bei. Man werde den Beschluss „überdenken“ und „unserer neuen Fraktion“ die Benennung empfehlen. Am 13. September finden in Nordrhein-Westfalen Kommunalwahlen statt. Die SPD setzt, so wird vermutet, künftig auf ein Bündnis mit der Linken. Diese lehnt die Namensgebung ab. Um Reibungspunkte zu vermeiden, habe die SPD versucht, sich deren Linie zu beugen. *Erik Lommatzsch*

AMOKFAHRT

Ein System der Verantwortungslosigkeit

Eines seiner Opfer ringt mit dem Tod: Warum ein abgelehnter Asylbewerber noch in Deutschland lebt

VON NORMAN HANERT

Am 18. August hat ein Iraker auf der Berliner Stadtautobahn Autos gerammt und gezielt Jagd auf Motorradfahrer gemacht. Zu den schwer verletzten Opfern gehört ein Feuerwehrmann, der nach einer Zwölf-Stunden-Schicht auf seinem Motorroller auf der A 100 auf dem Weg zu seiner Familie war. Der Berliner liegt mit Verletzungen an Kopf und Wirbelsäule auf der Intensivstation. Ärzte versuchen, sein Leben zu retten. Sollte er überleben, dann nur mit schweren Folgeschäden, so die Befürchtung der Mediziner. Der mutmaßliche Täter, bei dem es sich um einen 30-jährigen Iraker namens Sarmad A. handeln soll, hat bei seiner Amokfahrt auf der Berliner Stadtautobahn insgesamt sechs Personen verletzt, drei von ihnen schwer.

Martin Steltner, der Sprecher der Berliner Generalstaatsanwaltschaft, sprach von gezielten Angriffen und einer „quasi Jagd auf Motorradfahrer“. Die Anklagebehörde wirft dem abgelehnten Asylbewerber in mindestens drei Fällen versuchten Mord vor.

Innensenator Andreas Geisel zeigte sich nach dem Geschehen „bestürzt, dass Unbeteiligte aus dem Nichts heraus Opfer einer Straftat geworden sind“. Er sagte aber auch, der Anschlag sei „nicht zu verhindern gewesen“. „Wenn ein Auto gezielt auf Motorradfahrer auffährt, haben diese keine Chance“, so der SPD-Politiker. Ausdrücklich in Schutz nahm der Senator die Behörden. Sie hätten rechtsstaatlich gehandelt. Der Tatverdächtige lebt nach Angaben von Geisel seit der Ablehnung seines Asylantrags mit einer sogenannten Duldung weiter in Deutschland.

Ohne Papiere eingereist

Zwar soll er vor längerer Zeit Kontakte zu einem polizeibekannten Gefährder gehabt haben und auch wegen Körperverletzung bekannt gewesen sein, dies allein habe keine elektronische Fußfessel rechtfertigen können. Auch eine Abschiebung des 2017 abgelehnten Asylbewerbers in den Irak sei nicht möglich gewesen, weil in das Bürgerkriegsland nur in wenigen Ausnahmefällen abgeschoben werde, so



Schnell vergessenes Verbrechen: Ermittler am Tatort auf der Berliner Stadtautobahn

Foto: imago images/Olaf Wagner

Geisel. Tatsächlich deutet in dem Fall nur wenig auf ein Versagen von Behörden hin, umso mehr werden aber erneut langfristige Fehlentwicklungen deutlich, die in der Verantwortung der Regierungspolitik liegen: So ist bei dem Tatverdächtigen nicht einmal wirklich sicher, ob er tatsächlich Iraker ist. Aus Unterlagen des Landesamtes für Einwanderung soll hervorgehen, dass er bei seiner Einreise nach Deutschland keine Ausweisdokumente vorweisen konnte. Die damals gemachten Angaben zur Herkunft und Identität beruhen damit wahrscheinlich auf einer reinen Selbstauskunft.

Zumindest aus den Papieren soll sich nicht ergeben, ob und wie die Angaben auf Richtigkeit überprüft wurden. Nach Angaben des Innensensors ist der Tatverdächtige im Jahr 2016 über Finnland nach Deutschland eingereist. Wie in vielen anderen Immigrationsfällen führte der Weg

des Mannes damit über einen sicheren Drittstaat.

Wieder „psychische Probleme“

Obwohl die Dublin-Regelung der EU genau in solchen Fällen eine Rückschiebung ermöglicht, profitierte der mutmaßliche Iraker von der Nicht-Anwendung der Regelung. Bekannt kommt auch der weitere Umgang mit dem Mann vor. Selbst Straftaten, darunter Körperverletzungsdelikte, hatten keinen Einfluss auf den Duldungsstatus. Auch bei einem anderen Problem blieben eigentlich notwendige Reaktionen aus.

Schon vor der Amokfahrt auf dem Berliner Stadtring war der Tatverdächtige durch schwere psychische Probleme aufgefallen. Der Mann galt als psychisch labil und war bereits im August 2018 in die Psychiatrie gekommen. Von dort war er aber nach kurzer Zeit wieder entlassen wor-

den. Erst vor Kurzem ist in Hessen ein Prozess angelaufen, bei dem es ebenfalls um eine schwere Gewalttat geht, die einem psychisch kranken Mann aus Eritrea zur Last gelegt wird.

Der Fall hatte vergangenes Jahr bundesweit für Entsetzen gesorgt. Im Juli 2019 waren ein achtjähriger Junge und seine Mutter auf dem Hauptbahnhof in Frankfurt am Main vor einen einfahrenden ICE gestoßen worden. Während sich die Mutter im letzten Moment noch retten konnte, kam ihr Kind ums Leben. Die Staatsanwaltschaft hat den Eritreer nicht angeklagt, sondern den Antrag gestellt, ihn in einem sogenannten Sicherungsverfahren dauerhaft in der Psychiatrie unterzubringen. In einem vorläufigen psychiatrischen Gutachten war der Afrikaner aufgrund einer seelischen Erkrankung als schuldunfähig eingeschätzt worden.

BEAMTE

Berlin-Bonus „aus der Zeit gefallen“

Staatsdiener des Landes sollten Sonderzulage erhalten – Doch nun wackelt die Finanzierung

Berlins Senat droht mit seinem Plan für eine „Ballungsraumzulage“ für Beamte und Landesangestellte in eine Zwickmühle zu geraten. Im vergangenen Jahr hatte die SPD innerhalb der rot-rot-grünen Koalition durchgesetzt, dass Berlins Staatsdiener ab November 2020 einen monatlichen Bonus von 150 Euro erhalten. Als Begründung führte die SPD die gestiegenen Preise für Wohnen und Leben in Berlin an. Von der „Hauptstadtzulage“ profitieren sollen diejenigen der etwa 125.000 Beamten und Angestellten, die weniger als 5000 Euro verdienen.

Nun indes wurde bekannt, dass die Finanzverwaltung starke Bedenken hegt, ob sich das Land die Extra-Zahlung überhaupt noch leisten kann. Auf die Stadt kommen durch die Zulage Kosten von rund einer Viertelmilliarde Euro pro Jahr zu. Angesichts guter Steuereinnahmen

schien die Finanzierung im vergangenen Jahr kein Problem zu sein. Inzwischen droht Berlin jedoch wieder ein strukturelles Haushaltsdefizit von mehreren Milliarden Euro.

Entsprechend hoch ist der Spardruck auf den Senat. Hinzu kommt die Wirkung der Bonus-Pläne auf die Öffentlichkeit: Der Sender rbb zitiert in einem Bericht aus einem internen Papier der Berliner Finanzverwaltung, in dem es heißt: „Angesichts der Corona-Pandemie, der schweren Rezession, steigender Arbeitslosenzahlen, Millionen von Menschen in Kurzarbeit und vielen, die um ihren Arbeitsplatz bangen, ist die Prämie für Beamte und Angestellte aus der Zeit gefallen.“

Auf der anderen Seite muss der Senat mit einem Proteststurm von Personalräten und Gewerkschaften rechnen, die auf

eine Einhaltung der Zusage pochen werden. Hinzu kommt ein generelles Personalproblem. Auch als Folge früherer Sparungen zahlt das Land Berlin als Arbeitgeber im bundesweiten Vergleich unter Durchschnitt. Gerade gut qualifizierte Bewerber schauen sich deshalb häufig in anderen Bundesländern nach einer Anstellung um. In den kommenden Jahren rollt auf die Hauptstadt zudem eine Pensionierungswelle zu, die die Personallage erheblich verschärfen wird.

Corona als Argument beider Seiten

Im Fall der „Hauptstadtzulage“ hat nicht nur die Finanzverwaltung Bedenken, ob sie finanzierbar ist. Laut rbb sieht auch die Tarifgemeinschaft der Länder große Risiken für den Landeshaushalt und verweigert deshalb ihre Zustimmung. Möglicherweise spielt dabei die Angst vor ei-

ner unerwünschten Signalwirkung eine Rolle: Als Auftakt zu den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen haben die Gewerkschaft Verdi und der Beamtenbund dbb die Forderung gestellt, die Entgelte um 4,8 Prozent steigen zu lassen. Die Laufzeit des Tarifvertrags soll zwölf Monate betragen.

Eine der Begründungen lautet: „Die Corona-Pandemie zeigt: Der öffentliche Dienst und seine Beschäftigten halten das Land zusammen“, so Verdi-Chef Frank Werneke. Indes: Ebenfalls unter Berufung auf Corona fordern die Arbeitgeber dagegen eine Nullrunde. Der Lüneburger Oberbürgermeister Ulrich Mädge (SPD) sagte als Verhandlungsführer, eigentlich müsste es sogar Einschnitte geben, da die Kommunen auch infolge von Corona unter besonderem Druck stünden. N.H.

KOLUMNE

Der erfundene Sturm

VON VERA LENGSELD

Seit letztem Sonnabend rauscht, nein stürmt es im Medienwald. Grund ist, dass am Rande der Freiheitsdemonstration, auf der sich Zehntausende Menschen für ihre grundgesetzlichen Rechte eingesetzt haben, eine kleine Gruppe von nach Polizeiangaben 300 Personen die Treppen am Reichstagsgebäude bestiegen hat. Warum die Absperrung nicht gesichert war und überhaupt nur drei Polizisten postiert waren, wo wenige Stunden zuvor am Brandenburger Tor Hunderte Beamte zeitweilig den Demonstranten den Zugang zur Straße des 17. Juni versperrten, bleibt auch nach der Sondersitzung im Abgeordnetenhaus vom Montag unbeantwortet.

Sieht man sich die politischen und medialen Reaktionen an, wächst der Eindruck, dass die Begehung der Reichstagsstreppe um des Framings willen hätte erfunden werden müssen. Glücklicherweise kann man sich auf YouTube Videos ansehen und sich ein Bild machen. Ich sehe eine ziemlich bunte Menschenmenge, unterschiedliche Fahnen, auch Reichsflaggen. Letztere werden als ziemlich einziger „Beweis“ angeführt, dass es sich um eine Aktion von Rechtsradikalen gehandelt habe, die einen „Angriff“ auf die „Herzkammer der Demokratie“ verübt hätten.

Warum diese gefährlichen Rechtsradikalen ihren angeblichen Angriff dann vor drei Polizisten gestoppt und sich mit Jubelschreien begnügt haben, wäre eine Untersuchung wert. Tatsache ist, dass die Rechtsradikalen auch unter diesen 300 Menschen eine kleine Minderheit waren und dass weder der Reichstag gestürmt noch die Treppe an einer einzigen Stelle beschädigt worden ist. Die angeblichen Erstürmer zogen sich widerstandslos vor dem Gewedel der Schlagstöcke zurück. Hört und liest man aber die Reaktionen von Politikern und Journalisten, bekommt man den Eindruck, es hätten sich mindestens die Szenen abgespielt, die man von linksradikalen Ausschreitungen gewohnt ist. Es gab aber weder Böller, Buttersäureattacken, Flaschen- oder Steinwürfe, noch brennende Barrikaden oder gar Polizeiwagen. Die Gewalt ging diesmal eindeutig von der Staatsmacht aus.

MELDUNG

Land wünscht Verhandlungen

Potsdam – Brandenburgs Finanzministerin Katrin Lange (SPD) rückt im Streit mit den Hohenzollern von ihrem Vorgänger Christian Görke (Linkspartei) ab. Der wollte im Streit um Entschädigungen eine Gerichtsentscheidung. Wie das Finanzministerium nun bekannt gab, werden dem Kaiserhaus in zwei juristischen Verfahren Fristverlängerungen von je einem Jahr gewährt. Diese Entscheidung macht eine Verhandlungslösung möglich. Laut Ministerium würden die Prozesse nur für etwa 30 Prozent aller Gegenstände, die die Hohenzollern zurückhaben wollen oder für die sie Entschädigung beanspruchen, eine Klärung herbeiführen können. Ziel sei es, auf dem Verhandlungsweg „eine abschließende Gesamtlösung“ zu erreichen. Es geht um Familieneigentum, das nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetzone enteignet wurde. N.H.

● MELDUNGEN

Warschau ließ Berlin zappeln

Warschau – Erst nach mehreren Monaten Wartezeit hat die polnische Regierung Anfang dieser Woche dem Amtsantritt des designierten deutschen Botschafters in Warschau, Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven, zugestimmt. Ursprünglich sollte der Diplomat bereits zum 1. Juli seinen Posten in Warschau antreten. Obwohl Berlin bereits Ende Mai das „Agrément“ beantragt hatte, war die Zustimmung Warschaws zum neuen Botschafter ohne Begründung über Monate ausgeblieben. Regierungsnahen Medien hatten als möglichen Grund für die Hinhaltetaktik der polnischen Regierung auf eine frühere „Spionagetätigkeit“ des Freiherrn als Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes und als Geheimdienstkoordinator des Nordatlantikpaktes verwiesen. Auch die familiäre Herkunft des 63-Jährigen war in polnischen Medien ein Thema. Der Vater des Diplomaten war im Zweiten Weltkrieg Vertreter des Heeres bei den Lagebesprechungen im Führerhauptquartier Wolfsschanze. N.H.

Antisemit aus Syrien in Graz

Graz – Ein aus Syrien stammender 31-jähriger Mann hat nach seiner Festnahme Attacken auf die Synagoge in Graz und den jüdischen Gemeindepräsidenten gestanden. Zur Last gelegte werden dem Festgenommenen zudem auch Angriffe auf ein Schwulen- und Lesben-Lokal, eine katholische Einrichtung und ein Etablissement im Rotlichtmilieu. Als Motiv gab der 2014 aus Syrien nach Österreich gekommene Tatverdächtige „Hass auf Israel und Juden sowie Schwule und Lesben, aber auch Prostituierte“ an. N.H.

Kritik von links an Boykott

Boston – Der deutsch-US-amerikanische Politikwissenschaftler Yascha Mounk hat gegen die sogenannte Cancel Culture (Abbruchkultur), also den systematischen Boykott von Personen oder Organisationen, denen beleidigende oder diskriminierende Aussagen oder Handlungen vorgeworfen werden, und zur Verteidigung der freien Rede ein eigenes Online-magazin namens „Persuasion“ (Überredung) gegründet. Mounk, der als Dozent an der Harvard University in Cambridge (Massachusetts) im Großraum Boston an der Ostküste der Vereinigten Staaten arbeitet, erklärte, er habe kein Problem damit, „dass Menschen einander klar und stark ausgedrückt kritisieren. Aber das, was wir mittlerweile oft in den USA sehen und zum Teil auch in Deutschland, geht über Kritik hinaus“, so der 38-Jährige. Aus Sicht des ehemaligen SPD-Mitglieds hat sich die „Cancel Culture“ in den USA innerhalb von wenigen Jahren von einer Randerscheinung an einigen linken Uni-Campussen zu einem Phänomen entwickelt, das mittlerweile große Teile des öffentlichen Lebens betrifft. Der Unterschied zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bei dieser Entwicklung ist laut Mounk nur ein zeitlicher. N.H.

GROSSBRITANNIEN

Viel Vertrauen verspielt

Premierminister Johnson ist angeschlagen, doch der linke Kulturkampf könnte ihm helfen

VON CLAUDIA HANSEN

Zu Beginn der Corona-Krise stand Boris Johnson noch blendend da in den Umfragen. Inzwischen ist er tief abgesackt. Der Premier, der die Wahl im Dezember gegen den Sozialisten Jeremy Corbyn glänzend gewonnen und dann den Brexit vollzogen hatte, wirkt unentschlossen und wankelmütig angesichts des Ernstes der Lage. In der Corona-Krise kletterte Großbritannien auf der Liste der am schwersten betroffenen Länder in Europa auf einen der vordersten Plätze. In Pflegeheimen starben erschreckend viele Alte an dem Virus, in Krankenhäusern fehlte Schutzkleidung. Gesundheitsminister Matt Hancock machte alles andere als eine gute Figur.

Dann kam hinzu, dass Johnsons Chefberater Dominic Cummings dabei erwischt wurde, wie er nach seiner Corona-Infektion trotz der Lockdown-Regeln eine weite Autofahrt zum Anwesen seiner Eltern machte. Während die Bürger sich an

schmerzhaft Corona-Vorschriften halten müssten, fühle sich der Chefberater des Premiers darüber erhoben, donnerte eine kritische Presse.

In den letzten zwei Wochen gab es einen neuen Schlag für das Ansehen der Regierung: das Schulnoten-Fiasko. Das Bildungsministerium hatte nach monatelangem Unterrichtsausfall einen neuen, „modernen“ Ansatz ausprobiert, die Abschlussnoten der Schüler mit einem Computer-Algorithmus aus früheren Resultaten zu berechnen. Das ging völlig in die Hose. Hunderttausende Schüler erhielten schlechtere Noten zugeschrieben als erwartet. Nach einem Sturm der Entrüstung aus der Bevölkerung machte die Regierung eine Kehrtwende. Jetzt vergeben die Lehrer – nach ihrer subjektiven Einschätzung – die Abschlussnoten. Selbst hochrangige Tories zweifeln, ob Bildungsminister Gavin Williamson noch lange zu halten sein wird.

Derweil ächzt das Land unter der schweren Wirtschaftskrise, die das Virus und der Lockdown ausgelöst haben. Fast

drei Monate lange mussten fast alle Geschäfte schließen. Zwar erholt sich die Konjunktur seit Juli etwas, doch erwartet die Notenbank noch immer die schwerste Rezession seit 300 Jahren. Noch immer ist unklar, ob bis Jahresende ein Freihandelsvertrag mit der EU geschlossen werden kann. Johnsons Versuche, einen „New Deal“ anzukündigen, mit mehr Investitionen und beschleunigten Verfahren, zündeten nicht richtig.

Schwerste Rezession seit 300 Jahren

Einzig Finanzminister Rishi Sunak, der Milliarden-Ausgaben zur Bekämpfung der Rezession angestoßen hat, ist hochpopulär. Der indischstämmige Jungpolitiker ist der Liebling in den Umfragen.

Die Werte der Tory-Partei hingegen sind von 50 Prozent zu Beginn der Corona-Krise auf etwa 42 Prozent gesunken. Labour unter dem neuen, gemäßigten und seriös wirkenden Vorsitzenden Keir Starmer hat sich auf etwa 37 Prozent verbessert. Im direkten Vergleich mit Johnson liegt Starmer sogar vorne.

Trotz der existenziellen Corona-Wirtschaftskrise leistet sich Großbritannien noch den Luxus eines von links angestoßenen Kulturkampfes. Nach den „Black Lives Matter“-Protesten und dem Sturz einiger Denkmäler versucht die Linke systematisch, die koloniale Vergangenheit des Landes aufs Korn nehmen. Die BBC wollte das patriotische Lied „Rule, Britannia“ mit der Zeile „Britten werden niemals Sklaven sein“ beim großen Sommerkonzert „Night of the Proms“ nicht mehr singen lassen. Auch „Land of Hope and Glory“ sollte plötzlich verpönt sein. Das wiederum gab eine heftige Gegenreaktion. Eine Mehrheit der Briten will das patriotische Lied singen. Johnson forderte, man müsse mit Selbstanklagen aufhören. Der konservative Politiker Jacob Rees-Mogg schrieb: „Britten dürfen sich niemals von der Politischen Korrektheit versklaven lassen.“ Die BBC ruderte inzwischen zurück. Und in den Charts der heruntergeladenen Lieder sprangen „Land of Hope and Glory“ und „Rule, Britannia“ an die Spitze.



Trost in der Covid-19-Krise: Premier Boris Johnson vor seinem Dienstsitz mit von Kindern gemalten Dankes-Bildern in den Fenstern für den National Health Service

PUTSCH IN MALI

Siegeszug der Fundamentalisten

Der politische Islam stürzt in Mali die Regierung – Putschisten von deutschen Militärberatern ausgebildet

Ausgerechnet Offiziere, die von französischen und deutschen Militärberatern ausgebildet worden waren, haben in Mali den Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita und Premier Boubou Cissé gestürzt. Vorausgegangen waren wochenlange Proteste unter Leitung von Imam Mahmoud Dicko, der sich zum Führer der Opposition und mächtigsten Gegenspieler der etablierten Parteien aufgeschwungen hat.

Neben der durch Corona verschärften Sicherheitskrise im Norden des Landes, erlebt Mali jetzt eine sich verschärfende politische Krise im Zentrum des Landes. Keitas Fehler war, dass er in sieben Amtsjahren die Sicherheitslage in seinem Land nicht stabilisieren konnte. Der inzwischen zurückgetretene Präsident wollte das Land mit Diplomatie befrieden. Dabei hatte er Imam Dicko, der selbst aus Tim-

buktu, der Hauptstadt des radikalislamischen Nordens stammt, mit den Verhandlungen mit den Dschihadisten beauftragt.

Aber anstatt Frieden zu bringen, hat Dicko jetzt seinen Präsidenten weggeputscht. Vom Norden aus hat sich die Rebellion 2019 nach Süden verbreitet und das muslimische Volk der Fulbe erfasst, die unter Anleitung von Imam Dicko das animistisch/christliche Volk der Dogon ins Visier genommen haben.

UN-Friedenstruppe schaut zu

Dicko führt seit Jahren nicht etwa einen Feldzug gegen den islamischen Terror, sondern gegen die angebliche „Verwestlichung“ seiner Heimat. Er schreibt den Niedergang Malis dem Ausverkauf muslimischer Traditionen zu. Bereits vor Jahren kämpfte Dicko, der sich jetzt gerne als

Reformer gibt, erfolgreich gegen die Gleichstellung der Frauen und gegen die Einführung der Sexualkunde als Schulfach und gegen ein Schulbuch, das Homosexualität als Thema behandelte.

Während des Studiums in Saudi-Arabien hatte Dicko den politischen Wahhabismus und seine Ideologie, den Salafismus, kennengelernt. Jetzt predigt er eine malische Variante des Salafismus, ohne zu sagen, was das in dem Land heißt, wo eine große Mehrheit der Muslime Anhänger des sufischen, mystischen Islams sind.

Manchmal bezeichnet er den türkischen Präsidenten Erdogan als sein Vorbild, manchmal die Muslimbruderschaft. Ebenso, wie die im Norden Malis operierenden Extremisten, die Dicko aus seinen fundamentalistischen Koranschulen kennt, die ihre Treue entweder al-Kaida

oder dem Islamischen Staat geschworen haben, lehnt Dicko den malischen Sufismus und die Heiligenverehrung ab.

Imam Dicko will die im Land agierenden französischen und deutschen Soldaten so schnell wie möglich nach Hause schicken, wohlwissend, dass dann seine Glaubensbrüder aus dem Norden die Macht im Lande übernehmen werden. Die Bundeswehr hat in Mali bis zu 1100 Soldaten als Teil der UN-geführten Mission MINUSMA stationiert. Das Mandat wurde gerade vom Bundestag verlängert. Die unter der Federführung Frankreichs begonnene Mission war zur Stabilisierung Malis gegen den Dschihadismus gedacht, der kurz davorstand, militärisch die Macht zu erobern. Jetzt strebt der Salafismus mit Imam Dicko danach, die politische Macht zu übernehmen. Bodo Bost

VON NORMAN HANERT

Der Bund hilft dem Reisekonzern Touristik Union International (TUI) mittlerweile mit drei Milliarden Euro. Mit den Steuergeldern wird auch steinreichen Investoren geholfen, die als Großaktionäre in den vergangenen Jahren gut von Dividendenzahlungen profitiert haben:

Weil die TUI AG zwischen April und Juni fast alle Reisebuchungen absagen musste, brach der Umsatz beim größten Reisekonzern der Welt um 98,5 Prozent auf 72 Millionen Euro ein. Das im dritten Geschäftsquartal hereingekommene Geld reichte nicht einmal zur Deckung der Betriebskosten aus. Unter dem Strich häufte das Unternehmen aus Hannover in der wahrscheinlich schwierigsten Phase der Konzerngeschichte einen Verlust in Höhe von 1,4 Milliarden Euro an.

Als eines der ersten deutschen Großunternehmen hatte TUI bereits im Frühjahr ein Hilfsdarlehen über 1,8 Milliarden Euro von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) erhalten. Wie der Reiseveranstalter kürzlich mitteilte, wird die staatliche Unterstützung nun um weitere 1,05 Milliarden Euro ausgeweitet. Weitere 150 Millionen Euro soll TUI über eine Wandelanleihe erhalten, die der Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes zeichnet.

Da sich diese Anleihen in Aktien umtauschen lassen, könnte diese Konstruktion letztendlich in eine direkte Staatsbeteiligung münden. Mit dem zweiten Hilfspaket summieren sich die Staatshilfen für die TUI AG nun auf drei Milliarden Euro. Das von Peter Altmaier (CDU) geführte Bundeswirtschaftsministerium sagte zum zweiten staatlichen Hilfspaket, man wolle den Beschäftigten bei TUI eine Perspektive geben.

Passiver russischer Großaktionär

Die Unternehmensführung kündigte nichtsdestotrotz bereits den Abbau von 8000 Arbeitsplätzen an. Vorrangig sollen Stellen im Ausland gestrichen werden. Die geplante Verkleinerung der konzern-eigenen Fluggesellschaft Tuifly um über die Hälfte wird allerdings auch an den deutschen TUI-Standorten Arbeitsplätze kosten.

Gewerkschaften werfen vor diesem Hintergrund der Konzernführung Missmanagement vor. Zudem seien in der Vergangenheit bei TUI zu wenig Rücklagen gebildet und zu hohe Dividenden an die Aktionäre ausgeschüttet worden. Tatsächlich hat der Reisekonzern in den letzten Jahren gut verdient: Das Geschäftsjahr 2018 schloss TUI mit einem Nettogewinn von 727,2 Millionen Euro ab.

Das vergangene Jahr wurde vom Flugverbot für den Mittelstreckenjet Boeing 737 Max belastet. Dennoch blieb auch hier



Außen TUI, innen pfui: Seit der Corona-Pandemie wird die Hannoversche Konzernzentrale von Problemen überwuchert Foto: pa

SORGENKIND TUI

Reise-Milliardäre, die sich einen schlanken Fuß machen

Wie schon bei der Lufthansa: Der Steuerzahler muss erneut in die Bresche springen, um einen Großkonzern vor Corona-Schäden zu bewahren

ein Nettogewinn von 416 Millionen Euro übrig. Von den Dividendenzahlungen aus diesen Gewinnen hat nicht zuletzt auch der Großaktionär Alexej Mordaschow profitiert. Der russische Stahlmagnat hält über die Unifirm Limited ein Viertel der TUI-Aktien.

Seit Februar 2016 sitzt Mordaschow auch im Aufsichtsrat des deutschen Touristikriesen. Das US-Wirtschaftsmagazin Forbes schätzte bereits 2018 das Vermögen des TUI-Großaktionärs auf insgesamt 20,5 Milliarden US-Dollar. Dies reichte im Vermögensvergleich der reichsten Russen immerhin für Platz vier.

Eigentlich naheliegend wäre es, dass sich der russische Milliardär oder andere TUI-Großaktionäre wie der ägyptische Tourismusunternehmer Hamed El Chiaty als Miteigentümer bei der Neuaufstellung des Unternehmens finanziell auf eine

Weise engagieren, dass der Staat nicht mit Steuergeldern helfen muss.

Missmanagement mitverantwortlich

Tatsächlich wird inzwischen auch Kritik laut: Der niedersächsische Bundestagsabgeordnete Carsten Müller (CDU) mahnte beispielsweise: „Die Anteilseigner des Konzerns dürfen sich jetzt keinen schlanken Fuß machen und sich von der Bundesrepublik Deutschland das Vermögen retten lassen.“ Weiter sagte der CDU-Politiker gegenüber der „Wirtschaftswoche“, dass, wenn der Staat ins Risiko gehe, um Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft zu sichern, dann müssten die Eigentümer auch bereit sein.

TUI ist nicht das einzige Großunternehmen, das in den vergangenen Jahren sehr gute Gewinne eingefahren hat, aber anscheinend zu wenig Rücklagen gebildet

hat, um auch nur einige Krisenmonate durchzustehen. Auch der Sportartikelhersteller Adidas hat noch im vergangenen Jahr einen Gewinn von rund zwei Milliarden Euro ausgewiesen und seine Aktionäre, darunter viele Investmentfonds, sogar mit einer Dividendenerhöhung belohnt.

Im April dieses Jahres hieß es vom weltweit zweitgrößten Sportartikelhersteller aus Herzogenaurach dagegen: Adidas kann die Corona-Krise nur durchstehen, wenn frisches Geld fließt. Den Lückenbüßer spielte auch hier die KfW: Die staatliche Förderbank gab eine Zusage, sich an einem Konsortialkredit von über 2,4 Milliarden Euro zu beteiligen.

Im Gegenzug für den Staatskredit muss Adidas die Dividende allerdings streichen, Rückkäufe von eigenen Aktien zur Kurspflege hatte der DAX-Konzern bereits selbst ausgesetzt.

WIRTSCHAFTSPROGNOSE

Auf dünnem Eis

Zweifel sind angebracht, dass sich die deutsche Konjunktur schnell von den Corona-Folgen erholt

Durch die Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie befürchteten viele Finanzexperten ein wirtschaftliches Fiasko. Nun könnte sich die Stimmung aufhellen, aber Zweifel sind angebracht.

So stellt sich vermehrt die Frage, ob wir es derzeit wirklich mit den Anzeichen einer Erholung oder einem sogenannten Skischuheffekt haben. „Wer nach einem langen Tag auf der Piste endlich seine engen Skischuhe ausziehen kann, kennt dieses fantastische Gefühl. Aber man sollte es nicht überinterpretieren. Es sind immer noch die alten Füße“, beschrieb die „Wirtschaftswoche“ kürzlich das Phänomen. Frei übersetzt: Es fühlt sich besser an, als es tatsächlich ist.

Bei deutschen Managern hellt sich die Stimmung seit Wochen auf. Der Ge-

schäftsklimaindex für August des Münchner Ifo-Instituts kletterte auf mehr als 90 Punkte und lag damit so hoch wie seit Monaten nicht mehr: „Die deutsche Wirtschaft ist auf Erholungskurs“, sagte Ifo-Präsident Clemens Fuest.

Angst vor der zweiten Welle

Allerdings ist man noch weit von früheren Ergebnissen entfernt. So lag der Index im Februar bei mehr als 95 Prozent. Hinzu kommt, dass die Anzeichen für einen wirtschaftlichen Abschwung bereits im Vorjahr sichtbar waren und dies ohne Corona. Der Ökonom Klaus Wohlrabe, der die Umfragen des Ifo leitet, bezeichnet den Aufschwung daher als „fragil“. In der „Zeit“ sagte er: „Wir sind noch nicht auf dem Vorkrisenniveau angekommen.“

Dennoch ist die Wirtschaftsleistung in Deutschland in der Krise etwas weniger stark eingebrochen als zunächst berechnet. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte im zweiten Quartal 2020 im Vergleich zum Vorquartal um 9,7 Prozent. In einer ersten Schätzung war das Statistische Bundesamt von minus 10,1 Prozent ausgegangen.

Von einer Erholung zu sprechen, scheint angesichts der aktuellen Zahlen dann doch verfrüht. Einzelne Bereiche haben stark von der Krise profitiert, wie das Ifo-Institut berichtet. Darunter der Fahrradhandel, gefolgt von Baumärkten, Möbelhäusern und Läden mit Unterhaltungselektronik und Computern. Aber der Einzelhandel im Bekleidungssegment hat nach wie vor mit großen Problemen

zu kämpfen, und dort ist die Stimmung auch weiterhin schlecht.

Die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute hatten im April für die Phase nach dem Lockdown noch einen Zuwachs von mehr als acht Prozent im dritten Quartal erwartet. Mittlerweile wäre man froh, es würden wenigstens vier Prozent werden.

Mit bangen Blick schaut die deutsche Wirtschaft zudem auf die Entwicklung beim Export. Die deutsche Industrie rechnet mit einem Zuwachs in den nächsten drei Monaten. Das Ifo-Institut sagt: „Sie kommt aber aus einem tiefen Tal.“ Und: Eine zweite Welle mit einem erneuten Lockdown würde jeden Aufschwung zunichtemachen. „Das ist die große Angst“, schreibt das Ifo-Institut. Peter Entinger

MELDUNGEN

SURE-Gelder aus Brüssel

Brüssel – Aus dem EU-Kurzarbeitsprogramm SURE mit einem Volumen von 100 Milliarden Euro sollen in Kürze die ersten Gelder in einige Mitgliedsländer fließen. Italien bekommt laut dessen Wirtschaftsminister Roberto Gualtieri 27,4 Milliarden Euro für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aus dem EU-Programm. Das zweitgrößte Empfängerland wird Spanien sein, das 21,3 Milliarden Euro erhalten soll. Insgesamt haben 17 Länder Anträge gestellt, darunter Polen, Bulgarien und Tschechien. Insgesamt liegen Anträge über 81,4 Milliarden Euro vor. Die finanzielle Unterstützung für die Mitgliedstaaten wird in Form von sehr günstigen Darlehen der EU geleistet. Nach Angaben von Gualtieri wird Italien durch das Darlehen der EU-Kommission 5,5 Milliarden Euro an Zinsen sparen. Die SURE-Gelder sind zur Finanzierung von Kurzarbeitsregelungen und ähnlichen Maßnahmen für Selbstständige vorgesehen. N.H.

Flughafen soll schließen

Magdeburg – Die Vorsitzende der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt, Cornelia Lüddemann, will den Flughafen Leipzig/Halle schließen lassen. Anlass dafür sind die im Zeichen der Corona-Krise zurückgegangenen Passagierzahlen. Der Airport benötigt staatliche Hilfen. Diese Gelder will Lüddemann lieber in den Ausbau des Nahverkehrs investiert wissen. Der Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion Oliver Kirchner wirft ihr vor, „das Land restlos herunterwirtschaften“ zu wollen. „Eine Flughafenschließung würde nicht nur die Flexibilität der Bürger einschränken, sondern auch viele Menschen arbeitslos machen“, so Kirchner. Die geplanten staatlichen Zuschüsse für den Flughafen sollen bis zu 27 Millionen Euro betragen, von denen die Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen jeweils einen Teil aufbringen. Der Flughafen Halle/Leipzig ist nach dem Drehkreuz Frankfurt am Main der zweitgrößte Frachtflughafen Deutschlands. F.B.

Auf und ab in Dänemark

Kopenhagen – Dänemarks Tourismusbranche leidet immens unter den Corona-Folgen. Das Land hatte im März mit strikten Maßnahmen auf den Ausbruch der Pandemie reagiert und im Zuge dessen seine Grenzen für Ausländer ohne triftigen Einreisegrund geschlossen. Deutsche Touristen stellen den Großteil der Ferienhausurlauber in Dänemark. Besonders die Hotels sind betroffen und melden im ersten Halbjahr dieses Jahres ein Minus von 57 Prozent. In Kopenhagen habe der Rückgang sogar 64 Prozent betragen. Campingplätze verzeichneten einen Rückgang um 24 Prozent, Ferienhäuser um 33 Prozent. Seit die Grenzen für Touristen aus Deutschland wieder geöffnet sind, ist eine Zunahme der Buchungen sogar über das Vorjahresniveau hinaus zu beobachten. Restaurants, Kneipen und Cafés bleiben bis 2 Uhr nachts geöffnet. Nur Nachtclubs und Diskotheken dürfen bis Ende Oktober nicht öffnen. F.B.

KOMMENTAR

„Klima“ folgt „Corona“

ERIK LOMMATZSCH

Durch die politische und mediale Dauerdominanz der „Coronapandemie“ seit dem Frühjahr scheinen die „Klimaproteste“ in weiter Ferne zu liegen. Bis Anfang 2020 wurde zunehmend der Eindruck vermittelt, die Erde kollabiere, sofern nicht sofort eine drastische „Energiewende“ in Gang gesetzt würde. Den Aufrufen der „Fridays for Future“-Bewegung folgend, bevölkerten Kinder, tatkräftig unterstützt von kindischen Erwachsenen, lautstark skandierend die Innenstädte. Die von den Schülern selbstverordnete Freistellung vom Unterricht wurde von kaum einem Pädagogen nicht irgendwie doch gutgeheißen. Die Ikone der Bewegung, die Schwedin Greta Thunberg, schlitterte im vergangenen Jahr nur haarscharf am Friedensnobelpreis vorbei.

Die entsprechenden Institute und Industrien freuten sich sehr über die Bewerbung ihrer Anliegen. Lediglich „Klimaleugner“ stellen sich nicht gern in den Dienst der Abwendung des „menschengemachten Klimawandels“. Auch war mit dem Klimathema nicht unerheblich Geld zu verdienen. Und weil der Kampf gegen den „Klimawandel“ so „gut“ war, machte die Bundesregierung ihn sich zu eigen und konnte damit den einen oder anderen zusätzlich auf ihre Seite ziehen. Vorbild „Atomausstieg“ 2011.

Dieses Mal aber richtig

Mit „Corona“ wurde das Klimathema nicht nur auf die Plätze verwiesen, sondern die „Gefahren“ und das entsprechende Bewusstsein gerieten offenbar schlagartig in Vergessenheit. Die neuen Ängste absorbierten alles. Neidisch sahen die „Klimaschützer“, was sich das Volk im Sinne einer „guten“ Sache widerspruchslos so alles verordnen ließ, welche Freiheiten beifällig suspendiert wurden, welche Begrenzungen, welchen Verlust an Lebensqualität man weitgehend verständnisvoll akzeptierte.

Einer der eifrigsten Vorkämpfer gegen den „menschengemachten Klimawandel“, Hans Joachim Schellnhuber, bis 2018 Direktor des „Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung e.V.“ und „Chefberater“ der Bundesregierung, tat dann auch schon im März kund, dass bei seinem Hauptanliegen ebenfalls ein Verlauf drohe, „der sich mit den Standardpraktiken des politischen Geschäfts nicht mehr beherrschen lässt“.

Und er verwies darauf, dass „Zumutungen“, sogar „bis hin zur Ausgangssperre“, akzeptiert würden, „wenn deren Notwendigkeit gut begründet ist“. Die „Hauptaktivistin“ der deutschen „Fridays for Future“-Aktionen Luisa Neubauer ließ nur wenig später mit Bezug auf „Corona“ vernehmen: „Im besten Falle machen wir diese Krisenerfahrung zu einer Krisenbewältigungserfahrung und konservieren diese Erfahrungen für die Klimakrise.“

Die zum großen Teil nicht verfassungskonformen „Maßnahmen“ gegen die „Coronapandemie“ also für ihre Utopien fortsetzen? Für die selbsternannten „Klimaretter“ eine vielversprechende Perspektive.

Nun ließ die Regierung, unterstützt von den ihr gesonnenen Medien, bereits erkennen, dass sie ihre „Coronamaßnahmen“ gern auf unbestimmte Zeit fortführen würde. Ursprünglich ging es um Infektionsschutz, aber sie sind auch ein praktisches Instrument gegen unbequeme Stimmen. Ende Mai kündigte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble an: „Die Normalität vor dem Coronavirus wird nicht die Zukunft nach dem Virus sein.“ Etwas drastischer hatte es zuvor schon ARD-Chefredakteur Rainald Becker formuliert, all den „Spinnern und Coronakritikern sei gesagt: Es wird keine Normalität mehr geben wie vorher.“

Gegenwärtig ist die Akzeptanz für die „Maßnahmen“ deutlich im Schwinden begriffen. Naheliegend ist es, deren weitere Aufrechterhaltung nun anders zu begründen. Und warum hier nicht die „Idee“ der „Klimaschützer“ aufgreifen, ihr damals offenbar noch nicht vom ganzen Volk gewürdigtes Anliegen müsse jetzt vehementer durchgesetzt werden und dazu seien die Restriktionen eben weiterhin unabdingbar? Zumindest wäre das eine Erklärung für den demonstrativen Empfang von Greta Thunberg und anderen „Aktivistinnen“ durch die Bundeskanzlerin im August. Ganz im Sinne der Regierung hebt „tagesschau.de“ hervor, Thunberg habe „nach Führung in der Klimakrise verlangt“ sowie „Mut und Weitsicht von Politikern und Führungsfiguren eingefordert“. Angela Merkel habe „eine riesige Chance, so eine Anführerin zu werden“. Die Kanzlerin hat das sicher gern vernommen. Zudem macht es sich gut im Argumentationsbaukasten: Nach „Corona“ nun (wieder) „Klima“. Dieses Mal aber richtig und mit den schon bekannten drastischen „Maßnahmen“.



Seit dem Kaiserreich Symbol deutscher Demokratie: Der von Paul Wallot errichtete Reichstag

Foto: pa

ZWISCHENRUF

Kleine Flaggenkunde

RENÉ NEHRING

Noch ist nicht ganz klar, wer genau am vergangenen Wochenende vor dem Berliner Reichstag aufkreuzte, um mit wehenden Fahnen vor dem Mittelpunkt der deutschen Demokratie zu posieren. Die meisten Medien sprachen von „Neonazis“, „Rechtsextremisten“ und „Reichsbürgern“. Als Beleg dafür diente ihnen die Tatsache, dass die Stürmenden überwiegend schwarz-weiß-rote Flaggen schwenkten, die bei den genannten Kreisen angeblich „sehr beliebt“ seien.

An der Darstellung der Ereignisse lässt sich schwerlich rütteln. Hinterfragen lässt sich jedoch, ob das Zeigen der kaiserlichen Flagge allein schon eine „Schande für die deutsche Demokratie“ ist. Denn schon ein oberflächlicher Blick in die Geschichte zeigt, dass „Schwarz-Weiß-Rot“ und der allmähliche Übergang von der absolutistischen Herrschaft der Fürsten hin zu einem demokratischen Nationalstaat zumindest teilweise einhergingen.

Gewissermaßen „entstanden“ ist die Flagge 1867, als unter der Ägide des Königreichs Preußen der Norddeutsche Bund gebildet wurde. Dieser war, Jahre vor der Ausrufung des Kaiserreichs in Versailles,

die eigentliche Gründung einer gemeinsamen neuen deutschen Staatsordnung – mitsamt einer Verfassung, die nicht zuletzt dem Parlament weitreichende Rechte zubilligte.

Zum sichtbaren Zeichen dieser Staatsgründung gab sich der Bund eine gemein-

sich doch im Laufe der folgenden Jahrzehnte nach und nach ein parlamentarisches System heraus, dessen Mittelpunkt das zwischen 1884 und 1894 nach Plänen von Paul Wallot errichtete Reichstagsgebäude wurde. Und über diesem Parlament wehte zwischen 1894 und 1918 – mithin 24 Jahre lang – die schwarz-weiß-rote Flagge.

Auch wenn die Republik von Weimar im Jahre 1919 die schwarz-rot-goldenen Farben der Nationalbewegung im 19. Jahrhundert als neue Flagge erkor und diese seitdem als Symbol deutscher Demokratie gilt, so steht doch Schwarz-Weiß-Rot keineswegs für eine antidemokratische Haltung. Die Nationalsozialisten jedenfalls kehrten nach ihrem Machtantritt nicht zu dieser Flagge zurück, sondern erklärten mit dem Hakenkreuz-Banner ihre eigene Fahne zum Symbol ihres Staates.

Was auch immer die Randalierenden auf der Treppe des Reichstags am vergangenen Wochenende beabsichtigt haben mögen: Sollten sie antidemokratisch gesinnt sein, können sie sich kaum auf die Flagge des Kaiserreichs berufen. Eine „Schande für die Demokratie“ ist das bloße Zeigen von Schwarz-Weiß-Rot vor dem Reichstag allerdings auch nicht.

Schwarz-Weiß-Rot steht keineswegs für eine antidemokratische Haltung

same Flagge: Dazu wurde das bisherige Schwarz-Weiß-Preußens um das Weiß-Rot der norddeutschen Hansestädte zum neuen Schwarz-Weiß-Rot erweitert. Auch nachdem sich 1871 der Norddeutsche Bund mit den süddeutschen Staaten zum Deutschen Reich vereinte, blieb Schwarz-Weiß-Rot die amtliche Flagge – und wurde somit zum Symbol des neuen deutschen Nationalstaats.

Wenngleich dieser Nationalstaat bis 1918 eine Monarchie blieb, so entwickelte

PORTRÄT

Mit allen Wassern gewaschen

Alle Welt drückt ihre Entrüstung darüber aus, dass bei der Corona-Demonstration einige Protestanten mit Reichsflagge vor den Eingang des Reichstages in Belin gelangen konnten. Aber keiner entrüstet sich über Andreas Geisel. Dabei ist nicht auszuschließen, dass der Berliner Innenminister wegen seiner Verbotslinie eine Mitschuld an der Eskalation trägt.

Unter dem scheinheiligen Vorwand, dass mit Verstößen gegen die geltende Infektionsschutzverordnung zu rechnen sei, hatte der 54-jährige SPD-Politiker die angemeldete Demonstration (siehe Seite 1) verboten. Den eigentlichen Grund verriet er später: Er wolle nicht hinnehmen, dass Berlin „als Bühne für Corona-Leugner, der Reichsbürgerbewegung und Rechtsextremisten missbraucht wird“.



Senator Andreas Geisel

Foto: pa

Funktionärs aufgewachsene Geisel mit knapp 18 Jahren in die SED eintrat. Fünf Jahre später, nach dem Tian'anmen-Massaker in Peking, trat er aus der Partei wieder aus. Im Frühjahr 1989, einer Zeit politischer Veränderungen, bot sich das an.

So startete der gelernte Fernmeldetechniker der Post, der nach der friedlichen Revolution Betriebswirtschaftslehre studierte, eine Karriere in der SPD. Zunächst als Berliner Kommunalpolitiker, und – nachdem er 2009 mit einer Kandidatur für den Bundestag gescheitert war – als Bausenator von 2014 bis 2016 sowie seitdem als Innensenator. Mit seinem Landes-Antidiskriminierungsgesetz, das Menschen anderer Herkunft schützen soll, grätschte er seiner Polizei zuletzt noch gehörig in die Beine.

H. Tews

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Schlesische Töne

Beethovens fruchtbarer Aufenthalt in Schlesien – In Oberglogau begann er seine „Schicksalssinfonie“

VON INGOLF AU UND MICHAEL FERBER

Der Nachname legt es nahe: Familiär hatte der vor 250 Jahren in Bonn geborene Ludwig van Beethoven eine Verbindung zu den Niederlanden, denn er entstammte einer eingewanderten Musikerfamilie. Manche andere halten ihn für einen „halben Österreicher“, da er von 1792 bis zu seinem Tod 1827 in Wien lebte und wirkte. Den Wenigsten ist aber bekannt, dass der Komponist auch eine besondere Beziehung zu Schlesien hatte.

Genau genommen, begann es im Juli 1792. Damals spielte der 21-jährige Beethoven in der Godesberger Redoute vor seinem älteren Kollegen Joseph Haydn. Man verabredete, dass Beethoven eine zweite Studienreise nach Wien unternehmen und dort Meisterschüler von Haydn werden sollte – und so geschah es auch. Noch heute erinnert eine Stele in der Nähe der Redoute an diese Begegnung.

1792 war Godesberg, seit 1926 Bad Godesberg, noch eine selbstständige Stadt, und so plante der Verein Kunst & Kultur Bad Godesberg e.V. vom 28. bis 30. August sogar ein eigenes Kurfürstliches Beethovenfest zu veranstalten. Die Kreisgruppe Bonn e.V. der Landsmannschaft Schlesien war eingeladen, mit einem Stand daran teilzunehmen. Wegen Covid-19 hat man das Fest auf den 27. bis 29. August des kommenden Jahres verschoben.

Aber wie kam denn nun die Verbindung Beethovens zu Schlesien überhaupt zustande? Verschiedene Umstände und Ereignisse führten dazu, dass Beethoven sich nach seiner Ankunft in Wien dort auf Dauer niederließ. Dank seines außergewöhnlichen Talents und seiner Bekanntheit zu Haydn gelang es ihm, Kontakte zu den höchsten gesellschaftlichen Kreisen der habsburgischen Metropole zu gewinnen, insbesondere zu Karl Fürst Lichnowsky, der ihn finanziell unterstützte und ihm damit ermöglichte, sich ganz auf seine Musik zu konzentrieren.



Hier „pochte das Schicksal an die Pforte“: Im Schloss Oberglogau begann Beethoven seine 5. Sinfonie

Foto: Ralf Lotys

Beethoven widmete dem Fürsten unter anderem die Klaviersonate Nr. 8 in c-Moll, op. 13, die „Pathétique“, und die Sinfonie Nr. 2 in D-Dur, op. 36. Im Herbst 1806 lud der Fürst ihn auf sein Schloss Grätz bei Troppau in Österreichisch-Schlesien ein, wo er seine 4. Sinfonie in B-Dur, op. 60, vollendete.

Wegen Napoleon kam es zum Eklat

Noch im Oktober 1806 erhielt Beethoven eine Einladung von Reichsgraf Franz von Oppersdorf, den er über Karl Fürst Lichnowsky kennengelernt hatte, auf dessen Schloss Oberglogau in Oberschlesien, Preußisch-Schlesien. Dem Reichsgrafen widmete Beethoven später seine 4. Sinfonie. Außerdem begann Beethoven auf dessen Oberglogauer Schloss seine 5. Sinfonie in c-Moll, op. 67, die „Schicksalssinfonie“, die er 1808 in Wien abschließen konnte.

In Schlesien wurde die „Schicksalssinfonie“ zum ersten Mal bereits im Jahr 1809 in der Aula Leopoldina der Breslauer Universität gespielt.

Während Beethovens Aufenthalt in Oberglogau waren auf Schloss Grätz französische Offiziere einquartiert worden, und so kam es nach seiner Rückkehr nach Troppau zu einem gewaltigen Eklat: Beethoven war anfangs von Napoleon wegen dessen republikanischen Ideen begeistert gewesen, inzwischen aber von dem absolutistischen Kaiser schwer enttäuscht und heftig über ihn erzürnt.

Als Fürst Lichnowsky nun Beethoven bat, vor den französischen Offizieren zu spielen, weigerte dieser sich heftig und flüchtete zu Fuß nach Troppau. Durch Vermittlung von Maria Christine Fürstin

Lichnowsky wurde die Beziehung zwischen Beethoven und dem Fürsten später wieder in Ordnung gebracht.

Im Herbst 1811 folgte Beethoven einer erneuten Einladung des Fürsten auf Schloss Grätz, der eine Aufführung von Beethovens Messe in C-Dur, op. 86, in Troppau organisiert hatte. Außerdem hielt sich Beethoven in den Jahren 1806 und 1811/12 viele Monate in Böhmisches Bädern auf, um Besserung für seine Gesundheit zu erreichen. Dies alles hat nicht zuletzt auch zu schlesischen Spuren in seinen Werken, wie zum Beispiel in seinem einzigen vollendeten Violinkonzert in D-Dur, op. 61, geführt.

Auch wenn Beethoven weit davon entfernt war, ein „halber Schlesier“ zu sein, so finden sich doch auch schlesische Töne in seinem Werk wieder.

ZEITUNGSHERAUSGEBER

Berlins Medien-Tycoon

Gründer des „Berliner Tageblatts“ – Vor 100 Jahren starb der Berliner Zeitungskönig Rudolf Mosse

Sieben Brüder auf einem alten Familienfoto. Alle lächeln freundlich, haken sich ein oder legen den Arm auf die Schulter des Nebenbruders. Und man ahnt, die müssen sich gut verstanden haben. Was man anhand des Fotos jedoch nicht wissen kann, ist, dass aus einem der gut geklaunten Herren einmal der größte Steuerzahler Berlins mit einem geschätzten Vermögen von 70 Millionen Reichsmark (Stand 1913) werden würde.

1865 zog Ulrike Mosse nach dem Tod ihres Ehemannes Markus Mosse von Grätz in der damaligen Provinz Posen nach Berlin. Der 1843 geborene Sohn Rudolf war schon fünf Jahre zuvor nach Berlin gegangen, um „etwas Ordentliches“ zu lernen. Er wurde Gehilfe in einem Sortimentsbuchhandel, seine sich daran anschließende Tätigkeit als Anzeigenakquisiteur wurde zum Schlüsselerlebnis: 1867 machte er sich selbstständig und gründete die „Annoncen-Expedition Rudolf Mosse“. Von da an gab es kein Halten mehr für den energiegeladenen Kaufmann. Sukzessive erwarb er die komplet-

ten Anzeigenteile von fast 100 Zeitungen und Zeitschriften und revolutionierte die Sparte, indem er das Anzeigengeschäft zentralisierte und somit als Vermittler fungierte.

Mosse nutzte dabei vor allem auch die Aufbruchsstimmung nach der deutschen

Reichsgründung von 1871, die sich auch in einem frischen Layout widerspiegeln sollte. Vorbei war es mit langweiligen Anzeigen in eintöniger Standardausführung. Neue Schrifttypen mussten her, originelle Rahmungen und witzige Layouts, von hauseigenen Zeichnern entworfen.



Nach Rudolf Mosse benannt: Das Mosse-Zentrum im Berliner Zeitungsviertel

Dann legte Mosse noch einen drauf. Höchste Zeit für eine Tageszeitung, die auch den neuen Geist der extrem expandierenden jungen Reichshauptstadt verkörpern sollte, so dachte er sich, und im Januar 1872 erschien die erste Ausgabe des „Berliner Tageblatts“. Es entwickelte sich von einem reinen Anzeigenblatt zu einer der größten und einflussreichsten Zeitungen Berlins und erreichte in 1920er Jahren unter dem Chefredakteur Theodor Wolff, einem Cousin Mosses, eine Leserschaft von bis zu 250.000 Menschen. Bis 1933 alles vorbei war. Da war Rudolf Mosse jedoch längst tot. Am 8. September 1920 war er auf Schloss Schenkendorf bei Mittenwalde einem Herzinfarkt erlegen.

Der rührige Verleger, der zusammen mit seiner Ehefrau Ulrike auch als Wohltäter unterwegs war – so gründete er unter anderem in Berlin ein interkonfessionelles Waisenhaus –, ruht in einem Mausoleum aus rotem Granit auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee. Es ist verdienstermaßen als Ehrengrabstätte der Stadt Berlin gekennzeichnet. Bettina Müller

MELDUNGEN

Hochburg der Impressionisten

Potsdam – Das Museum Barberini erhält jetzt die Sammlung impressionistischer Gemälde des Museumsgründers Hasso Plattner als Dauerleihgabe. Sie umfasst über 100 Werke von Malern des Impressionismus und Nachimpressionismus, darunter 34 Gemälde von Claude Monet. Außerhalb von Paris sind nirgends in Europa mehr Werke dieses Künstlers an einem Ort zu sehen. Ebenfalls einzigartig in Deutschland ist der Bestand der Gemälde von Caillebotte, Pissarro, Signac, Sisley und de Vlaminck. Potsdam wird damit künftig eines der weltweit wichtigsten Zentren impressionistischer Landschaftsmalerei. Die Sammlungspräsentation ist ab dem 5. September zu sehen. Internet: www.museum-barberini.de tws

Letzter Akt in den Rieckhallen

Berlin – Mit „Magical Soup“ sind in den Rieckhallen des Hamburger Bahnhof zentrale Werke moderner Medienkunst zu sehen. Die Ausstellung erkundet das Verhältnis zwischen Hören, Sehen und gesellschaftlich geprägter Raumerfahrung. Mit der Schau verabschieden sich große Teile der Flick-Collection. Im Herbst 2021 endet der Leihvertrag mit Flick, wobei 268 Werke als Schenkung in der Nationalgalerie verbleiben. tws

Berlin öffnet weitere Museen

Berlin – Die Staatlichen Museen zu Berlin eröffnen nach den Corona-bedingten Schließungen sukzessive weitere Ausstellungshäuser: So werden ab dem 5. September das Museum Berggruen und die Sammlung Scharf-Gerstenberg in Berlin-Charlottenburg, ab dem 18. September die James-Simon-Galerie auf der Museumsinsel Berlin sowie ab Oktober das Bode-Museum, das Pergamonmuseum und die Friedrichswerdersche Kirche wieder zugänglich sein. Der Besuch ist nur mit einem Zeitfensterticket möglich, das vorab online gebucht werden kann: www.smb.museum/tickets tws

Medicus darf länger bleiben

Speyer – Die Ausstellung „Medicus. Die Macht des Wissens“, die das Historische Museum der Pfalz in Speyer von Mitte Dezember 2019 bis zu ihrem Corona-bedingten Ende am 13. März präsentierte, wird vom 5. September bis 13. Juni 2021 fortgesetzt. Möglich macht das die Solidarität der Museen untereinander. In der Regel werden kulturgeschichtliche Exponate nur für eine sehr begrenzte Dauer, zum Beispiel für sechs Monate, entliehen. Die Medicus-Schau passt gut in die heutige Zeit, geht es doch auch um das Thema Hygiene, deren neue Regeln auch die Besucher befolgen müssen. Internet: www.museum.speyer.de tws

SPEZIALLAGER NR. 2

„Tbc ersetzt Zyklon B“

Zum 1. Juli 1945 kam das von der US Army besetzte Thüringen unter die Kontrolle der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Damit galt nun auch hier der Befehl Nr. 00315 des Chefs des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD), Lawrentij Berija, vom 18. April des Jahres. In dem hatte Josef Stalins oberster Geheimpolizist angeordnet, „feindliche Elemente“ im Machtbereich der Roten Armee zu inhaftieren. In der Folge wurde das sowjetische Gulag-System auf die sowjetische Besatzungszone übertragen. Grund genug für Generalmajor Grigorij Beschadow, den Chef des Operativen Sektors des NKWD für das Land Thüringen, die Errichtung eines Speziallagers zu fordern. Daraufhin erhielt Hauptmann Fedor Matuskow den Auftrag, geeignete Standorte vorzuschlagen. Anschließend entschied die zuständige SMAD-Abteilung in Berlin-Hohenschönhausen, das bis zum 11. April 1945 von den Nationalsozialisten betriebene vormalige Konzentrationslager Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar als NKWD-Speziallager Nr. 2 zu nutzen und Matuskow zu dessen Kommandanten zu ernennen.

Obwohl am 21. August 1945 bereits die ersten Sowjet-Gefangenen in Buchenwald eintrafen, erfolgte die offizielle Inbetriebnahme der Einrichtung erst etwas später in den Tagen vom 30. August bis zum 5. September. In dem einstigen „Schutzhaft“- und Zwangsarbeitslager der Nationalsozialisten saßen nun vor allem lokale NSDAP-Funktionäre, Lehrer, Bürgermeister, Polizisten, politische Missliebige aller Art sowie in sehr geringem Umfang auch Angehörige der SA, SS und Gestapo ein. Aufgrund der unmenschlichen Haftbedingungen starben mindestens 7113 der 28.455 sowjetischerseits registrierten Inhaftierten. Das entspricht einer Todesrate von etwa 25 Prozent. Die meisten Opfer starben an Unterernährung, Ruhr, Typhus und Lungentuberkulose. Nicht ganz zu Unrecht schrieb die West-Berliner Zeitung „Der Kurier“ am 10. Juni 1949: „Tbc ersetzt Zyklon B“.

Nach der Gründung der DDR wurde das Lager am 14. Februar 1950 ge-



Gräberfeld des Lagers: Jede Metallstele erinnert an ein Grab

schlossen. Verantwortlich hierfür waren der wachsende Druck aus dem westlichen Ausland auf Moskau sowie die um ihr Image bemühte Führung des neuen Staates.

Das Speziallager Nr. 2 des NKWD zeigt wie die anderen neun gleichartigen Lager auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone beziehungsweise DDR beispielhaft die strukturelle Ähnlichkeit zwischen Stalinismus und Nationalsozialismus – eine Ähnlichkeit, die indes von maßgeblichen Exponenten der Linken in Deutschland gelehrt wird.

Wolfgang Kaufmann

75 JAHRE GRENZDURCHGANGSLAGER FRIEDLAND

Ein „Tor zur Freiheit“ für Flüchtlinge und Heimkehrer

In dem Lager haben Millionen Aufnahme und eine sichere Zuflucht gefunden. Heute dient es als Aufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler samt Familienangehörigen sowie Asylbewerber



Nahm am 20. September 1945 den Betrieb auf: Das sogenannte Tor zur Freiheit, das Grenzdurchgangslager Friedland

Foto: pa

VON KLAUS J. GROTH

Der Strom der Menschen erschien endlos und bewegte sich langsam voran. Es waren Frauen, Kinder und alte Männer, beladen mit dem wenigen, was sie hatten mitnehmen können – Kleidung, Lebensmittel und ein paar Erinnerungstücke an die verlassene Heimat. Säcke türmten sich auf Kinderwagen, Großeltern schoben Karren mit Eingewecktem und getrockneten Früchten aus dem Hausgarten, Kinder trugen Rucksäcke gefüllt mit Seife und Waschpulver. Sie alle hatten nur ein Ziel, Richtung Westen. Im Dreiländer- und damaligen Dreizoneneck, wo Thüringen, Niedersachsen und Hessen beziehungsweise sowjetische, britische und US-amerikanische Zone aneinandergrenzen beziehungsweise -grenzten, trafen Trecks aufeinander. Der britische Militärkommandant Perkins sah sich vor einer gewaltigen logistischen Herausforderung. Die Massen an Menschen, viele erschöpft, halb verhungert und krank, mussten ernährt, ärztlich versorgt und auf andere Gebiete verteilt werden, sonst drohte eine humanitäre Katastrophe. Perkins befahl die Errichtung eines Auffanglagers in der kleinen Gemeinde Friedland. Er wählte dazu das Gelände der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt der Universität Göttingen.

Standort am Dreizoneneck

Der Ort im Süden Niedersachsens lag günstig. Eine gut ausgebaute Straße führte hindurch, er verfügte über einen Bahnhof an der Strecke Hannover-Kassel, und er lag nahe am Dreizoneneck. Deutsche Kriegsgefangene richteten innerhalb weniger Tage Unterkünfte in den verlassenen Ställen her. Einer der damaligen

Kriegsgefangenen berichtete: „Als wir ankamen, fanden wir nur ein paar leere Schweineställe vor. Die Küche haben wir in der Futterküche eingerichtet. Sie kamen mit Blechgeschirr oder Konservendosen an und erhielten dann Graupen- oder Milchsuppe. Wir konnten ihnen nur das geben, was wir hatten. Und wenn das Essen alle war, war’s alle.“

Bald reichten auch die Ställe für die Menschenmassen nicht aus, die mit Zügen oder zu Fuß ankamen. Die Kriegsgefangenen errichteten auf einem Acker nahe am Bahnhof eine Stadt aus Zelten und langen Reihen von Wellblechbaracken. Die dort untergebrachten Flüchtlinge hatten Anspruch auf die Rationen

„Und wenn das Essen alle war, war’s alle“

Zeitzeuge der Anfangszeit

der einheimischen deutschen Zivilbevölkerung.

Außer den Vertriebenen und Flüchtlingen kamen täglich Tausende Angehörige der Wehrmacht. Sie trugen noch ihre zerlumpten Uniformen. Ausgestattet mit neuer Kleidung und dem D2-Schein, dem Dokument über ihre Entlassung aus dem Militärdienst, konnten sie weiter zu ihren Heimatorten fahren. Besondere Probleme bereiteten die Kinder, die auf der Flucht ihre Eltern verloren hatten oder aus den Lagern der Kinderlandverschickung kamen. Friedlands Verwaltung,

das Deutsche Rote Kreuz und der Nordwestdeutsche Rundfunk arbeiteten eng zusammen, um die Eltern zu finden. Dank der Suchmeldungen „Gesucht wird ...“ konnten bis 1952 bereits 67.946 Kinder wieder in die Obhut ihrer Eltern gebracht werden.

Begonnen hatte die Arbeit des Suchdienstes in Flensburg. Dort hatten die beiden ehemaligen Offiziere Kurt Wagner und Helmut Schelsky, der später als Soziologe bekannt wurde, beobachtet, wie verzweifelte Menschen ihre Angehörigen mit Plakaten und Fotos suchten. Der DRK-Suchdienst führt noch heute Menschen aus aller Welt zusammen, die durch Kriege und Naturkatastrophen ihre Angehörigen verloren haben.

Bis Ende 1945 passierte eine halbe Million Menschen das Lager Friedland. Sie wurden von der Caritas und britischen Hilfsorganisationen betreut.

Am 13. August 1946 begann in Friedland ein neuer Abschnitt. Der erste geschlossene Transport Kriegsgefangener aus der Sowjetunion traf ein. Am 11. Dezember 1947 konnte die Lagerleitung – Friedland unterstand inzwischen dem Land Niedersachsen – den 100.000. Heimkehrer willkommen heißen. Das Ereignis, das die Menschen in der Nachkriegszeit am meisten bewegte und den Namen Friedland zum Synonym für Freiheit machte, war die Ankunft der Spätheimkehrer. Am 8. September 1955 war Konrad Adenauer nach Moskau gereist und hatte Nikita Chruschtschow zur Freilassung der letzten Gefangenen aus Sibirien bewegen können. Zu deren Empfang in Friedland erklang das Kirchenlied „Nun danket alle Gott“, gesungen von Tausenden Stimmen durch das Lager. Das weithin sichtbare Heimkehrerdenkmal auf dem Hagenberg erinnert an diesen Tag.

Die „Heimkehr der 10.000“ wurde in der Bundesrepublik empathisch gefeiert. Das Bild einer Mutter, die dem Kanzler bei seiner Rückkehr auf dem Flughafen Köln-Wahn die Hand küsst, ging durch alle Medien. Die Zeitung in Lübeck, der einzigen Großstadt an der ehemaligen Zonengrenze zur DDR, schrieb nach dem Eintreffen der Männer unter dem Läuten der Kirche St. Marien: „Jubel und Tränen löste diese Heimkehr aus. Über allem aber mag das Wort eines Heimkehrers stehen, der vor Ergriffenheit kaum sprechen konnte und nur mühsam hervorbrachte: ‚So haben wir nicht umsonst gelitten.‘“

„Heimkehr der 10.000“

Friedland blieb ein Ort, an dem für viele Verfolgte und Bedrohte ein neues Leben begann. 1956 kamen Flüchtlinge aus Ungarn, die nach der blutigen Niederschlagung des ungarischen Aufstandes durch die Sowjets das Land verlassen mussten. 1973 stellten Chilenen ein größeres Kontingent. 1978 kamen die Boatpeople aus Vietnam auf Einladung des damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, 1984 Tamlen aus Sri Lanka, 1990 in großer Zahl Menschen aus Albanien. Zu Zeiten der friedlichen Revolution nahm das Lager Übersiedler aus der DDR auf. Und dann kamen wieder Menschen aus Osteuropa und Asien, jüdische Emigranten aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Heute ist Friedland die Aufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen. Sie bleiben maximal zwei Wochen dort, bevor die Weiterreise in die Bundesländer erfolgt. Das Grenzdurchgangslager, wie es offiziell heißt, ist ebenfalls die erste Station für Asylbewerber, die für Niedersachsen bestimmt sind.



Noch am Tage vor seinem Tod versuchte Ägyptens charismatischer Präsident zu vermitteln: Jassir Arafat, Gamal Abdel Nasser und Hussein I. am 27. September 1970 in Kairo (v.l.)

VON WOLFGANG KAUFMANN

Mancher Bundesbürger denkt bei „Schwarzer September“ an die gleichnamige Terrororganisation, die 1972 das Münchner Olympia-Attentat verübte. Eigentlich und ursprünglich bezeichnen Palästinenser mit „Schwarzer September“ den September des Jahres 1970. Damals begann der Jordanische Bürgerkrieg zwischen jordanischen Sicherheits- und Streitkräften auf der einen sowie palästinensischen Guerillas und syrischen Truppen auf der anderen Seite, der mit der Vertreibung der palästinensischen Organisationen aus Jordanien endete.

Am ersten Tag dieses September 1970 verübte die marxistisch-leninistische Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP), die der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) angehörte, ein Attentat auf den jordanischen König Hussein I. Es misslang. Dieser Misserfolg hielt die Führung der mit der DFLP konkurrierenden, aber gleichfalls zur PLO zu zählenden Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) um George Habasch und Wadi Haddad alias Abu Hani nicht davon ab, weitere ebenso spektakuläre wie provokante Aktionen zu starten. Deren Ziel bestand darin, den brüchigen Waffenstillstand zwischen König Hussein und der Hauptfraktion innerhalb der PLO unter Jassir Arafat zu sabotieren, um einen Bürgerkrieg in Jordanien auszulösen.

So entführten PFLP-Terroristen am 6. September 1970 zeitgleich drei Flugzeuge: eine Boeing 707 der Trans World Airlines (TWA), eine Douglas DC-8 der Swissair und eine Boeing 747 der Pan American World Airways (Pan Am), die allesamt auf dem Wege zum John F. Kennedy International Airport in New York waren.

Attentat auf Hussein I.

Eigentlich sollten sogar vier Maschinen gekapert werden, doch die gewaltsame Übernahme der Boeing 707 des Fluges 219 der israelischen Gesellschaft El Al durch die Palästinenserin Leila Khaled und den Nicaraguaner nordamerikanischer Herkunft Patricio José Argüello Ryan über dem Ärmelkanal verlief nicht nach Plan. Beim Versuch, das Cockpit zu stürmen, wurde Argüello von den Sicherheitskräften an Bord der Maschine erschossen und Khaled festgenommen. Dafür konnte am 9. September ein Sympathisant der PFLP, der die gescheiterte palästinensische Flugzeugentführerin freipressen wollte, noch eine Vickers VC10 der British Overseas Airways Cor-

poration (BOAC) unter seine Kontrolle bringen.

Damit befanden sich nun insgesamt 598 zumeist westliche Geiseln in der Hand der Terroristen, welche die Freilassung palästinensischer Gefangener aus europäischen und israelischen Gefängnissen verlangten. Während der diesbezüglichen Verhandlungen dirigierte die PFLP drei der Maschinen nach Dawson's Field, einem vormaligen Wüstenflugplatz der britischen Luftstreitkräfte nahe der jordanischen Ortschaft Zarqua, während der Pan-Am-Jet in Kairo landete. Dort ließen die Entführer der Boeing 747 ihre Geiseln frei. Danach sprengten sie das Riesenflugzeug vor den Kameras der Weltpresse in die Luft. Das gleiche Schicksal war den anderen drei Passagiermaschinen auf dem Dawson's Field beschieden – jedoch auch hier erst nach der Evakuierung der Fluggäste und Besatzungsmitglieder. Hierdurch überlebten am Ende alle mit Ausnahme des von den Sandinisten in Nicaragua zur PFLP entsandten Terroristen Argüello die Massenentführung.

Während des Austausches der Geiseln gegen palästinensische Häftlinge kam es in Jordanien zu ersten Gefechten zwi-

„SCHWARZER SEPTEMBER“

Als die Palästinenser den Kampf um Jordanien verloren

Vor 50 Jahren stellte die PLO im haschemitischen Königreich die Herrschaft Husseins I. erfolglos in Frage. Die Folgen beschränkten sich nicht auf ihre Vertreibung und ihr Ausweichen in den Libanon

schen Freischärlern der PLO beziehungsweise PFLP und DFLP sowie den Streitkräften von König Hussein, die über rund 70.000 Soldaten verfügten. Dabei waren die Freischärler so erfolgreich, dass sie am 16. September in Irbid eine eigene „Volksregierung“ ausrufen konnten.

Damit überschritten sie den Rubikon. In der darauffolgenden Nacht proklamierte König Hussein das Kriegsrecht in Jordanien. Anschließend gab sein Generalstabschef Habas al-Madschali den Befehl zum Angriff. Die 1. Infanteriedivision sollte gemeinsam mit der 4. Mechanisierten Brigade und der 60. Panzerbrigade die jordanische Hauptstadt Amman von den insgesamt rund 100.000 Mann starken palästinensischen Milizen säubern, während die 2. Infanteriedivision und die 40. Panzerbrigade den Auftrag zur Rückeroberung von Irbid erhielten.

Die Offensive blieb jedoch zunächst stecken, da zahlreiche Militärs des Königs aus Solidarität mit den Palästinensern desertierten und Syrien zu deren Unterstützung 16.000 Mann und rund 300 T-55-Kampfpanzer in die Region um Irbid entsandte. Eine Änderung der Lage trat erst ein, als die jordanische Luftwaffe

massive Angriffe gegen das syrische Kontingent flog und dabei rund 120 gepanzerte Fahrzeuge zerstörte. Daraufhin zogen sich die Syrer zurück und Irbid fiel nach einwöchigem verbissenen Häuserkampf in die Hände von Husseins Armee.

Auswirkungen in der Region

Während Syrien seine Unterstützung der Palästinenser einstellte und Ägypten wie der Irak keinerlei Anstalten machten zu intervenieren, konzentrierte Israel Truppen an der Grenze zu Jordanien und signalisierte, in den Konflikt zuzulasten der Palästinenser eingreifen zu wollen. Die USA lieferten auf ein Hilfeersuchen Ammans hin moderne Panzer vom Typ M60. Damit wendete sich das Blatt endgültig, auch wenn Hussein am 27. September einem von dem ägyptischen Staatspräsidenten Gamal Abdel Nasser vermittelten Waffenstillstand zustimmte. Die Palästinenser standen auf verlorenem Posten. Als Konsequenz daraus erlangte Hussein bis zum Juli 1971 die Kontrolle über ganz Jordanien zurück, während die PLO ihre Stützpunkte in den Libanon verlegen musste.

Auch in anderen arabischen Staaten führte der „Schwarze September“ zu Machtverschiebungen. Im Irak nutzte Vizepräsident Saddam Hussein die Passivität der Streitkräfte, um sich der parteiinternen Widersacher um den Verteidigungsminister Hardan al-Tikriti zu entledigen und seine Gefolgsleute in der Armeeführung zu platzieren. Und in Syrien schlug die Stunde Hafiz al-Assads, weil das blamable Scheitern des Einmarsches in Jordanien seinem wichtigsten Rivalen Salah Dschadid angelastet wurde, der hinter der Intervention mit einem gepanzerten Kampfverband in den Jordanischen Bürgerkrieg gestanden hatte, und nicht Assad selber, der dem Verband als Luftwaffenoberkommandierender die nötige Luftunterstützung gegen die jordanischen Luftstreitkräfte verweigert hatte. Der „Schwarze September“ führte also zu Auswirkungen in der Region, die teilweise bis heute zu spüren sind.

Sieger und Nutznießer



FOTO: REGIERUNG DER VEREINIGTEN STÄATEN VON AMERIKA



FOTO: REGIERUNG DER VEREINIGTEN STÄATEN VON AMERIKA



FOTO: IRAQI NEWS AGENCY

Hussein I. blieb bis zu seinem Tode König von Jordanien. Trotz mehr als 30 Attentaten auf seine Person starb er 1999 eines natürlichen Todes. Sein ältester legitimer Sohn und Nachfolger regiert noch heute

Hafiz al-Assad putschte im November 1970 und ließ sich im darauffolgenden Jahr von den Syrern zum Präsidenten wählen. Sein Sohn und Nachfolger Baschar al-Assad regiert bis zum heutigen Tag

Nach der vollständigen Entmachtung von Hardan al-Tikriti am 15. Oktober 1970 stieg **Saddam Hussein** weiter auf. Ab dem Juli 1979 war er Staats-, Regierungs- und Parteichef im Irak

BLOHM & VOSS BV 222

Die „Wiking“ sollte Adolf Hitler retten

Die späten 1930er Jahre waren die große Zeit der Flugboote. Speziell große Exemplare mit großer Reichweite galten als das Mittel der Wahl für den transozeanischen Luftverkehr. Den deutschen Beitrag zu dieser Typenfamilie bildete die Blohm & Voß BV 222 „Wiking“. Vor 80 Jahren, am 7. September 1940, stieg sie von Hamburg-Finkenwerder aus zu ihrem Erstflug auf.

Die Lufthansa hatte das später „Wiking“ genannte Flugboot 1937 für ihre Transatlantikstrecken in Auftrag gegeben. Aber letztendlich trug nur der erste Prototyp für kurze Zeit zivile Kennzeichen. Er wurde noch als Zivilmaschine für 16 Passagiere fertiggestellt, aber nach kurzer Zeit von der Luftwaffe als Transporter übernommen. In dieser Rolle konnten die Boote entweder bis zu 92 Soldaten oder eine gewichtsmäßig vergleichbare Frachtmenge transportieren.

Das von Richard Vogt konstruierte Flugboot war 37 Meter lang und hatte eine Spannweite von 46 Metern. Angetrieben wurde es zunächst von sechs BMW-Bramo-323-Motoren zu je 1000 PS Leistung. Später gebaute Maschinen flogen mit sechs etwa gleichstarken Jumo-207-Dieselmotoren. Insgesamt produzierte Blohm & Voß 13 Flugzeuge in drei verschiedenen Versionen.

Die Luftwaffe nutzte die behäbigen Riesen als Transporter und als Fernaufklärer. Ab 1941 flogen die Maschinen bei einer eigens aufgestellten Transportstaffel Versorgungseinsätze in Nordnorwegen und im Mittelmeerraum. Eine zweite Staffel nutzte Flugboote für lange Aufklärungsflüge über dem Atlantik. Im Laufe des Krieges erhielten die Maschinen eine immer stärkere Abwehrbewaffnung, die als Aufklärer fliegenden Flugboote außerhalb des Radar.

Im Juli 1944 flog eine BV 222 Ersatzteile für eine auf Grönland gelandete Focke Wulf 200 auf die eisige Insel. Die FW 200 hatte die Besatzung einer Wetterstation abholen sollen, war aber bei der Landung beschädigt worden. Mit den Ersatzteilen gelang die Reparatur, und die FW 200 konnte die Stationsbesatzung nach Norwegen ausfliegen.

In den letzten beiden Kriegsjahren gehörten die Flugboote zum Spezialgeschwader KG 200, mit dem die Luftwaffe geheime Operationen durchführte. Bei Kriegsende standen in Norwegen zwei Maschinen bereit, um



FOTO: BUNDESARCHIV, BILD 46-9798-06-09/CC-BY-SA 3.0

Blohm & Voss BV 222 „Wiking“

Adolf Hitler über Grönland nach Japan auszufliegen. Dabei hätte wohl ein Flugboot zusätzlichen Treibstoff laden müssen, um die zweite Maschine Japan erreichen zu lassen. Denn die Reichweite von 6000 Kilometern alleine hätte für die Strecke nicht ausgereicht. Den Befehl hätte Hitlers Chefpilot Hans Baur übernehmen sollen.

Von den 13 gebauten Maschinen überlebten nur wenige den Krieg. Eine wurde in Großbritannien erprobt, eine zweite in den USA. *Friedrich List*

VON BODO BOST

Ab dem 5. September 2015 hat sich in Deutschland mit dem Beginn der unkontrollierten Zuwanderung ein Erdbeben vollzogen, der in seinen Dimensionen und Konsequenzen auch fünf Jahre danach noch kaum abwägbar ist. Die Zuwanderung ins Asylrecht, die bis 2014 bei etwa 40.000 Menschen pro Jahr lag, stieg zwei Jahre lang um mindestens das Zehnfache pro Jahr, um sich ab 2017 auf einem Stand von 200.000 pro Jahr einzupendeln.

2015/16 strömten 1,5 bis 1,8 Millionen Asylsucher nach Deutschland. Sie kamen vorwiegend aus muslimischen Ländern, in denen oft seit Jahrzehnten Krieg und Gewalt herrschten. Entsprechend verroht und gewaltorientiert waren viele dieser Menschen. Zudem haben viele dieser Asylsucher Deutschland einen militanten Antisemitismus zurückgebracht, den viele schon überwunden glaubten.

Bis Mitte August 2015 hatte sich der Druck auf der sogenannten Balkanroute derart erhöht, dass die Lage zu eskalieren drohte. 800.000 Asylsucher, die überwiegend aus Syrien, dem Irak und Afghanistan stammten, von denen aber viele schon seit Jahren in der Türkei gelebt hatten, warteten in den verschiedenen Ländern des Balkans. Allein Ungarn registrierte im August 2015 zirka 150.000 Asylsucher und wies sie in provisorische Aufenthaltslager ein. Bereits im Juni begann Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán den „Flüchtlingsstrom“ mit dem Bau eines Grenzzauns zu Serbien zu stoppen.

Merkel sorgte für gewaltigen Sog

Als die Asylsucher die Einweisung in ungarische Aufnahmelager verweigerten, schaltete sich Kanzlerin Angela Merkel ein und öffnete die Grenzen. Bereits am 21. August 2015 hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) unter Bundesinnenminister Thomas de Maizière intern eine Weisung an seine Außenstellen erteilt, gemäß der Asylsucher aus Syrien nicht mehr abgewiesen werden sollten, auch wenn sie aus einem sicheren Drittstaat, wie etwa Ungarn oder Österreich, einreisten. Das führte dazu, dass sich Asylsucher in Ungarn gar nicht mehr registrieren lassen wollten, sie wollten jetzt direkt nach Deutschland. Bereits im Bahnhof Budapest riefen immer mehr „Germany“ und „Merkel“.

Als am 28. August im österreichischen Burgenland ein Lastwagen entdeckt wurde, in dem 71 tote Asylsucher aus Syrien und dem Irak lagen, verstärkte das den Druck auf Deutschland, obwohl bis heute nicht klar ist, wohin der Lkw sollte. Dann wurde am 2. September das Foto eines kleinen kurdischen Jungen, den man den Namen Alan Kurdi gab, verbreitet, der leblos an einem Strand an der Ägäis lag. Auch dafür gaben aufgepeitschte Medien



Fast alle wollten nach Deutschland: Asylsucher im Spätsommer 2015 auf dem Weg durch Ungarn

Foto: action press

MASSENZUWANDERUNG

Fünf Jahre „Wir schaffen das!“

Im September 2015 brachen Zigtausende Asylsucher über Ungarn auf und lösten die größte Massenankunft von Immigranten in der jüngeren deutschen Geschichte aus

und Asyl-Lobbyisten Deutschland einen Teil der Schuld.

Die Kanzlerin öffnete am 4. und 5. September die deutschen Grenzen ohne Absprachen mit ihren EU-Kollegen. Gefragt, wie Deutschland diesen Massenansturm meistern solle, sagte Merkel den Satz „Wir schaffen das!“ Einige ihrer Kabinettskollegen sprachen allerdings damals bereits von Alleingängen, und Bundesinnenminister Horst Seehofer nannte den durch die Kanzlerin herbeigeführten Zustand gar die „Herrschaft des Unrechts“. „Wir schaffen das!“ stand fortan für Merkurs Asyl- und Grenzöffnungspolitik.

Auch wenn die Asylanträge zurückgingen: Im Vergleich zu anderen EU-Staaten verzeichnet Deutschland auch nach fünf Jahren noch immer mit Abstand die meisten Asylbewerberzugänge. Die Kosten für fünf Jahre „Wir schaffen das!“ sind schwer zu berechnen, sie schwanken je nach Blickwinkel zwischen 50 und 200 Milliarden Euro. Vor Corona lag die Beschäftigungsquote der Asylsucher bei nur rund 33 Prozent. Die Beschäftigungsquote des Rests der Bevölkerung liegt bei 70 Prozent, mit eingerechnet sind jeweils auch Minderjährige und Rentner. Die meisten

Beschäftigungsverhältnisse der Asylsucher liegen in der Leiharbeiterbranche bei relativ geringen Löhnen. Während der Arbeitsmarkt keinen Sprung machte wegen der Asylsucher, machte jedoch die Kriminalitätslage durch die zum großen Teil undokumentierten Immigranten einen enormen Satz nach oben.

Seit 2015 stieg die Allgemeinkriminalität als auch die politisch motivierte Kriminalität massiv um 79 Prozent pro Jahr. Deutliche Zunahmen hat es vor allem bei Rauschgiftdelikten und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung gegeben. Bei jeder zehnten aufgeklärten Straftat sei mindestens ein ab 2015 Zugewanderter als Tatverdächtiger registriert worden, in manchen anderen Bereichen sogar deutlich mehr, so das Bundeskriminalamt, dabei bilden diese nur drei Prozent der Bevölkerung.

Was wollen wir schaffen?

Die zunächst sehr positive, ja enthusiastische Reaktion in Teilen der deutschen Öffentlichkeit begann sich bereits nach wenigen Wochen zu verändern. Das lag vor allem an der gewaltigen Zahl der Asylsucher. Bis Ende 2015 wurden 1,1 Millio-

nen registriert, im Jahr darauf noch einmal 0,7 Millionen. In den sozialen Medien mehrten sich jetzt kritische bis schroff ablehnende Stimmen. Auch die „Bild“-Zeitung wechselte ihre Position und begann, die Asylsucher als Gefahr für Sicherheit und Wohlstand in Deutschland zu erkennen. Die AfD setzte zu einem Siegeszug in alle Parlamente an. Erst jetzt bat die Bundesregierung die übrigen EU-Mitgliedstaaten, einen Teil der nach Deutschland eingereisten Asylsucher zu übernehmen – ohne Erfolg.

Ende Februar 2016 schlossen Österreich, Ungarn, Kroatien, Slowenien, Serbien und Nordmazedonien ihre Grenzen für Asylsucher. Damit war die Balkanroute geschlossen. Das verursachte einen erheblichen Rückstau in Griechenland. Am 19. März schloss die EU-Kommission mit der Türkei einen Handel, dass Ankara gegen Zahlung von zunächst drei, dann sechs Milliarden Euro Asylsucher die Überfahrt nach Griechenland verwehrt. Dieser „Deal“ machte die EU jedoch zu einem Spielball des türkischen Machthabers Recep Tayyip Erdoğan, der die Drohung mit dem „Deal“ als Druckmittel erkannt hat. Infolge der Schließung der Tür-

kei- und der Balkanroute verlagerte sich das Migrationsgeschehen wieder stärker auf die Strecke von Libyen nach Italien, was steigende Todeszahlen im Mittelmeer nach sich zog.

Die große Zuwanderung seit 2015 hat Deutschland verändert. Seit 2015 gibt es Arabischunterricht an immer mehr deutschen Grundschulen. Es gibt viele neue Radiosender, Fernsehprogramme, Moscheegemeinden, Zeitschriften, Vereine und so weiter. Einige Immigranten machten sich als Unternehmer selbstständig, gründeten prunkvolle Konditoreien, aber auch Barbershops und Shishakneipen in Massen. Den Zugang zum Arbeitsmarkt werden Hunderttausende jedoch auf Jahrzehnte hin kaum schaffen, Grundsicherung und Sozialhilfe werden für viele Kinderreiche, Bildungsferne und Clanmitglieder ein Dauerthema bleiben.

Einen Stopp oder eine Begrenzung der Zuwanderung, wie sie bei den Gastarbeitern 1973 während der Ölkrise beschlossen wurde, soll es nach übereinstimmender Meinung der etablierten Parteien nicht geben. Und dies, obwohl die Bilanz nach mehr als fünf Jahren „Wir schaffen das!“ äußerst ernüchternd ausfällt.

US-UNIVERSITÄTEN

Wo Weiße systematisch diskriminiert werden

Zusatzpunkte nur für die dunkle Hautfarbe: Asiaten klagen gegen die „Affirmative Action“

Am 24. September 1965 unterzeichnete US-Präsident Lyndon B. Johnson die „Executive Order 11246“. Darin wurden erstmals sogenannte „Affirmative Action“-Maßnahmen vorgeschrieben, deren Zweck darin bestehen sollte, Chancengleichheit zu schaffen. In den Jahrzehnten danach führte die daraus resultierende „positive Diskriminierung“ von Nichtweißen allerdings zu einer wachsenden negativen Diskriminierung des Rests der Bevölkerung.

Das gilt inzwischen auch für den Zugang zum Hochschulstudium. So können Bewerber bei Eignungstests an der University of Michigan maximal 150 Punkte erreichen. 20 davon gibt es dabei schon

mal für „sozioökonomische Benachteiligung“ und weitere 20 für die Zugehörigkeit zu einer „unterrepräsentierten rassisch-ethnischen Minderheit“.

„Es gibt keine gute Diskriminierung“

Hieraus resultierten diverse Klagen. Darüber hinaus kritisierten Bildungswissenschaftler wie Richard Sander und Stuart Taylor, die Affirmative-Action-Praxis führe zu mehr Studienabbrüchen. Trotzdem wurde diese beibehalten, was sogar für die Eliteuniversität Harvard galt. Als Folge waren die Studienanfänger von 2017 erstmals mehrheitlich nichtweiß: Asiaten, Schwarze, Latinos und Indianer machten nun 50,8 Prozent der Erstsemester aus.

Allerdings fühlten sich die Asiaten gegenüber den Schwarzen zurückgesetzt und verklagten die Hochschule. Unterstützung erhielten sie dabei vom US-Justizministerium, welches den Standpunkt vertrat, dass Harvard gegen zentrale Bürgerrechte verstoße. „Es gibt keine ‚gute‘ Diskriminierung“, konstatierte der Experte für Bürgerrechte im Justizministerium (Assistant Attorney General for the Civil Rights Division of the Department of Justice) Eric Dreiband.

In erster Instanz gewann indes die Universität, welche vorbrachte, Vielfalt führe zu mehr Exzellenz bei der Ausbildung. Allerdings steht demnächst die Revision vor einem Bundesgericht an. In den

vergangenen zwei Jahren hat das Justizministerium auch die Affirmative-Action-Richtlinien von Yale, der zweiten großen Eliteuniversität der USA, untersucht.

Hochschulen bleiben stur

Dabei kamen die Ermittler zu dem Schluss, dass es in Yale eine rechtswidrige Unterscheidung der Studenten nach Rassen und ethnischen Merkmalen gebe, welche für „Stereotypen, Erbitterung und Spaltung“ Sorge. Im Vergleich zu schwarzen Bewerbern mit der gleichen Qualifikation für ein Studium in Yale lägen die Chancen von Weißen oder Asiaten, immatrikuliert zu werden, um 75 bis 90 Prozent niedriger.

Das bezeichnete die Universitätsleitung laut „Washington Post“ als „unbegündete, vorschnelle Anschuldigung“ und kündigte an, nicht von der bisherigen Zulassungsprozedur abzuweichen. Deshalb wird es nun wohl bald auch Klagen gegen Yale geben. Der Ausgang der Gerichtsverfahren dürfte ebenso ungewiss sein wie die endgültige Entscheidung im Falle Harvard.

Immerhin hat der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten 2016 mit knapper Mehrheit geurteilt, dass es den Hochschulen in den USA erlaubt sei, Bewerber nach ganz unterschiedlichen Kriterien und nicht nur nach ihren Zeugnisnoten auszuwählen. *Wolfgang Kaufmann*



KÖNIGSBERG

Neue Diskussion um die „Kreuzapotheke“

Nach zweijähriger Bauzeit präsentiert sich das denkmalgeschützte Gebäude in neuem Gewand

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

In Königsberg hat sich auf der Königsstraße [u. Frunse] etwas ereignet, worauf viele schon jahrelang gewartet hatten: Die Rekonstruktion der Überreste des Gebäudes der ehemaligen Kreuzapotheke wurde endlich fertiggestellt.

Die Bauzäune vor der Fassade sind inzwischen entfernt, das Grundstück vor dem Gebäude wird in Ordnung gebracht, und Gehwegplatten werden verlegt. Allerdings muss erwähnt werden, dass die neue Fassade des Vorkriegsgebäudes Elemente verschiedener Stile kombiniert – eine moderne Verglasung, Bögen mit historischer Verkleidung sowie Fliesen und Giebel. Von der ursprünglichen Gestaltung ist nur noch ein Fragment der Fassade erhalten, und zwar der graubraune Gebäudeteil, in dem sich auch der Durchgang in den Innenhof befindet.

Viel Zeit ging verloren

Es verging viel Zeit, in der das Gebäude zunehmend dem Verfall preisgegeben war, bevor mit Erhaltungsarbeiten an dem denkmalgeschützten Haus begonnen werden konnte. Es hatte zahlreiche Versteigerungsversuche gegeben, bei denen sich kein Käufer fand. Zuletzt wickelte die Stadt vom ursprünglich geforderten Verkaufspreis ab, sodass das Haus schließlich bei einer Versteigerung im Jahr 2016 zum Preis von umgerechnet zirka 36.000 Euro veräußert wurde. Der neue Eigentümer, der Unternehmer Sergej Suchomlin, war laut dem Kaufvertrag verpflichtet, Arbeiten zum Erhalt des Gebäudes mit der Rekonstruktion der noch erhaltenen Elemente der Hauptfassade und anderer historischer Strukturen durchzuführen. Anfangs plante der neue Eigentümer, ein Hotel in dem Gebäude einzurichten. Später musste er diese Pläne jedoch wieder aufgeben, weil es aufgrund der Lage des Gebäudes nicht möglich war, eine Tiefgarage zu bauen, und ein Hotel somit „nicht den Standards“ entsprochen hätte. So wurde beschlossen, das in der Bevölke-



Zu wenig originale Bausubstanz, zu viele verschiedene Stile und Farben: Das Ergebnis der Rekonstruktion der ehemaligen Kreuzapotheke kam nicht bei allen gut an

Foto: J.T.

rung als „Kreuzapotheke“ geläufige Gebäude in ein Geschäftszentrum umzuwandeln.

Mit den Rekonstruktionsarbeiten des historischen Objekts, das aufgrund der um den Erhalt geführten Debatten jedem in der Stadt bekannt war, wurde allerdings erst 2018 begonnen, als der Verfall bereits weit vorangeschritten war. Einige Zeit nach dem Beginn der Wiederaufbauarbeiten stürzte wegen der Bauqualität und möglicherweise begangener Baufehler ein beträchtlicher Teil der Apothekenmauern ein. Der Eigentümer hatte geplant, die Arbeiten bis Ende 2019 abzuschließen, da die Baugenehmigung nur bis zum 1. Juli 2020 gültig war.

Das Erscheinungsbild des neuen Gebäudes wurde nach einer öffentlichen Ausschreibung genehmigt. Der Entwurf

der Architektin Anna Bielskaja wurde als bester auserkoren. Das Konzept sah vor, einen neuen Komplex im modernen Stil zu errichten, zu dem auch die historische Fassade der Kreuzapotheke mit der Restaurierung von Giebeln und der Wiederherstellung verloren gegangener Stuckarbeiten gehören sollte. Für die Vorderseite des Gebäudes wählte die Architektin helle Sandtöne mit gesättigten braunen Akzenten. Der Bauherr verwarf diese Option jedoch, weshalb für das denkmalgeschützte Gebäude eine andere Farbpalette gewählt wurde – leuchtend gelbe Wände mit weißen dekorativen Elementen, abgesetzt mit grünen Fliesen.

Umstrittene Gestaltung

Die Farbgebung der neuen Fassade des Gebäudes fand jedoch nicht bei jedem

Gefallen. Sie löste vielmehr eine neue Diskussion unter den Anwohnern aus, da die farbenfrohen Wände sich doch deutlich vom ursprünglichen Konzept der Architektin Bielskaja unterscheiden. Hausherr Suchomlin verteidigte die Ausführung und wies darauf hin, dass er im Rahmen des genehmigten Projekts gehandelt habe: „Diese Farblösung wurde zusammen mit allen anderen Projektunterlagen vereinbart und 2018 vom Denkmalschutzamt genehmigt. Es handelt sich um ein Projekt, das die staatliche Geschichts- und Bauexpertise bestanden hat.“

Wenn die Ausführung auch nicht unbedingt gefällig ist, so erfüllt sie doch einen Zweck: In jedem Fall hebt sich die neue Fassade deutlich von der Reihe der angrenzenden Gebäude ab und macht das architektonische Ensemble einprägsam.

FRISCHE NEHRUNG

Bauarbeiten am Durchstich schreiten voran

Die ersten Fortschritte zeigen sich beim Bau der Schleuse, der Brücke und des Seekanals

Die Bauarbeiten am geplanten Seekanal, der auf der Frischen Nehrung das Frische Haff mit der Danziger Buch verbinden soll, schreiten voran. Dieser soll der polnischen Schifffahrt einen direkten Zugang zur Ostsee sichern, ohne den Weg über den angrenzenden, russischen Teil Ostpreußens nehmen zu müssen.

Die Arbeiten werden gleichzeitig an beiden Ufern der Frischen Nehrung durchgeführt. Auf der Südseite wurden bereits die Arbeiten an den Abdichtungswänden beendet. Einen Fortschritt gibt es auch schon beim Bau der Brücke, der Schleuse und des Schifffahrtskanals. Alle Gewerke verliefen bisher gemäß dem Zeitplan. Auf der Haffseite werden Baggerarbeiten durchgeführt, die mit der Schaffung einer künstlichen Insel im Haff zusammenhängen. Die Insel entsteht 2,5 Kilometer vom Ufer entfernt, in Höhe der Ort-



schaft Probbornau (bei Kahlberg). Auf der Seite der Danziger Bucht werden Wellenbrecher von 400 Metern Länge gebaut. Die

Arbeiten werden von einem schwimmenden 80 Meter langen Ponton aus durchgeführt. Die „schwimmenden“ Arbeiten

Prestigeträchtiges, aber nicht unumstrittenes Bauprojekt: Mittels eines Durchstichs durch die Frische Nehrung entsteht im südlichen Ostpreußen ein Seekanal

Foto: Screenshot Euro News

werden durch Sturm und Wellen erschwert. Die Wellenbrecher sollen die Einfahrt der Schiffe in den Kanal erleichtern. Das Material auf dem Bauplatz reicht für den Bau des Kanals und der Straße.

Gegen den Bau des Nehrungs-Durchstichs sprachen sich wiederholt Umweltschützer aus, die nicht nur bei der Entsorgung der ausgebagerten Erde ein

Problem sehen, sondern besonders auch die Zerstörung der Nistplätze von Wasservögeln anprangern.

PAZ

● MELDUNGEN

Hohe Wassertemperatur

Kurische Nehrung – Aufgrund des für die Region ungewöhnlich heißen Wetters Ende August mit Lufttemperaturen von bis zu 30 Grad Celsius ist die Wassertemperatur der Ostsee auf 22 bis 23 Grad Celsius gestiegen. Eine äußerst seltene Erscheinung, wie der Leiter des hydrometeorologischen Zentrums Roman Wiland bekannt gab, denn normalerweise wird die Ostsee im Sommer nicht wärmer als 20 Grad Celsius. Wegen der hohen Wassertemperaturen seien schon sehr früh Quallen aufgetreten, die sich in diesem warmen Milieu wohlfühlen und gute Nahrungsbedingungen vorfinden.

MRK

Vogelsterben am Oberteich

Königsberg – Weil illegal Abwasser in den Oberteich geleitet wird, sind bereits zum wiederholten Male Vögel verendet. Gouverneur Anton Alichanow wurde darüber vom Ökologischen Rat informiert. „Die Vögel sterben, weil der See sich in eine schmutzige Pfütze verwandelt. Was nicht alles dort hineingeworfen wird“, erzürnte sich der Gouverneur. Schmutz werde auch von Gewässern in den Oberteich gespült, die in den See münden. Auch Abwasser der Bewohner der umliegenden Häuser sowie Wasser von den Straßen gelangten in das Gewässer. Als Beispiel nannte der Gouverneur ein Haus in der Hoverbeckstraße, dessen Abwasser in den Kanal geleitet wird, der in den Oberteich mündet. Die Eigentümerfirma wurde mit einer Strafe in Höhe von umgerechnet 2300 Euro belegt, wegen sie Klage eingereicht hat. Alichanow erinnerte an die Verantwortung aller Bewohner für die Reinhaltung der Gewässer.

MRK

Aussichtreiche Himbeerernte

Cranz – Der Obst- und Beerenanbau im Königsberger Gebiet hat in den vergangenen Jahren an Fahrt aufgenommen. Ein Betrieb im Bezirk Cranz [Selenogradsk] plant, in diesem Jahr 1,5 Tonnen Himbeeren zu sammeln. Dies wird auf der offiziellen Internetseite der Stadtverwaltung berichtet. Eine Beerenfarm befindet sich südlich des Dorfes Pobethen [Romanowo]. „Mehr als 100 Kilogramm wurden bereits gesammelt. Es ist geplant, mehr als 1,5 Tonnen auf einer Gesamtpflanzfläche von 0,9 Hektar zu sammeln“, heißt es in der Veröffentlichung. Eine weitere Himbeerplantage im Bereich des Dorfes Klycken [Klyukvennoye] baut auf einer Fläche von einem Hektar Beeren in Tunnelbauweise an. Vergangenes Jahr wurde im Königsberger Gebiet die erste industrielle Beerenfarm eröffnet. Auf dem Gebiet in der Nähe von Insterburg [Tschernjachowsk] werden Setzlinge von Äpfeln, Birnen, Kirschen, Süßkirschen, Kirschpflaumen, Aprikosen, Apfelbeeren, Hasel- und Walnüssen, Quitten, Geißblatt sowie Sanddorn gezogen.

MRK

Wir gratulieren...



ZUM 99. GEBURTSTAG

Derlath, Rudi, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 7. September
Ehlers, Maria, geb. **Schlachta**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 7. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gezeck, Gertrud, aus Ortelsburg, am 8. September
Großmann, Hedwig, geb. **Kobluhn**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. September
Konrad, Lieselotte, geb. **Galonska**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 4. September
Loerzer, Edith, geb. **Petereit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 7. September
Rose, Charlotte, geb. **Unterhalt**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 6. September
Walleneit, Christel, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 4. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Marks, Ingeburg, geb. **Loenhard**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 8. September
Plewka, Elfriede, geb. **Sczech**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 9. September
Schmitt, Gerda, geb. **Brodowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. September
Witzke, Herta, geb. **Hinz**, aus Karlshof, Kreis Fischhausen, am 8. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Butzko, Willy, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. September
Feigenbutz, Margarete, geb. **Gregor**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 9. September
Leistikow, Herta, geb. **Pfeil**, aus Fischhausen, am 7. September
Lyhs, Martha, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 5. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Ehrich, Irmgard, geb. **Reinhardt**, aus Lötzen, am 5. September
Giercke, Ruth, geb. **Möller**, aus Wehlau, am 9. September
Grönick, Walter, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 5. September
Heinrich, Gerda, geb. **Wittke**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 6. September
Hüchendorf, Eleonore, geb. **Rimek**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Hundsдörfer, Lydia, geb. **Naujok**, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 6. September
Schäfer, Meta, aus Keipern, Kreis Lyck, am 6. September
Schulten, Herta, geb. **Soyka**, aus Warskillen, Kreis Elchniederung, am 10. September
Wlost, Herta, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 9. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Binder, Elsa, geb. **Bolgehn**, aus Nötnicken, Kreis Fischhausen, am 9. September
Casemir, Ursula, aus Wehlau, am 6. September
Jäger, Thea, geb. **Bomber**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 6. September
Willutzki, Werner, aus Lyck, Kai-

ser-Wilhelm-Straße 98, am 8. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brandt, Frieda, geb. **Pörschke**, aus Seubersdorf, Kreis Mohrun-gen, am 9. September
Gläser, Marta, geb. **Abromeit**, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, am 9. September
Hobrack, Ilse, geb. **Neumann**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 10. September
Janzik, Alfred, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 7. September
Koenig, Ingrid, geb. **Szonn**, aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniede-rung, am 6. September
Michelsen, Ilse, geb. **Grönick**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 10. September
Plaga, Wolfgang, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 7. September
Slaby, Annemarie, geb. **Kastell**, aus Rumeysten, Kreis Lyck, am 9. September
Von Hippel, Horst, aus Nickels-dorf, Kreis Königsberg, am 5. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Fischer, Günter, aus Königsberg, am 6. September
Hempler, Heinz, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 8. September
Kensy, Artur, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 10. September
Kloß, Erich, aus Mulden, Kreis Lyck, am 8. September
Knödler, Ursula, geb. **Noetzel**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 4. September
Krauße, Hedwig, geb. **Janzick**, aus Lyck, am 10. September
Nagat, Wilhelm, aus Klein Fried-richsgraben, Kreis Elchniederung,

am 4. September
Schmilewski, Erich, aus Kragau, Kreis Fischhausen, am 4. September
Schütt, Paul, aus Ortelsburg, am 10. September
Strömpl, Erika, geb. **Ziffer**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 5. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Gad, Elli, geb. **Hartfiel**, aus Klein Kanten, Kreis Mohrun-gen, am 8. September
Geib, Erna Anna, geb. **Klaus**, aus Rosignaiten, Kreis Fischhausen, am 5. September
Hinrichs, Herta, geb. **Rischkau**, aus Posselau, Kreis Fischhausen, am 5. September
Kolberg, Alfred, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 10. September
Rogalski, Eitel, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 5. September
Schmidt, Herbert, aus Herzogs-kirchen, Kreis Treuburg, am 4. September
Spingies, Helmut, aus Schwanen-see, Kreis Elchniederung, am 6. September
Stach, Anneliese, geb. **Homp**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhau-sen, am 6. September
Winkler, Sigrid, aus Finsterdame-rau, Kreis Ortelsburg, am 10. September
Winterhalter, Hildegard, geb. **Klesch**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 5. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Eckweiler, Lisbeth, geb. **Voß**, aus Liska-Schaaken, Kreis Fischhau-sen, am 10. September
Kohler, Edith, geb. **Stürmer**, aus Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, am 4. September
Kommesser, Horst, aus Stampel-

ken, Kreis Wehlau, am 7. September
Kubasch, Gerda, geb. **Judka**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 8. September
Mombrei, Thea, geb. **Schmidtke**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 7. September
Schunke, Emmy, geb. **Weiß**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 4. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Broders, Hannelore, geb. **Kli-schewski**, aus Walden, Kreis Lyck, am 9. September
Hehling, Ursel, geb. **Chitralla**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 4. September
Hessing, Hanna, geb. **Henke**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 10. September
Heyn, Anne-Christine, geb. **Bal-ler**, aus Kreuzingen, Kreis Elchnie-derung, am 8. September
Krieg, Hannelore, geb. **Röder**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 5. September
Lottermoser-Casotti, Inge, geb. **Lottermoser**, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 6. September
Reinecker, Georg, aus Heinrichs-walde, Kreis Elchniederung, am 6. September
Schaper-Rinkel, Eva, geb. **Albien**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 4. September
Seefeld, Jürgen, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 8. September
Segler, Elfriede, geb. **Richter**, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am

7. September
Stank, Elfriede, geb. **Biallas**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 7. September
Witt-Jessen, Waltraut, geb. **Wulf**, aus Wehlau, am 8. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bloszat, Siegfried, aus Ginkels-mittel, Kreis Elchniederung, am 10. September
Dürschmidt, Christel, geb. **Mar-zian**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 4. September
Galla, Ewald, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 6. September
Gebhardt, Erika, geb. **Bornhold**, aus Hadrichhausen, Kreis Neiden-burg, am 10. September
Giese, Erika, geb. **Zepik**, aus Gau-leden, Kreis Wehlau, am 9. September
Jedanowski, Egon, aus Grenz-damm, Kreis Neidenburg, am 8. September
Kleinpöddßus, Leo, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 10. September
Küchenmeister, Rosemarie, geb. **Kossinna**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. September
Netzel, Harald, aus Neidenburg, am 5. September
Schwaß, Irmgard, geb. **Czybulka**, aus Lenzdorf, Kreis Lyck, am 8. September
Simon, Renate, geb. **Kabrowski**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 8. September
Thiedemann, Werner, aus Treu-burg, am 5. September
Wünsch, Renate, geb. **Bajohr**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 8. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Gayk, Udo, aus Groß Seedorf, Kreis Neidenburg, am 6. September

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Trotz der Corona-Krise sind für die zweite Jahreshälfte folgen-de Veranstaltungen geplant:

5. bis 11. Oktober: Werk-woche in Helmstedt
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-den der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./8. November: Ostpreußi-sche Landesvertretung (ge-schlossener Teilnehmerkreis)
8. bis 11. November: Kultur-historisches Seminar in Helm-stedt

Wegen der Corona-Pande-mie kann es zu Absagen ein-zelner Veranstaltungen kom-men. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesge-schäftsstelle der Landsmann-schaft Ostpreußen e.V., Bucht-

straße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreus-sen.de/lo/seminare.html

Der geplante Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein musste wegen der aktuellen Lage leider abgesagt werden. Um dennoch dieses historischen Ereignisses ge-denken zu können, haben die Referenten ihre geplanten Vor-träge per Kamera aufgezeich-net. Diese virtuelle Gedenkver-anstaltung finden Sie unter: www.paz.de/volksabstimmung

Bitte vormerken für 2021: Jahrestreffen der Ost-preußen, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

Zusendungen für die Ausgabe 38/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 38/2020 (Erstverkaufstag 18. September) bis spätes-tens Dienstag, den 8. September 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abge-druckten Glückwünsche, Berichte und Terminankün-digungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröf-fentlichung können Sie je-derzeit bei der Landsmann-schaft widersprechen.

Hinweis

Die Kartei des Heimat-kreises braucht Ihre An-schrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



Ostpreußisches Landesmuseum

Zum 300. Geburtstag des Ba-rons von Münchhausen ver-öffentlichend das Ostpreußi-sche Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung eine virtuelle Museumstour zu dem Geschichtenerzähler und lädt zum Mitmachen ein.

Auf einer Kanonenkugel geflogen oder mit einer Bohnenranke bis zum Mond geklettert – die Ge-schichten, die Hieronymus von Münchhausen erlebt haben will, sind abenteuerlich; nicht um-sonst haben sie ihm den Beina-men „Lügenbaron“ eingetragen.

In Wirklichkeit war Hierony-mus Carl Friedrich Freiherr von Münchhausen ein Baron aus dem Kurfürstentum Braun-schweig-Lüneburg und wurde mit seinen Geschichten zum Star wider Willen. Im Dezember 1773 reiste er nach Russland und nahm am Russisch-Österrei-chischen Türkenkrieg teil. Viele der bekannten Abenteuer Münchhausens entstammen die-ser und weiterer prägenden Er-fahrungen seiner Russlandrei-sen. Seine Geschichten erzählte er zunächst zur allgemeinen Un-terhaltung unter Freunden und Weggefährten. Rudolf Erich Ra-spe und Gottfried August Bür-

ger, Zeitgenossen Münchhau-sens, schrieben diese wundersa-men Geschichten auf und schmückten sie aus, sodass sie noch haarsträubender wurden. Münchhausen missfielen diese Übertreibungen, da sie ein nega-tives Licht auf ihn warfen, den-noch wurde aus ihnen ein bis heute bekanntes Abenteuer-Buch.

Anlässlich des 300. Geburts-tags des berühmten Barons hat das Ostpreußische Landesmu-seum mit Deutschbaltischer Abtei-lung gemeinsam mit dem Lüne-burger Schauspieler und Spre-cher André Beyer ein Video pro-duziert, das Groß und Klein auf eine Münchhausen-Entdeckungs-tour durch das Museum nimmt. Neben erstaunlich wahren Fak-ten zu dem „Lügenbaron“ wer-den einige der unterhaltsamen Geschichten Münchhausens vor-gelesen. Das Video ist auf dem Youtube-Kanal des Ostpreußi-schen Landesmuseums abrufbar. Ein Zugriff auf den Kanal ist auch über die Website des Museums unter www.ol-lg.de möglich.

Passend zu dem Video fordert das Museum Kinder auf, an ei-nem Schreibwettbewerb teilzu-nehmen. Eigene haarsträubende

„Lügengeschichten“ können er-funden werden und unter der Mailadresse bildung@ol-lg.de an das Museum gesendet werden. Die drei besten Lügen- oder Phantasiegeschichten werden prämiert und in einer gemeinsa-men Lesung vorgestellt. Einsen-deschluss ist der 15. Oktober 2020.

Kontakt
Janina Stengel M.A., Volontärin Marketing und Öffentlichkeits-arbeit
Tel. +49 (0)4131 7599528, E-Mail: j.stengel@ol-lg.de

Ostpreußisches Landesmu-seum mit Deutschbaltischer Abteilung
Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg
Tel. +49 (0)4131 759950, Fax +49 (0)4131 7599511
E-Mail: info@ol-lg.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de
Öffnungszeiten: Di – So 10.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt: 7,00 €, ermä-ßigt 4,00 €, ab 17 Uhr ermäßigter Eintritt Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei!
Führungen nach Vereinbarung, Preis: ab 50,00 € / Gruppe zzgl. 4,00 € pro Person

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Abschied von einem verdienten Ostpreußen Landsmann Horst Braczko, geboren am 4. November 1928 in Stanken im Kreis Lyck, verstarb am 14. August 2020. *Foto: Günter Hartwig*

Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

Aus dem Landesvorstand
Auch beim Landesvorstand konnten wegen Corona keine Veranstaltungen und Aktivitäten seit März dieses Jahres stattfinden. Die ersten Veranstaltungen, die wir im September durchführen, sind die Landesdelegierten- und

Kulturtagung und die Landesfrauentagung.

Landesdelegiertentagung: Freitag, 11. September 2020, Hotel Wartburg, Langestr. 49, Stuttgart, Beginn 10.00 Uhr. Die Delegierten werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Landeskulturtagung: Freitag, 11. September 2020, Hotel Wartburg, Langestr. 49, Stuttgart. Beginn um 14.00 Uhr mit einem Vortrag von Uwe Jurgsties, Bundesvorsitzender der Memellandkreise (AdM), Thema: „Memel und das Memelland“. Anschließend folgt ein Vortrag von Uta Lüttich, Landesvorsitzende LM Ostpreußen, Thema: „Nidden und seine Maler“. Die Tagung endet nach dem gemeinsamen Abendessen

um ca. 18.00 Uhr. Auf Bitte des Hotels Wartburg finden die Delegierten- und Kulturtagung bereits am Freitag statt.

Landesfrauentagung: Sonnabend, 12. September 2020, Hotel Wartburg, Stuttgart, Langestr. 49, Beginn: 9.00 Uhr. Nach dem „Wort zum Sonnabend“ von Irma Barraud folgen die Berichte der kulturellen Frauenarbeit in Baden-Württemberg sowie ein Kurzvortrag von Uta Lüttich über „Rossitten“. Ende der Tagung nach dem gemeinsamen Mittagessen gegen 13.30 Uhr.

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Kassel – Beim Heimatnachmittag im August stand ein masurischer Text im Mittelpunkt, den mehrere Teilnehmer vorlasen. Dabei handelte es sich um die Schilderung einer Drei-Tages-Wanderung um den Niedersee im Jahre 1944. Autor der eindrucksvollen Erzählung ist der bekannte - inzwischen verstorbene - Chronist der Johanniskircher Heide, Günter Schiwy.

Den baldigen Zusammenbruch vor Augen veranlasste seine Großmutter, ihrem Enkel Günter die nähere Heimat mit ihren Schönheiten und Besonderheiten zu zeigen und zugleich – vielleicht ein letztes Mal – ihre Bekannten und Verwandten in den Nachbardörfern zu begrüßen.

Die aufmerksame Beschreibung der Heimat und die zahlreichen bemerkenswerten Begebenheiten während der Wanderung hinterließen einen spürbaren Eindruck bei den Zuhörern.

Der Originaltext erschien im Johanniskircher Heimatbrief, Ausgabe 2007.

Kassel – Freitag, 4. September 2020, 15.00 Uhr, Gasthaus Prinzenquelle, Schanzenstr. 99, KS-Kirchditmold. Vortrag von Karla Weyland: „Sie haben oft gezechet und hoch den Wein gepriesen“.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Abschied von Horst Braczko

Limbach-Oberfrohna – Am 4.11.1928 wurde Horst Braczko in Stanken im Kreis Lyck in Ostpreußen geboren, am 14.8.2020 ist er verstorben.

Als er 1944 seine Heimat Ostpreußen durch Flucht- und Vertreibung verlassen musste, war er 16 Jahre alt. Auf einem Wagen mit Kindern und Müttern musste er die Zügel selbst in die Hand nehmen und half den hilflosen Menschen auf der Flucht, den Bombenangriffen zu entkommen.

Horst Braczko kam nach der Flucht in Sachsen an und fand hier eine neue Heimat. Er lernte seine Frau Brigitte kennen und sie bekamen zwei Kinder. Er arbeitete fleißig und sorgte für seine liebe Familie, auf die er sehr stolz war. Seine Frau Brigitte lebte auf einem Bauernhof, dort half er kräftig in der Landwirtschaft. Seine beiden Kinder Uwe und Ina waren stolz auf so einen tüchtigen Vater.

Nach der Wende, als es in Deutschland keine Grenzen mehr gab und ein einheitliches Land wurde, unternahmen Horst Braczko und Sohn Uwe viele Fahrten in die alten Bundesländer. Dort besuchten sie die Gruppen der Landsmannschaft Ostpreußen und informierten sich über deren Arbeit. So bekamen sie Hilfe und konnten die ersten Gruppen in Sachsen gründen. Horst Braczko

ist ein Mitbegründer der Kreisgruppe Limbach-Oberfrohna.

Er arbeitete die ganze Zeit aktiv im Vorstand unserer Gruppe mit und brachte viele gute Ideen ein. Horst Braczko baute eine Scheune um und richtete eine ostpreußische Heimatstube ein. Dort können wir uns zu unseren Vorstandssitzungen treffen.

Viele Fahrten mit seiner Familie unternahm er, um seine Heimat Ostpreußen zu besuchen. Von seiner Heimat hat er Getreide mitgebracht und auf seinem Feld ausgesät und nach der Ernte eine echte ostpreußische Erntekrone gefertigt. Zu unsrem Erntedankfest wird sie jährlich in Ehren heringetragen.

Horst Braczko hat alles für seine Landsleute und seine traumhaft schöne Heimat getan. Durch seine ruhige, bescheidene und rücksichtsvolle Art war er in der Öffentlichkeit beliebt und hatte einen hohen Bekanntheitsgrad.

Horst Braczko war viele Jahre Leiter der Freiwilligen Feuerwehr mehrerer Gemeinden und mit seiner Frau Mitglied im gemischten Chor Langenberg. Im Chor wurden viele Heimatlieder gesungen, und zu unseren Veranstaltungen konnten wir fröhlich mitsingen.

Plötzlich und unerwartet verstarb seine Frau und später sein Sohn Uwe. Seine Tochter Ina stand ihrem Vater stets zur Seite und kümmerte sich liebevoll um ihn. Bis zum letzten Atemzug hat sie ihn begleitet. Für seinen großen Einsatz erhielt er vom Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen die silberne Ehrennadel, und von der Landesgruppe Sachsen wurde er mit dem Kulturpreis geehrt.

Horst Braczko war auch ein dankbarer Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*. Innerhalb unserer Gruppe wurden viele Beiträge dieser Zeitung ausgewertet und diskutiert.

Wir sind in tiefer Trauer, weil wir einen Menschen verloren haben, der viel wertvolle Arbeit für

unsere Gruppe geleistet hat. Es war ihm sehr wichtig, dass wir in Frieden und gutem Miteinander unsere Arbeit in seinem Sinne weiterführen. In unseren Herzen wird er ewig weiterleben.

In heimatlicher Verbundenheit
Hannelore Kedzierski

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Großer Geburtstag bei der Landsmannschaft. Unser ältestes Mitglied Christel Framke wurde 100 Jahre alt.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM Fl) e.V.

Christel Framke, geb. Perrey wurde am 11. August 1920 in Königsberg geboren, besuchte das Goethe-Oberlyzeum in der Friedrichstraße (Ecke Dinterstraße) und machte dort ihre Mittlere Reife, das sogenannte Einjährige. Es schlossen sich Ausbildungsteile im Büro- und Verwaltungswesen beim Städtischen Finanzamt Königsberg an.

1942 heiratete sie und bekam einen Sohn. Gegen Ende des Krieges verlor sie durch schreckliche Ereignisse einen Teil ihrer Familie, musste Ostpreußen verlassen und kam nach einer durch etliche längere Aufenthalte unterbrochenen monatelangen Flucht nach Flensburg. In ihrem schon 1950 im *Ostpreußenblatt* erschienenen Fluchtbericht schildert sie eindringlich ihre Erlebnisse, Erfahrungen und Nöte.

Hier an der Förde, wo ihr Vater beim Finanzamt beschäftigt war, fand sie eine neue Heimat, der sie bis heute treu geblieben ist.

Zunächst bis 1948 bei der Kreis-sparkasse in Flensburg beschäftigt, wechselte sie später zum Finanzamt, dem sie bis zu ihrem Renten-eintritt im Jahre

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften



Jahrhundertfrau Großer Geburtstag bei den Vereinigten Landsmannschaften Flensburg e.V. Das älteste Mitglied Christel Framke wurde 100 Jahre alt. *Foto: VLM Fl*

1980 angehörte. Sie war immer vielseitig interessiert und ist es bis heute geblieben, sang lange in Flensburger Chören – auch in Unterstützung des Stadttheaters – und spielt seit über 50 Jahren mit großer Begeisterung Bridge, inzwischen auf Turnierniveau.

Neben Bundespräsident Steinmeier und Flensburgs Oberbürgermeisterin Lange ließ es sich natürlich auch der Vorstand der VLM Fl e.V. nicht nehmen, herzlich zu gratulieren und einen Blumenstrauß zu überreichen.

Christel Framke erfreut sich einer guten Gesundheit und ist geistig sehr rege; sie nimmt häufig an den landsmannschaftlichen Veranstaltungen teil. Wir wünschen ihr weiterhin alles Gute, immer gute Karten und vor allem Gesundheit.

Der Vorstand

**Neu bei der Dittchenbühne:
Kurs-Interessenten können
Termine mitbestimmen**

Elmshorn - Das Elmshorner „Forum Baltikum - Dittchenbühne“ plant für die kommende Zeit eine

Reihe von Veranstaltungen. Das Besondere dabei: Interessenten können die Termine dieser Aktivitäten mitbestimmen.

Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt informiert über die geplanten Angebote – wobei es nicht um Riesen-Veranstaltungen geht, sondern um Aktivitäten und Kurse zu speziellen Themen und für besondere Interessen. Themen und Leiter stehen bereits fest, die Terminplanung geschieht jetzt in Abstimmung mit den Interessenten.

Bei den Kursen handelt es sich um diese Angebote:

- Schmieden mit Jens Andersen;
- Wursten mit Christian Holzmänn;
- Räuchern von Fleisch- und Wurstwaren mit Christian Holzmänn;
- Backen im Steinbackofen mit Gerd Waldow und Raimar Neufeldt;
- Bildhauerei mit Dieter Staack;
- Fahrradtouren mit Gerhard Junk und Raimar Neufeldt.

Interessenten für einzelne Veranstaltungen melden sich im Büro der Dittchenbühne – telefonisch unter (04121) 89710 oder per E-Mail unter buero@dittchenbuehne.de, damit genaue Terminplanungen erfolgen und die Corona-Vorschriften eingehalten werden können.

Terminlich schon festgelegt, aber noch frei für Interessenten sind diese zwei Veranstaltungen des „Forum Baltikum - Dittchenbühne“:

- „It's Tea-Time“ – englische Konversation; donnerstags, 11 Uhr, mit Brion Andrews;
- „Mauersegler“ – Lesung mit Werner Ulrich, 3. Oktober 2020, 18 Uhr.



**Bund Junges
Ostpreußen**

Vorsitzender: Tobias Link

Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg,
Tel.: (040) 4140080, E-Mail:
kontakt@junge-ostpreussen.de,
www.junge-ostpreussen.de

Briefmarken 100 Jahre Volksabstimmung

Der Entwurf der Briefmarkenbö-

Ostpreußen – Land der Sehnsucht Der neue Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2021“

Der neue Kunstkalender „Ostpreußen und seine Maler“ für das Jahr 2021 kann noch bis zum 30. September zum Vorzugspreis von 21,50 Euro bestellt werden. Anschließend kostet er 23,70 Euro.

Der Kalender enthält für jeden Monat ein Blatt mit großem Motiv aus der ostpreußischen Landschaftsmalerei. Rechts daneben ist ein schmales Kalendarium abgedruckt, aus dem der jeweilige Monat, das Jahr und die entsprechenden Wochentage hervorgehen, wobei Sonn- und Feiertage in einem kräftigen Rot leuchten, regionale Feiertage sind in einem blassen Rot gehalten.

Die Motive zeigen Felder, Orte, Meer und andere magische Landschaftssituationen zu den vier Jahreszeiten.



Künstler wie Horst Skodlerrak, Karl Eulenstein, Karl Kunz und Gerhard Ernst Schaumann sind in diesem Kalender unter vielen anderen Malern dabei.

Der Kalender erscheint im Format 50 mal 35 Zentimeter und

nern an das historische Ereignis deutscher Geschichte angefertigt wurden.

Die Preise der Bögen werden im Laufe der kommenden zwei Wochen noch festgelegt, da diese abhängig von der Auflage sind.

Bei Interesse melden Sie sich bitte per E-Mail unter: *harder@junge-ostpreussen.de* oder per Telefon unter: 0151/20276066.

*Peter Harder, Verantwortlicher
für das Briefmarkenprojekt*

Rätsel

[illegible]

Sudoku

1			8			7		
6	2		1	9		3		
3					5			
	3	1					9	
7			5		2			3
	5					6	1	
			4					6
		4		5	6		3	2
		2			8			1

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

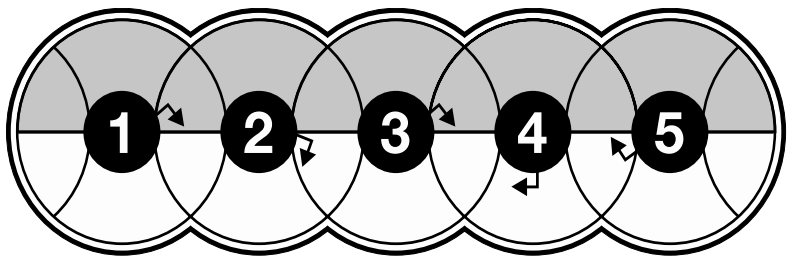
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Kopfbedeckungen.

- 1 kluge Berechnung
- 2 Gewürznuss
- 3 sattroter oder violetter Farbstoff
- 4 lebhaftes oder lustiges Treiben
- 5 Szenenfolge (Bühne)
- 6 Tiere aus fernen Ländern

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeelfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Kosmetikartikel.

- 1** Begriff beim Pharaospiel, **2** Ritterbegleiter, **3** Fußbekleidung (Mz.), **4** oxidiert, **5** boshaft, gehässig (ugs.)





Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Tel.: 09349 - 929 252, Fax: 09349 - 929 253, csgroebe@gmx.de

Unser Kreistreffen wird wie angekündigt am Sonnabend, 5. September 2020, in Nienburg/Weser ab 10.30 Uhr im „Hotel zur Krone“, Verdener Landstraße 245, OT Holtorf stattfinden. Unter Corona-bedingten Abstands- und Hygieneregeln werden wir im großen Saal zusammenkommen und auf das gewohnte Buffet verzichten müssen; trotzdem wird niemand verhungern. Wir rechnen mit bis zu ca. 30 angemeldeten Teilnehmern, die den am Vortag neugewählten Vorstand unserer Heimatkreisgemeinschaft kennenlernen wollen.



Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Telefon: 0151 – 12 30 53 77; Fax: 03 90 00 – 5 13 17, **Gst.:** Doris Biewald, Blümlerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon: 0341 – 960 09 87, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Kreistag stimmt schriftlich ab
Aufgrund der Corona-Pandemie musste das Hauptkreistreffen am 3./4. Oktober in Bad Nenndorf abgesagt werden. Damit kann auch die für diesen Termin anberaumte Sitzung des Kreistages nicht stattfinden. Da der Kreistag zwingende Beschlüsse zu fassen hat, wird dies ausnahmsweise im vereinfachten schriftlichen Verfahren erfolgen. Grundlage bildet die Regelung in Paragraph 5 Absatz 3 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs-, und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie (abgedruckt als Artikel 2 des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht vom 27. März 2020 (BGBl 2020, Teil I, Nr. 14, S. 569 ff.)).

Alle Kreistagsmitglieder werden demnächst angeschrieben und ihnen die Beschlussvorlagen nebst Anlagen übersandt. Sie können dann innerhalb von vier Wochen ihre Stimmen in Textform abgeben – per Brief, Fax oder E-Mail. Gibt mindestens die Hälfte der Kreistagsmitglieder ihr Votum ab und erhält der jeweilige Beschluss die in der Satzung festgelegte erforderliche Mehrheit der Stimmen, so ist er nach der obengenannten Regelung gültig.



Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Kranzniederlegung an den Lycker Gedenksteinen
Eigentlich sollte am vergangenen

Wochenende das diesjährige Lycker Kreistreffen in Hagen stattfinden. Aufgrund der Corona-Pandemie musste dieses jedoch ausfallen.

Die Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Lyck, Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee, ließ es sich jedoch nicht nehmen, aus dem Rheinland anzureisen, um gemeinsam mit dem ersten Bürgermeister der Stadt Hagen, Dr. Hans-Dieter Fischer, und Peter Mook aus der Stadtkanzlei, einen Kranz an den Lycker Gedenksteinen im Hagener Stadtwald niederzulegen. In einer kurzen Ansprache erinnerte Bürgermeister Dr. Fischer dabei an die Festschreibung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vor genau 70 Jahren. In diesem nur ein Jahr nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland beschlossenen Dokument schlossen die Heimatvertriebenen Rache und Vergeltung explizit aus und erklärten, beim Aufbau eines vereinten Europas mithelfen zu wollen.



Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. **Stellvertreter:** Frank Jork, Oberbörby 18, 31860 Emmerthal-Börby, Telefon (0171) 7086334

Absage des Kreistreffens am 6. September 2020
Liebe Neidenburger und Soldauer, nach reichlichen Überlegungen im Vorstand und Rücksprache mit Behörden haben wir einstimmig beschlossen, das diesjährige Heimattreffen abzusagen. Die Unwägbarkeiten sind einfach zu groß.

Ein Heimattreffen mit Gesichtsschutz und Abstandsregelung bringt es nicht. Bei den Behörden herrscht immer noch die Angst vor der zweiten Welle vor, die dann alles zunichte macht. Viele Mitglieder haben uns auch ihre Zweifel mitgeteilt.

Wir bitten aufgrund dieser vielen Unwägbarkeiten, um Verständnis für diese Maßnahme.

Das Treffen, so wie es geplant war, wird dann nächste Jahr in Borchum durchgeführt.

Mit heimatlichen Grüßen
Ulrich Pokraka
Kreisvertreter



Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimattmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Absage des Kreistreffens
Wir haben uns entschlossen, das für den 18./19. September 2020 geplante diesjährige Kreistreffen

in Verden/Aller nicht stattfinden zu lassen.

Der gesamte Vorstand hat darüber abgestimmt und ist einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, dass es nicht zu verantworten ist, das Treffen in der momentanen Situation der Corona-Pandemie stattfinden zu lassen. Die leider notwendigen Maßnahmen wie Abstandsregeln und strenge Vorschriften wie das Tragen eines Mundschutzes würden leider nicht zu einem unbeschwertem und gelungenen Treffen beitragen. Weiterhin ist uns gerade Ihre Sicherheit und Gesundheit wichtiger, zumal wir alle zu der ausgesprochenen Risikogruppe gehören.

Wir setzen daher das Treffen in diesem Jahr aus und freuen uns auf ein gesundes und unbeschwertes Wiedersehen im Jahr 2021 in Verden.

Aus den genannten Gründen muss leider auch die Mitgliederversammlung ausfallen. Wir werden jedoch alle Mitglieder in einem Sonderheft, das im September erscheinen wird über die Einzelheiten in unserer Kreisgemeinschaft informieren und Ihnen als „Trostpflaster“ ein zusätzliches Kreisblatt zusenden.

Mit herzlichen Grüßen und dem Wunsch, das sie alle gesund bleiben mögen,

Ihre Evelyn v. Borries
Kreisvertreterin Pr. Eylau



Kreisvertreter: Uwe Koch, Schobüllerstraße 61, 25813 Husum. Telefon (04841) 663640. **Schriftleiter:** Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. **Internet:** www.kreis-wehlau.de

Wegen der anhaltenden Corona-Pandemie müssen wir unsere für den 12. September 2020 geplante Mitgliederversammlung und das für den 13. September 2020 geplante Hauptkreistreffen absagen. Leider kann auch die damit verbundene Feier zum 50-jährigen Bestehen der Städtepatenschaft

Bassum–Tapiau nicht begangen werden. Der im *Heimatbrief* Nr. 103 bereits genannte Ersatztermin für die Mitgliederversammlung am 1. Dezember 2020 im Gasthaus „Krone“ in Lüneburg muss wegen der dann voraussichtlich noch herrschenden Abstandsregelungen ebenfalls ausfallen.

Als Ersatz findet am 1. Dezember 2020 um 11.00 Uhr eine für Mitglieder der Kreisgemeinschaft Wehlau offene Vorstandssitzung im Gasthaus „Krone“ in der Heiligegeiststraße 39–41 in 31335 Lüneburg statt. Hierzu sind Anmeldungen an eines der Vorstandsmitglieder bis zum 15. November 2020 zwingend erforderlich, bei Erreichung der höchstmöglichen Teilnehmerzahl entscheidet die Reihenfolge der Anmeldung. Ohne Anmeldebestätigung ist eine Teilnahme nicht möglich. Nach dem Ende der Vorstandssitzung ist um 14.00 Uhr eine Führung im Ostpreussischen Landesmuseum geplant.

Die nächste ordentliche Mitgliederversammlung, verbunden mit einem Hauptkreistreffen, ist für Mitte Juni 2021 in Bassum vorgesehen. Die Tagesordnung und das Programm werden im *Heimatbrief* 104 im November 2020 veröffentlicht.



Heimatgedenken in Zeiten der Pandemie Kranzniederlegung an den Lycker Gedenksteinen in Hagen (von links): Dr. Hans-Dieter Fischer, Bärbel Wiesensee, Peter Mook
Foto: KG Lyck

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrid Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten. Telefon: (040) 41 40 08 - 34 E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag–Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr



Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreussische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreussischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de.



Beilagen der PAZ zum Nachbestellen

In den vergangenen Wochen hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* einige Sonderbeilagen zu wichtigen Themen der preussischen und ostpreussischen Geschichte sowie zur Museumskultur herausgegeben.

Diese Beilagen stießen unter den Lesern auf großen Zuspruch und können nun auch einzeln in der Geschäftsstelle der PAZ bestellt werden.

Der Preis per Stück beträgt 1,- Euro, zzgl. Versandkosten.

Wir freuen uns über Ihre **Bestellung** unter der E-Mail-Adresse: **selke@paz.de** oder telefonisch unter der Nummer **(040) 414008-0**.



1945: Nullpunkt unserer Geschichte

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg. Doch die Menschen in Deutschland und Europa bewegt er bis heute. Betrachtungen und Denkanstöße aus verschiedenen Blickwinkeln und Ländern.



Erzähltes Preußen. Eine Museumsbeilage

Nach Wochen des Lockdowns sind seit Mai auch die Museen wieder geöffnet. Ein guter Anlass, einige derjenigen Häuser, die auf vielfältige Weise von der Geschichte Preußens und den Geschichten seiner Menschen berichten, (neu) zu entdecken.



100 Jahre Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen

Zum Gedenken an das Referendum vom 11. Juli 1920, als die Bewohner der südlichen Kreise Ostpreußens und einiger Kreise Westpreußens aufgefordert waren zu entscheiden, ob ihre Heimat bei Deutschland verbleiben oder zu Polen kommen sollte.

INTERVIEW

Stornierungen, Kurzarbeit, Homeoffice

Natalja Romanowa aus Hamburg erzählt, wie ihr Reisebüro „Russland Reisen Romanova“ die Corona-Krise bewältigt

IM GESPRÄCH MIT
NATALJA ROMANOVA

Natalja Romanowa leitet seit Jahren erfolgreich in Hamburg ihr Reisebüro „Drei R: „Russland Reisen Romanova“, das sich unter anderem auf Reisen ins nördliche Ostpreußen spezialisiert hat. Wie sie und ihre Mitarbeiter die Corona-Krise überstehen, erzählt sie der PAZ.

Frau Romanowa, viele PAZ-Leser kennen Sie als Spezialistin für Ostpreußen-Reisen. Welche Pläne gab es für dieses Jahr, die durch die Corona-Krise zu nichte gemacht wurden?

Es waren für dieses Jahr viele Reisen geplant und alle wurden ausnahmslos zu nichte gemacht: ein Kirchenchor mit über 55 Teilnehmern nach Gumbinnen zur Salzburger Kirche, eine Schulgruppe aus Berlin, eine Exkursion nach Ostpreußen, eine jährliche Reise mit Louis-Ferdinand Schwarz aus Dissen in seine Heimat mit über 40 Personen. Viele Individualtouristen waren betroffen, die über mich Ausflüge auf die Kurische Nehrung und zur Samlandküste gebucht hatten. Über 600 Teilnehmer einer Baltic Sea Rally, die über mich jedes Jahr ihre Visa beantragen, konnten nicht über das Königsberger Gebiet nach St. Petersburg einreisen.

Auf das nächste Jahr musste eine große Studienreisen nach St. Petersburg, die ich zusammen mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg organisiere, verschoben werden. Gleiches gilt für die im September dieses Jahres geplante Literatur-Reise nach Moskau mit meinem Professor von der Hamburger Uni.

Viele deutsche Landwirte verzweifeln, weil sie ins Königsberger Gebiet, wo sie viele Flächen gepachtet haben, mit ihren Geschäftsvisa nicht einreisen dürfen.

Wie hat sich der Lockdown auf Ihr Geschäft ausgewirkt? Gab es Unterstüt-



In ihrem Hamburger Büro: Die Inhaberin der Reiseagentur „Russland Reisen Romanova“, Natalja Romanowa

Foto: privat

zung seitens der Bundesregierung, und wenn ja, kam diese rechtzeitig?

Die Auswirkung auf mein Geschäft war dramatisch: Praktisch von heute auf morgen konnte ich meine Tätigkeit nicht ausüben. Mitte März schloss das russische Konsulat, und es werden bis heute keine Visa ausgestellt. Es gibt zwar kleine Ausnahmen, aber im Großen und Ganzen darf man seit Mitte März nicht nach Russland und in die russische Exklave Kaliningrader Gebiet einreisen.

Die Hilfe der Bundesregierung kam schnell, rechtzeitig und völlig unerwartet: Meine Firma hat Unterstützung von Bund und Land bekommen, die mir immer noch hilft, über die Runden zu kommen. Meine Mitarbeiter sind seit April in Kurzarbeit. Ohne diese Unterstützung hätte ich genauso wie Tausende Firmen in meiner Branche schließen müssen. Ich empfinde tiefe Dankbarkeit, dass die Bundesregierung uns in dieser schweren Zeit unter die Arme gegriffen hat.

Sie waren vor Kurzem im Königsberger Gebiet, um die Lage vor Ort persönlich in Augenschein zu nehmen. Wie geht die Reisebranche in der Region mit der Situation um?

Ganz anders geht es der Reisebranche in der Königsberger Region: Es kam kaum Unterstützung vom Staat. Selbstständige, wie zum Beispiel Reiseleiter im Gebiet, die seit Jahren meine deutschen Gruppen und Individualreisende begleiten, haben keine staatliche Hilfe bekommen. Ein Armutszeugnis für das reichste Land der Welt. Not macht aber bekanntlich erfinderisch, und nun mussten alle deutschsprachigen Fremdenführer in der Region ihre Führungen auf Russisch einstudieren. Da die Russen in diesem Jahr nicht ins Ausland reisen dürfen, haben sie für sich das eigene Land entdeckt und außer Sotschi und Adler war der größte Hit dieser Saison das Königsberger Gebiet: In Scharen kamen die Russen aus allen Ecken dieses Riesenlandes an die Ostsee. Die umorientierten Reiseleiter hatten zum Glück dann mehr als genug zu tun, vermissen aber die deutschen Gruppen und Individualreisenden genauso wie eine junge Managerin eines Hotels am Oberteich: „Unser Hotel ist restlos bis Herbst ausgebucht, aber keine deutschen Touristen, die wir so vermissen, sie sind immer nett und freundlich, und die hier Geborenen erzählen uns hier Geborenen, wie es früher war – das ist eine große Bereicherung für uns.“

Gibt es Unterstützung seitens des russischen Staates? Wie sieht die Informationspolitik der russischen Behörden aus?

Die Informationspolitik der russischen Behörden sieht ziemlich gut aus: Mehrmals am Tag werden den Bürgern die Corona-Zahlen mitgeteilt. Ich muss aber dazu sagen, dass das Königsberger Gebiet nicht stark von der Pandemie betroffen war. Die medizinische Versorgung im Gebiet ist, soviel ich weiß, sehr gut. Den Impfstoff gibt

es ja bereits in Russland, die Nachricht ging ja überall durch die Medien. Die Nachricht wurde, wie so oft, in den westlichen Medien, was Russland anbetrifft, nicht ganz korrekt dargestellt. Impfen darf man erst frühestens im Herbst, und zwar freiwillig, jetzt aber noch nicht, so das Auswärtige Amt der Russischen Föderation, als ich dort letzte Woche angerufen habe, weil ein Kunde von mir unbedingt nach Königsberg reisen wollte, um sich dort impfen zu lassen. Was die Impfung selbst anbetrifft, ist die Bevölkerung wie auch hier ziemlich geteilt: Es gibt Befürworter und Gegner.

Sie hatten Ihr Reisebüro bis Anfang September geschlossen. Gehen Sie davon aus, dass die Einreise nach Russland bald wieder möglich ist?

Mein Büro musste ich auf Homeoffice umstellen. Ich telefoniere fast täglich mit Behörden in Russland, um immer auf dem Laufenden zu sein. Die PAZ-Leser können mich immer per E-Mail info@romanova-reisen.de erreichen – da stehe ich gerne mit Rat und Tat zur Verfügung.

Ob Reisen nach Russland und nach Ostpreußen bald möglich sind, fragte ich auch letzte Woche per Telefon einen Beamten des Auswärtigen Amtes der RF. „Solange die EU die Grenzen zu Russland nicht öffnet, sind wir gezwungen, unsere Grenzen auch geschlossen zu halten“, war seine prompte Antwort.

Es bleibt uns nur zu hoffen, dass bald die Normalität in unser Leben eindringt und wir, wie die letzten 30 Jahre, problemlos unsere Reisen und zwischenmenschlichen Kontakte genießen können, das wird aber vermutlich erst im nächsten Jahr möglich sein.

Das Interview führte
Manuela Rosenthal-Kappi

● **Weitere Informationen:**

Russland Reisen Romanova,
Mühlendamm 84a, 22087 Hamburg,
Telefon 040 (22697074)

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Reiche Geschichte im Schatten der Schlote

Ein Deutscher bewahrt die sächsische Geschichte in der Woiwodschaft Niederschlesien

Reichenau in Sachsen [Bogatynia] im äußersten Südwesten der Republik Polen an der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland und zur Tschechischen Republik ist polenweit bekannt. Dort, im Stadtteil Türchau [Turoszów] wird großflächig Braunkohle gefördert. Riesige Bagger, nachts beleuchtet, lassen die Landschaft wie aus einem Science-Fiction-Film anmuten. Weil dieser Tagebau den Gemeinden im Dreistaateneck das Grundwasser entzieht, hatten Umweltaktivisten aus den drei Staaten für vergangenen Sonntag eine Protestaktion angekündigt. Laut Umweltschutzverbänden wird der Tagebau derzeit im Rahmen einer sechsjährigen Verlängerung der Bergbaulizenz betrieben, die ohne Beteiligung der Öffentlichkeit und ohne ordnungsgemäße Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgt sei.

Von dieser Aufregung merkte man am Tag zuvor in Reichenau nichts, als sich dort etwa ein Dutzend Geschichtsinteressierte einfanden, um auf einem Rundgang etwas über die Vorkriegsgeschichte der Stadt zu erfahren, die das Herz des sogenannten Reichenauer Zipfels bildet.

Durch Reichenau, wo das Eigenschaftswort „reich“ genauso im Stadtnamen vorkommt wie das gleichbedeutende

polnische Wort „bogaty“ im polnischen Namen „Bogatynia“, führte Edward Semper. Der aus einer deutschen Familie in Petrikau (Piotrków Trybunalski) bei Lodz stammende Protestant kam 1963 nach Reichenau. Er bewahrte sich nicht nur die deutsche Sprache, sondern auch seine Konfession. Da bereits 1947 die St.-Bartholomäus-Kirche katholisch wurde, haben die etwa acht deutschen, protestantischen Familien und wenige aus Zentralpolen zugezogene Gläubige ihre Gottesdienste in der einstigen Friedhofskapelle feiern müssen. So blieb es bis heute. Seit drei Jahren dürfen sich die Reichenauer Protestanten nun auch formal um den evangelischen Friedhof kümmern. Semper konnte Mitglieder seines Geschichtsvereins dazu motivieren, vor drei Jahren erste Aufräumarbeiten und Sanierungsversuche deutscher Grabsteine durchzuführen.

Stadtrundgang mit Edward Semper

Seinen Stadtrundgang begann der fröhliche Hobbyhistoriker mit der einstigen evangelischen Schule. Hierbei spitzte Beate Heintze aus Olbersdorf ganz besonders ihre Ohren, weil ihr Vater hier die Schulbank gedrückt hatte. „Auf Reichenau bin ich über meinen Urgroßvater gestoßen,

Berichtet über
die Vorkriegs-
geschichte von
Reichenau:
Edward Semper
(links)

Foto: Wagner



der Comptorist (kaufmännischer Angestellter) beim Textilfabrikanten Preibisch war und in der Preibisch-Kolonie wohnte. Zu schade, dass die Hausnummern nicht mehr die alten sind, so kann man das Haus auch nicht mehr finden. Ich betrachte mich nicht unbedingt als Ahnenforscherin, aber man liest ja so viel über diese Zeit, und irgendwann fiel es mir auf, dass selbst meine Familie viel zu bieten hat“, so die Olbersdorferin, die zu DDR-Zeiten öfter mal Reichenau zum Einkaufen besuchte: „In einem der Fabrikgebäude war damals ein Kaufhaus, wo es schöne Sachen gab.“ Zum Rundgang hatte Heintze ihre Enkelin

Luna mitgenommen. „Ich bin das erste Mal hier und ich finde es faszinierend, die alten Bauten zu sehen, wo mein Ururgroßvater gelebt hat.“

Textilfabrikant Preibisch habe viel Gutes für Reichenau getan, berichtet Semper, so den Bau des Kraftwerks und der Wasserversorgung. „Bereits im ersten Jahr wurden 92 Privathäuser angeschlossen und 34 Straßenhydranten installiert. Auf sein Betreiben wurde eine Gasgesellschaft gegründet, die wiederum die Straßenbeleuchtung übernahm. Mit seinem Vermögen unterstützte Preibisch die Pflege Bedürftiger und investierte in das Gesund-

heitswesen. Dank Preibisch wurde die Schmalspurbahn nach Zittau gebaut“, weiß er weiter zu berichten. Informationen zur Vorkriegsgeschichte gibt es auch im einstigen Bahnhof Reichenau. Dort haben Semper und seine Mitstreiter ein Museum eingerichtet. Es ist mittwochs und sonnabends von 16 bis 18 Uhr geöffnet. Anmelden kann man sich unter der Telefonnummer 0048/510275707.

Auch Bernd Treutmann-Iffland aus Zittau von der anderen Neifeseite weiß erstaunlich viel über Reichenau. Er hat keine familiären Beziehungen zur Stadt, aber viele Bekannte, die aus Reichenau vertrieben wurden. „Es muss ja wenigstens ein Teil der Geschichte an die nächste Generation weitergegeben werden. Wenn man jetzt die Älteren, die noch etwas wissen, nicht ausquetscht, dann geht ihr Wissen verloren“, befürchtet Treutmann-Iffland. Die Ausstellung „entkommen. Die Dreiländereck zwischen Vertreibung, Flucht und Ankunft“ in Zittau, in dessen Rahmen der Reichenau-Rundgang organisiert wird, habe er noch nicht besucht. Lieber erschließt er sich die Geschichte seiner Heimatregion selbst – durch Gespräche mit Zeitzeugen und Besuche jenseits der Neiß. *Chris W. Wagner*

VON POMMERN AUF DEN ROTEN FELSEN

Gottfried Vauk und die Vogelwarte Helgoland

Vom „Maulwurfshaufen aus Dreck und Trümmern“ zur Inselstation mit Weltgeltung – 2020 bereits 110 Jahre

VON DETLEF SCHWENKLER



Foto: Bruckhorst

Als sich Prof. Dr. Gottfried Vauk (5.10.1925–25.3.2015) am 29. Dezember 1987 in das Goldene Buch der Inselgemeinde Helgoland eintrug, mag er an seinen Traum als Panzerleutnant a. D. und Biologiestudent gedacht haben. Förster wollte er werden. Das war ihm schon sechs Jahre nach seiner Geburt in Goldbeck bei Bublitz in Pommern klar. Seine Kindheit verbrachte er auf Streifzügen durch die unberührte Natur des Kreises Köslin. „Wenn wir Kartoffeln essen wollten, durften wir die Wildsau nicht auf den Acker lassen. Und wenn der Habicht das zehnte Huhn geholt hatte, sagte die Mutter: Jetzt holt mal den Habicht!“

Nach dem Abitur am 7. März 1943 in Köslin war für den jungen Gottfried an ein Studium nicht zu denken. Erst einmal folgten Kriegsdienst, Gefangenschaft und

Vertreibung aus der Heimat. Nach einer landwirtschaftlichen Ausbildung bei Lüneburg begann er 1949 sein Studium der Zoologie, Botanik und Geologie bei Prof. Dr. Wolf Herre am Institut für Haustierrkunde in Kiel. Von Anfang an beschäftigte er sich intensiv mit der Domestikationsforschung, also der Zähmung wildlebender Tiere zu Haustieren, und promovierte 1955 mit einer Arbeit über das Verhalten von Haushunden.

Aus dem Wald auf den roten Felsen

Nicht lange danach holte ihn der Leiter des Wilhelmshavener Instituts für Vogelforschung „Vogelwarte Helgoland“ und beauftragte ihn zum 1. April 1956 mit dem Wiederaufbau der zerstörten Inselstation. „Ich bekam einen schönen Schreck, als ich mir diesen Stecknadelkopf auf der Landkarte suchte, und dachte, du kommst aus dem Wald und nun hinaus aufs Meer. Zwei bis drei Jahre, dann gehst du wieder weg.“ Nun – es dauerte knapp 32 Jahre.

Nur zwei bis drei Jahre ...

Prof. Herre: „Für Gottfried Vauk und auch für die Inselstation wurde dies schicksalhaft. Helgoland war ein Maulwurfshaufen aus Dreck und Trümmern.“ Doch mit Härte, zäher Beharrlichkeit, Überzeugungskraft, Begeisterungsfähigkeit und Organisationstalent baute er auf dem von tausenden britischen Bomben aufgewühlten Helgoländer Oberland die Vogelwarte neu auf und machte sie zu einer Forschungsstätte mit Weltgeltung. In der An-

fangszeit war das Leben in einem Barackenlager so rau wie das Klima mitten in der Nordsee. Als Beamter des niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst stellte er später witzig-trocken fest: „Die ersten Jahre waren Kunst, an Wissenschaft war nicht zu denken.“ Zunächst richtete er den Fanggarten zur Beringung der Vögel wieder her, dann legte er in einem Bombentrichter einen Süßwasserteich an.

Ab 1958 begründete er als Leiter der Inselstation seine neue wissenschaftliche Konzeption. Zu den Gebieten Vogelzugforschung und Betreuung der Zugvögel kamen ökologische Probleme, biologische Umweltforschung und Seenvogelforschung hinzu. Zusätzlich betreute er Kurse, Exkursionen, Examenskandidaten, Praktikanten, Führungen, hielt Vorträge und entwickelte eine konsequente Öffentlichkeitsarbeit.

Die Heimat Pommern nie vergessen

Unvergesslich sein vor Vitalität strotzender warnender Lichtbildervortrag „Ein Kösliner, der Natur verpflichtet, erzählt...“ während des Köslin-Seminars am 13. Februar 1993 in der Ostsee-Akademie im Pommern-Zentrum.

Inzwischen waren Begriffe wie Umweltschutz und Ölpest über die Medien in das allgemeine Bewusstsein geraten – von jeher Vauks ureigene Anliegen. Seine entsprechenden Schreckenberichte erschienen ständig bereits ab den 1960er Jahren. Angenehm fiel sein Bekenntnis vor der



Sonderbriefmarke zum 100-jährigen Bestehen der Vogelwarte Helgoland, 2010

Kamera zu seiner pommerschen Heimat während eines Fernsehberichtes über ihn und seine Arbeit im Januar 1988 auf.

Mahnender Umweltschützer

Natürlich im wahrsten Wortsinn kann man auf Helgoland, diesem Vorposten mitten im Meer, 50 Kilometer vom Festland entfernt, vortrefflich forschen. „Wenn schwerer Sturm den Schiffs- wie den Flugverkehr lahmlegt, wenn der Orkan die Ziegel vom Dach fegt und Häuserwände eindrückt“ – was Dr. Vauk mehrmals passiert ist – „wenn wochenlangender Nebel die Stille noch drückender werden lässt, wird die allmächtige Technik zur

Farce, die Zivilisation zu einer Scheinwelt.“ Damit charakterisierte er auch den „Geist der Station“.

Etwas Typisches für das Wesen des Wissenschaftlers und Problemlösers Dr. Vauk verdeutlichen zwei seiner Veröffentlichungen: 1958 „Einige Bemerkungen zum Vorkommen und Verhalten der Wanderratte auf der Insel Helgoland“ in den „Säugetierkundlichen Mitteilungen“ und dann im „Anzeiger für Schädlingskunde“ 1963 „Über das Vorkommen, das Verhalten und die Vernichtung der Wanderratte im Jahre 1962 auf Helgoland“.

● Info www.ifv-vogelwarte.de

EINST BEDEUTENDE KLOSTERKIRCHE

Vergessenes Zisterzienserinnenkloster auf Usedom

Die Sonneninsel Usedom in Vorpommern, die auch als Badewanne Berlins bezeichnet wird, hat außer den berühmten Kaiserbädern mit ihrer inzwischen restaurierten Bäderarchitektur und den breiten Sandstränden auch noch andere bauliche sowie landschaftliche Besonderheiten aufzuweisen. Zu dieser Palette gehört auch die ehemalige Klosterkirche in Krummin am Krumminer Wieck.

Sie ist das einzige Zeugnis für die Kloster-Vergangenheit auf der Insel Usedom und besaß früher eine reiche Ausstattung, die inzwischen verloren ging oder teilweise zum jetzigen Bestand von Museen gehört. Die ehemalige Klosterkirche und heutige Dorfkirche hat eine interessante Geschichte und ist in ihren Anfängen eng mit dem Wirken der Greifenfamilie verbunden.

Nach dem Tod von Herzog Barnim I. übernahm dessen ältester Sohn Bogislaw IV. für längere Zeit allein während der Minderjährigkeit seiner jüngeren Halbbrüder die Regierung über das ungeteilte Herzogtum Pommern. Doch Barnim II. und Otto I., die Brüder, wollten bald auch ihren Teil von der Macht. So kam es vor 725 Jahren zur folgensweren Teilung des Landes. Am 12. Juli 1295 wurde der Teilungsvertrag unterschrieben. Fortan regierte Herzog Bogislaw IV. nur noch über das Teilherzogtum von Pommern-Wolgast.

Zu diesem Landesteil gehörte auch das Land Bukow mit dem Gnitz auf Usedom. Das ist eine Halbinsel zwischen dem Peenestrom, dem Krumminer Wiek und dem Achterwasser. Diesen Landzipfel schenkte der Herzog dann seiner damals zehnjährigen Tochter Jutta beim Eintritt in das Kloster Wollin mit der Auflage, hier

ein Tochterkloster der Zisterzienserinnen von Wollin zu gründen, das dann die Pommernprinzessin als Äbtissin leiten sollte. Diese Entscheidung von Bogislaw IV. hatte für Usedom, Wollin und Prinzessin Jutta weitreichende Folgen.

Frühe Besiedelung des Landes

Das Kloster Krummin bestand einige Jahrhunderte lang, verfiel allerdings nach der Säkularisierung im Gefolge der Reformation und ist heute nur noch mit der ehemaligen Klosterkirche erhalten. Die anderen Bauten sind verschwunden.

Der Gnitz auf Usedom ist von drei Seiten von Wasser umgeben und hat nur nach Norden in Richtung Zinnowitz einen Landzugang. Der Zugang von der Landseite wurde durch den Strumminer See erschwert. Diese besondere Lage sorgte für eine frühe Besiedlung. Archäologische Funde bis hin zu einem erhaltenen Großsteingrab aus dem Neolithikum belegen eine Besiedlung lange vor 1700 v. Chr. Die frühdeutsche Inbesitznahme ist durch die Überreste der Turmhügelburg bei Neuen-dorf aus der Zeit um 1230 nachgewiesen. Dazu entwickelte sich Netzelkow als Gutsort. Der Strumminer See gedieh durch Verlandung im Lauf der Jahrhunderte zu einem bewaldeten Moorgebiet.

Das Mutterkloster war Wollin

Ab 1300 entstand dann in Krummin, das dem Krumminer Wieck den Namen gab, das Tochterkloster. Es entwickelte sich schnell, bekam zusätzliche Schenkungen und erlangte bald eine größere Bedeutung als das Mutterkloster Wollin. Das hatte die Loslösung vom Mutterkloster zur Folge. Regen Anteil an dieser eigenständigen Erfolgsentwicklung hatte die Gräfin Jutta,

die als Äbtissin den Aufstieg leitete. Sie nutzte ihre Herkunft und die damit verbundenen Verbindungen für die Besitzerweiterung, sorgte für den Ausbau der schon vorhandenen kleinen Dorfkirche,



Die Michaeliskirche in Krummin auf Usedom

Foto: Wikipedia

die den Namen des Heiligen Michael trägt, zur Klosterkirche und war bis 1336 als Äbtissin tätig.

Der Ausbau des dreijochigen Saalbaus vollzog sich mit Feldsteinen und Ziegeln, die vom Festland angeliefert wurden. Der Klosterbesitz reichte bis zum heutigen

gebliche Kloster auf Usedom, diente vor allem der standesgemäßen Versorgung für die unverheirateten Töchter des Landadels Pommerns und erlebte im Gefolge der Reformation eine entscheidende Zäsur. Nach einer Visitation nach den Grundsätzen des pommerschen Reforma-

tors Johannes Bugenhagen begann der Niedergang des Klosters. Die Versorgungsanstalt für Adelsdamen geriet im Wirbel des Dreißigjährigen Krieges endgültig unter die Räder. Die Klausurgebäude wurden abgerissen. Allein die Klosterkirche überstand die Zeitenwechsel als Dorfkirche. Ab 1846 war Krummin ein preußisches Rittergut und im Besitz von Heinrich von Corswandt, der auch das Patronat über die Kirche hatte und für eine weitgehende Sanierung des Baus und eine Ergänzung der Ausstattung sorgte.

Ein Besuch lohnt

Das Wappen der Familie von Corswandt befindet sich bis heute im Mittelteil der Patronatsloge. Abgesehen vom Krumminer Kelch von 1500, der jetzt als Leihgabe im Pommerschen Landesmuseum in Greifswald steht, blieben in der jetzigen Dorfkirche ein interessantes Kruzifix aus der Stralsunder Werkstatt um 1500 und auch die wertvolle Orgel des berühmten Stettiner Orgelbauers Barnim Grüneberg erhalten. Die Krumminer Kirche gehört inzwischen zur ev. Kirchgemeinde Krummin-Karlsruhe-Zinnowitz im Pommerschen Kirchenkreis und lohnt auch für Touristen einen Ausflug in die Klostergeschichte von Krummin. *Martin Stolzenau*

● In dem kleinen Inselkirchen-Führer konnte man lesen: Wir laden Sie herzlich ein, in ihrem Urlaub nicht nur das Meer und die Bäderarchitektur zu genießen, sondern auch die schönen Kirchen unserer Insel zu entdecken. Erleben Sie dort einen Moment der Stille, der Besinnung und des Gebets! Unsere Kirchengebäude erzählen von acht Jahrhunderten Christentum hier auf der Insel.

„Um klar zu sehen, genügt ein Perspektivenwechsel“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Man muss Vera Lengsfeld einfach einen roten Teppich ausrollen: Sie zeigt uns wie kein anderer, wo es in Deutschland langgeht und wohin wir steuern.“

Sonja Dengler, Neckargemünd
zum Thema: Weltverbesserungsprojekte (Nr. 34)



Ausgabe Nr. 35

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

POMMERNS FINNISCHE FISCHEREI: EINE REISE NACH HINTERPOMMERN (NR. 35)

Die Sage von der Wette des Teufels mit dem Abt ist ein nettes Histörchen und folgt einem bekannten Muster. Mehr für sich hat meines Erachtens in diesem Fall die Vermutung, dass die Maränen aus Finnland stammen.

Die Nutzung von Land und Leuten in Hinterpommern wurde im Dreißigjährigen Krieg von der Krone Schweden „jure belli“ an finnische Offiziere vergeben („doniert“). Sollten Torsto Stahlhandschuh, der mit Schievelbein oder Arvi Wirtenberg, der mit Belgard beschenkt wurde, mit dem Fischbestand in ihren Seen nicht zufrieden gewesen sein und die in Finnland sehr beliebten und verbreiteten Maränen (finnisch: „siika“) in Pommern eingesetzt haben? In ihrer Stellung und bei dem regen Schiffsverkehr, der damals zwischen ihrer Heimatstadt Borgå/Portvoo und überhaupt zwischen Finnland und Pommern herrschte, war das ohne weiteres möglich.

Das große Interesse finnischer Offiziere an Fischen und Fischerei ist für diese Zeit in Landsberg a.d. Warthe archivalisch nachgewiesen. **Detlev Pleiss, Tecklenburg**

ZWERGENAUFGANG IN ORANGE: DIE HOMLIN-FAMILIE HAT NACHWUCHS BEKOMMEN (NR. 29)

Vielen Dank für den Artikel! Allerdings sollte in diesem Zusammenhang korrigiert werden, dass es – wie im Artikel ausgeführt – die Breslauer Bronzewege nicht erst seit 2005 gibt, sondern dass diese bereits zu sozialistischen Zeiten die Stadt „eroberten“. Damals als Zeichen des Protestes gegen das kommunistische Regime in Polen. Sie wurden erfunden von dem Künstler Waldemar Frydrych.

Die Oppositionsbewegung „Orangene Alternative“ hatte mit dem Zwergenmotiv gegen die sozialistische Diktatur in der Volksrepublik Polen demonstriert, sodass

bereits in den 1980er Jahren der erste gusseiserne Zwerg, der „Papa Zwerg“, in der Breslauer Altstadt aufgestellt wurde. Freilich nahm ihre Zahl – besonders nach 2001 – beständig zu.

Inzwischen gibt es sie auch als Boten und Geschenke für andere Städte. Zum Beispiel wurde am 18. Juni 2019 in Dresden nach 2014 bereits ein zweiter Zwerg aus der schlesischen Hauptstadt aufgestellt. Als Glücksbringer trägt er einen Koffer und eine Sonnenblume. In Corona-Zeiten, an die natürlich vor einem Jahr noch nicht zu denken war, ist das ein besonders optimistisches Symbol.

Manfred Kristen, Freital



Breslauer Zwerg an der Elbe: Homlin am Neuen Rathaus in Dresden *Foto: Kristen*

DIE BESTIE IM MENSCHEN

ZU: „DEN MENSCHEN UND DIE GESCHICHTE IM BLICK“ (NR. 34)

Der Autor vermutet in seiner sehr ausführlichen Buchbesprechung von Arno Surminskis neuen Roman „Irgendwo ist Prostken“, dass noch nie „ein renommierter Schriftsteller dem Leben eines (Dampf-)Lokführers einen Roman gewidmet“ habe. Damit liegt er jedoch nicht ganz richtig. Es fiel mir sofort der Roman „Das Tier im Menschen“ von Émile Zola

ein. Darin behandelt der Autor ausschließlich das Leben eines Pariser (natürlich Dampf-)Lokführers, der fast täglich mit seinem Zug zwischen Paris und Le Havre unterwegs ist, und Zola durchleuchtet das engere und weitere soziale Umfeld dieses Mannes, der schließlich zum schlimmen Täter wird. *Hans-Joachim Miethe, Cottbus*

EINE DEUTSCHE ATOMWAFFE: ZU: ARSENALE DES SCHRECKENS (NR. 31)

Der Abwurf der ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki vor 75 Jahren bietet Anlass, darauf hinzuweisen, dass der Einsatz dieser Waffen ohne die Hilfe erbeuteter deutscher Technik zu jenem Zeitpunkt nicht möglich gewesen wäre.

Bereits vor 15 Jahren gab es Meldungen, dass das Uran und das Plutonium für die beiden amerikanischen Bomben aus Deutschland stammte, wo es im April 1945 entdeckt worden war, dann in die USA gebracht und dort für die Konstruktion der eigenen Atomwaffen verwendet wurde.

Außerdem war schon lange bekannt, dass das deutsche U-Boot 234, das radioaktive Material nach Japan bringen sollte, Mitte Mai 1945 im Atlantik gegenüber einem US-Kriegsschiff kapituliert und dann samt Ladung in die USA eskortiert wurde, wo es am 1. Juni 1945 eintraf.

Inzwischen haben sich all diese Nachrichten bestätigt, und so kann man heute sagen, dass mindestens eine der Atombomben, die auf Japan fielen, mit radioaktivem Material aus deutscher Produktion bestückt war.

Tatsächlich ist eine erste bekannte deutsche Nuklear-Explosion für den 12. Oktober 1945 auf Rügen belegt, die ein damaliger sowjetischer Spion beobachtete, der dies an Stalin weiterleitete. Eine verheerende Explosion, bei der das Uran vom Typ U-235 zum Einsatz kam, ereignete sich am 3. März 1945 bei Ohdruf in Thüringen. Sie forderte annähernd 700 Opfer, die meisten davon Kriegsgefangene und KZ-Insassen. Noch Jahre danach klagten Einwohner im Umkreis von Ohdruf ge-

gentlich über Spätschäden wie Erbrechen, Nasenbluten und Kopfschmerzen. Diese Minibombe wurde später von Wissenschaftlern als erste taktische Nuklearwaffe der Geschichte bezeichnet.

Aufschlussreich ist auch Folgendes: Noch im ersten Quartal 1945 hatten US-Wissenschaftler und Militärs Präsident Roosevelt, der wenig später – am 12. April des Jahres – starb, gegenüber betont, man werde wohl erst 1946 eine einsatzfähige Atombombe zur Verfügung haben. Im Juni 1945 teilten dieselben Wissenschaftler und Militärs dann Präsident Truman mit, dass der erste Test einer Atombombe kurz bevorstehe, der dann tatsächlich am 16. Juli erfolgte. Da wirft sich also die Frage auf, wieso die Entwicklung plötzlich so schnell vorangekommen war.

Zur Erinnerung: Inzwischen hatten die Amerikaner in Thüringen deutsche Atomforschungsanlagen eingenommen und das erbeutete Material in die USA gebracht, und am 1. Juni 1945 war zudem das deutsche U-Boot mit dem radioaktiven Material unter strengster Geheimhaltung an der Ostküste der USA eingetroffen (drei Tage lang war die Umgebung in New Hampshire vollkommen von der Außenwelt abgesperrt). All das reichte sicherlich aus, um die eigene Atomwaffenproduktion zu beschleunigen.

Herbert Agar, militärischer Sonderberater beim US-Botschafter in London, erklärte am 29. Juni 1945, dass, wenn der Krieg in Europa sechs Monate länger gedauert hätte, die Deutschen wohl die ganze Welt mit ihren Atomwaffen hätten zerstören können. Aus den aufgefundenen Unterlagen, so Agar, habe man ersehen, dass als Datum für den ersten Einsatz deutscher Atomwaffen der 6. August 1945 geplant war. Genau an diesem Tag aber fiel dann die erste amerikanische Atombombe auf Hiroshima. Zufall? Oder vielleicht ein gezielter Racheakt, da die Amerikaner ja das Datum aus den deutschen Plänen kannten?

Es wundert immer wieder, wenn diese belegten Tatsachen in der Öffentlichkeit kaum genannt oder aber sogar bezweifelt werden. *Wolfgang Reith, Neuss*

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas



KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Gelobt, geschmäht, gecancelt

Das Medientagebuch eines »Gedankenverbrechers«

■ **Mobbing, Cancel Culture und digitales Lynchen – neben falscher Berichterstattung sind dies die neuen Mittel eines postheroischen, »politisch korrekten« Deutschlands, das seine Kritiker auf dem Scheiterhaufen der veröffentlichten Meinung verbrennt.**

Vom Hoffnungsträger der deutschen Literatur
zum Gedankenverbrecher

Wie »hart, unerbittlich, um nicht zu sagen gnadenlos« (so die österreichische *Volltext*, 9/08, über den Fall Kunkel) es dabei zugehen kann, erfuhr der Literaturpreisträger Thor Kunkel 2004, als dem *Spiegel* Auszüge aus seinem nie zur Veröffentlichung bestimmten Werkstattbericht zugespielt wurden, womit einer der größten Skandale der Gegenwartsliteratur seinen Anfang nahm. Abgesehen von der totalen Verwüstung seines beruflichen Umfelds, führte der Feldzug des journalistischen Lynchmobs in der Konsequenz zu einem Veröffentlichungsbann in Deutschland und veranlasste Kunkel im Jahr 2009, in die Schweiz zu emigrieren.

Doch worin bestand eigentlich das Konfliktpotenzial von Kunkels »Gedankenverbrechen«, das Anstößige an seinem zum »Schandwerk« erklärten Roman *Endstufe*, den die FAS noch im Februar 2004 als »glänzend geschriebenes, ungeheuer interessantes Manuskript von einem der besten deutschen Autoren der jüngeren Generation« feierte?

Chronik eines Rufmords im Namen
der Political Correctness

Erstmals veröffentlicht Thor Kunkel mit *Zum Abschluss freigegeben* nicht nur das umstrittene Medientagebuch und beschreibt den Ablauf des Skandals, sondern dokumentiert auch unbeschönigt die Phasen der Hexenjagd auf einen Unbeugsamen.

»Falls Freiheit überhaupt etwas bedeutet,
dann bedeutet sie das Recht darauf,
den Leuten das zu sagen, was sie nicht hören
wollen.« George Orwell, *Farm der Tiere*

»Eine gewonnene Schlacht ist noch
kein gewonnener Krieg.«
Euagrios Pontikos, ägyptischer Gelehrter

»So etwas wie moralische oder
unmoralische Bücher gibt es nicht.
Bücher sind gut oder schlecht geschrieben.
Weiter nichts.« Oscar Wilde

Endlich: das Medientagebuch
zum größten Skandal der
deutschen Nachkriegsliteratur



Thor Kunkel: *Zum Abschluss freigegeben* • gebunden • 348 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 980 900 • 22,99 €

DENKMÄLER

Gefährdete Art aus Stein

Noch existieren 173 Bismarcktürme – Sie könnten Opfer von Bilderstürmern und Preußenhassern werden

VON WOLFGANG KAUFMANN

In deutschen Kaiserreich gab es keinen populäreren Politiker als Fürst Otto von Bismarck, der bis 1890 sowohl als preußischer Ministerpräsident als auch als Reichskanzler fungierte. Letztlich entspann sich sogar ein regelrechter Kult um die Person des Reichsgründers, welcher kulminierte, nachdem Bismarck im Juli 1898 gestorben war.

Hatte man bereits zu Lebzeiten des „Eisernen Kanzlers“ diverse Denkmäler und erste Türme zu seinen Ehren errichtet, initiierte die Deutsche Studentenschaft nun den Bau von hoch aufragenden steinernen Monumenten mit eisernen Schalen auf der Spitze, in denen an bestimmten Tagen weithin sichtbare Feuer lodern sollten – so zum Beispiel dem Datum von Bismarcks Geburt beziehungsweise Tod.

Den Wettbewerb um die Gestaltung der „Feuersäulen“ gewann 1899 der Architekt Wilhelm Kreis, der sich gegen 320 Mitbewerber durchsetzte und später auch das Deutsche Hygienemuseum in Dresden konzipierte, mit seinem Entwurf „Götterdämmerung“. Bauwerke dieses Typs entstanden bis 1911 an 47 Orten in Deutschland. Doch damit nicht genug: Die Verehrer des Fürsten wollten insgesamt sogar über 400 Bismarcktürme auf allen Kontinenten errichten. Davon wurden dann um die 240 Stück fertiggestellt – der letzte übrigens erst zum 1. April 1934, dem 119. Geburtstag des Reichsgründers, auf einer Anhöhe nördlich des Möhne-Stausees. Dabei kamen auch noch andere Konzepte zur Umsetzung, sodass sich die Monumente letztlich in sehr unterschiedlicher Gestalt präsentierten.

Manche ragten deutlich weiter in die Höhe als die „Konkurrenz“ wie der mittlerweile nicht mehr existierende „Wiesbadener Eiffelturm“ im Stadtteil Bierstadt mit seinen 50 Metern. Natürlich spielten hier auch die verfügbaren finanziellen Mittel eine Rolle, welche zumeist aus Spenden der Bevölkerung stammten. Am



Des Reichskanzlers „Götterdämmerung“: Bismarcksäule in Dresden-Räcknitz Foto: pa

kostenintensivsten war der Bau des Bismarckturmes von Stettin-Gotzlow, der 200.000 Mark verschlang.

Fast alle „Feuersäulen“ standen auf dem Territorium des deutschen Kaiserreiches; dazu kamen weitere Türme in Concepción (Chile), am Kap Nachtigal in Kamerun, auf dem Varzinsberg in Papua-Neuguinea und südwestlich von Kilwa Kivinje im heutigen Tansania. Aufgrund der Wirren des Ersten und Zweiten Welt-

krieges oder mangelnder Instandhaltung sowie auch der Bestrebungen der Siegermächte beziehungsweise ihrer in- und ausländischen Erfüllungsgehilfen, möglichst viele Denkmäler der preußisch-deutschen Geschichte zu schleifen, existieren heute nur noch 173 der Türme, die einst zu Ehren Bismarcks errichtet worden waren.

146 davon finden sich auf dem Gebiet der Bundesrepublik – die meisten davon

in Nordrhein-Westfalen (24), Sachsen (18), Thüringen (16) und Sachsen-Anhalt (15). Dahingegen gibt es in Berlin und Bremen keine Bismarcktürme mehr, und im Saarland wurde niemals einer errichtet. Weitere 27 Monumente stehen in Ostdeutschland oder den ehemaligen deutschen Kolonien sowie in Tschechien und Elsass-Lothringen.

Die Führung der DDR ließ die nicht abgerissenen Türme allesamt umbenennen: Sie erhielten Namen wie „Friedenswarte“, „Friedensturm“, „Schiller-Turm“, „Turm der Jugend“ oder „Geschwister-Scholl-Turm“. Nach 1989 bildeten sich allerlei lokale Vereine, welche das Ziel verfolgten, die „Feuersäulen“ zu restaurieren und in Aussichtspunkte zu verwandeln. So zum Beispiel in Dresden-Räcknitz, wo neben dem 1906 eingeweihten Turm vom Typ „Götterdämmerung“ auch noch ein Denkmal für den französischen General Jean-Victor Moreau steht, unter dem die beiden amputierten Beine bestattet sind, die der erklärte Napoleon-Gegner am 27. August 1813 durch feindlichen Artilleriebeschuss verlor.

Seit einigen Jahren klagen viele Kommunen über wachsende Zerstörungswut gegenüber den Bismarcktürmen. Dabei haben die Graffiti-Schmierereien und Zerstörungen momentan meist noch keinen politischen Hintergrund. Dies könnte sich allerdings demnächst ändern. Immerhin werden ja nun bereits solche absurden Vorschläge diskutiert wie der des Pastors und ehemaligen Studienleiters für Erinnerungskultur an der Evangelischen Akademie in Hamburg, Ulrich Hentschel.

Der Geistliche forderte unlängst, den Kopf der 14,8 Meter messenden Bismarck-Statue in der Hansestadt abzutrennen, da das Denkmal für „deutschen Größenwahn und ... die Verbrechen des Kolonialismus“ stehe. Angesichts solcher ideologischer Verirrungen dürfte es wohl nicht mehr lange dauern, bis auch die übrig gebliebenen Bismarcktürme ins Visier ebenso fanatischer wie historisch unbedarfter Bilderstürmer geraten.

MINI-KONZERTHAUS

Mein lieber Schall

Wiedereröffnung eines kulturhistorischen Kleinods – Das sanierte Schallhaus in Rudolstadt

Seit 1993 gibt es auf Initiative der Deutschen Stiftung Denkmalschutz immer am zweiten Sonntag im September den Tag des offenen Denkmals, der inzwischen bundesweit begangen wird und Bauten unter Denkmalschutz für die Öffentlichkeit zugänglich macht. Doch schon eine Woche vorher, am 5. September, wird das historische Schallhaus in Rudolstadt nach umfassender Restaurierung für Besucher wiedereröffnet.

Dieser Bau ist ein architektonisches und musikhistorisches Kleinod von nationaler Bedeutung mit einer rund 350-jährigen wechselvollen Geschichte und unterschiedlicher Nutzung. Das reichte vom luxuriösen Gartenpavillon über die Verwendung als Konzertgebäude für die Hofgesellschaft bis zum Missbrauch als Schafstall. Nun erstrahlt das Schallhaus im alten Glanz, gilt jetzt als deutsche Besonderheit und erwartet die neuerliche Nutzung als Musikpavillon mit einem besonderen Klangerlebnis.

Das Gebäude liegt im Anlagekomplex von Schloss Heidecksburg, der einstigen Residenz der Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt, und wurde im letzten Drittel

des 17. Jahrhunderts auf der unteren der drei Schlossterrassen erbaut. Zunächst entstand ein Gartenpavillon in oktogonaler Form, dessen Fassade durch Pilaster in korinthischer Ordnung auffällt und im Inneren über eine umlaufende Empore verfügt.

Aus dem Lusthaus im Garten wurde im 18. Jahrhundert mit kleineren Umbauten ein Musikpavillon, in dem Teile der Hofkapelle während der Sommermonate für die Hofgesellschaft Konzerte geben. Die Empore gedieh zum Podium für die Musiker. Der Kuppelraum über der Empore mit seiner gewölbten Schale bewährte sich als Schallzone und sorgte für eine spezielle Akustik, welche die Konzerte für die Zuhörer im Raum zu ebener Erde zum Hörerlebnis machten.

Doch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verlor der Musikpavillon mit dem sich verändernden Musikgeschmack an Bedeutung. Im 20. Jahrhundert wurde er zunächst als Abstellraum und dann in der DDR sogar als Schafstall missbraucht. Das alles führte zu Verfallserscheinungen, die nach 1989 Sofortmaßnahmen erforderlich machten.

Das begann mit der Erneuerung des Dachs und der Vorbereitung weiterer Schritte durch das Zusammenwirken mehrerer Partner. Die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten sowie der ehrenamtliche Verein Schallhaus fanden schließlich mit der Deutschen Stiftung Denkmalschutz einen potenten Helfer.



Bereit für Musik: Das sanierte Schallhaus

CORONA-HOSTIE

Brot und Wein in einem Stück

Schon länger gehörten neben klassischen Hostien, Brothostien, glutenfreien Hostien, Bio-Hostien (DE-ÖKO-001) aus Bio-Weizenmehl und Bio-Dinkelmehl auch Konsekrationshostien sowie Schauhostien zum Sortiment der Hostien-Bäckerei der Neuendettelsauer Diakonie. Als neuestes Produkt ist die Weinhostie hinzugekommen. Was für die katholische Kirche unmöglich ist, hält die evangelische Kirche durchaus für liturgisch statthaft: Brot und Wein, Leib und Blut Christi, bei der Eucharistie in einem zu sich zu nehmen.

Nach dem Corona-Lockdown sind Kirchenbesuche zwar wieder möglich, gemeinsame Abendmahlsfeiern in traditioneller Form jedoch nicht. Hostien könnte man wohl verteilen, aber Wein aus ein und demselben Kelch trinken ist derzeit ausgeschlossen. Alternativ wäre jedem Gläubigen ein eigener Becher zu reichen, was auch schon praktiziert wird.

Da kam einer Mitarbeiterin der Hostien-Bäckerei die Idee, warum nicht den Wein in den Teig integrieren. Gedacht, gesagt, getan: Es wurde so lange probiert, bis die richtige Mischung gefunden war. Traditionelle Hostien bestehen aus nichts anderem als klarem Wasser und Weizenmehl. Einen Teil des Wassers durch Wein zu ersetzen ist insofern schwierig, als der Rebensaft Fruchtzucker enthält, der den Teig am Backeisen kleben lässt. Die Hostienherstellung ähnelt der von Waffeln. Nach einigem Probieren fand man jedoch einen geeigneten halbtrockenen Weißwein, mit dem man 25 Prozent des Wassers ersetzen kann.



Alkoholfreie Taler: Weinhostien

Um den hygienischen Anforderungen zu genügen, werden die Weinhostien einzeln in Kunststofftütchen verpackt. Das beim Abendmahl so wichtige Gemeinschaftsgefühl kann auch damit entstehen, wenn alle Gemeindeglieder in gebührendem Abstand zum Altar gehen, dort die Hostie in Empfang nehmen, zurück am Platz diese so lang in der Hand halten, bis alle eine haben, sie dann gemeinsam auspacken und erst essen, wenn der Pfarrer mit einem Bibelwort dazu einlädt. Den Rebensaft schmeckt man dabei nicht.

Die Neuendettelsauer Hostien-Bäckerei ist mit 1,6 Millionen Oblaten pro Jahr ein wichtiges Standbein der mittelfränkischen Körperschaft bei Ansbach. Mit 7800 Mitarbeitern und zirka 406 Millionen Euro Umsatz (2018) gehört sie zu den fünf größten Diakonischen Unternehmen in Deutschland. Mit ihren vielen Einrichtungen bildet sie unübersehbar eine eigene Stadt in der 8000-Einwohner-Gemeinde. Vor einem Jahr kam es zur Fusion mit der Schwäbisch Haller Diakonie und zur Umbenennung in Diakoneo: jetzt ein Arbeitgeber von über 10.000 Mitarbeitern und mit etwa 600 Millionen Euro Umsatz im Jahr (www.diakoneo.de). Helga Schnehagen

FÜR SIE GELESEN

Bis heute traumatisiert

Unbequeme Menschen so mir nichts, dir nichts in geschlossenen psychiatrischen Einrichtungen verschwinden zu lassen, um sie dann dort brutal zu misshandeln und zwangsweise mit Psychopharmaka vollzustopfen, gilt gemeinhin als ein Merkmal finsterner Diktaturen. Dabei waren derartige Vorgehensweisen früher auch in der Bundesrepublik üblich. Hierüber berichtet das Buch „Sechs Jahre in Haus F“ von Günter Wulf.

Der Autor schildert, wie man ihn 1968 im Alter von neun Jahren wegen diverser Lappalien aus einem überfüllten Kinderheim in das Psychiatrische Landeskrankenhaus auf dem Hesterberg bei Schleswig abschoß und was ihm dort nachfolgend an Schrecklichem widerfuhr: totale Vernachlässigung, Schläge und andere Formen körperlicher Gewalt, sexueller Missbrauch, Psychoterror der übelsten Art und die Herabwürdigung zum Versuchskaninchen der Pharmaindustrie.

Man könnte die Schilderungen Wulfs für übertrieben halten, wenn sie nicht so authentisch beziehungsweise detailliert wären und die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie sich inzwischen nicht auch bei den zumeist bis heute traumatisierten Betroffenen für das zugefügte Leid entschuldigt hätte – im Gegensatz übrigens zu den involvierten Pharmakonzernen, welche ihre Präparate auf dem Hesterberg an Minderjährigen testen ließen.

Wolfgang Kaufmann

Günter Wulf: „Sechs Jahre in Haus F. Eingesperrt, geschlagen, ruhiggestellt. Meine Kindheit in der Psychiatrie“, Bastei Lübbe Verlag, Köln 2020, broschiert, 253 Seiten, 10 Euro

Fehler der US-Politik

Zunächst ist es sehr mühsam, in den neuen Roman des spanisch-peruanischen Schriftstellers Mario Vargas Llosa „hereinzukommen“, da es sich wie ein Sachbuch, dazu mit einer Fülle an politischen und historischen Namen und Begebenheiten, sehr schwergängig liest. Erst ab etwa der Hälfte gibt es literarische Ausschmückungen, die immer wieder von langweiligen politischen Exkursen unterbrochen werden.

Der Roman handelt von einem Putsch in den 50er Jahren in Venezuela, der auch andere Staaten Lateinamerikas erschüttert hat. Der demokratisch gewählte Präsident Jacobo Árbenz wurde mit Unterstützung der CIA gestürzt, die ihn beschuldigte, Kommunist zu sein, weil er US-amerikanischen Interessen und der im Land tätigen United Fruit Company in die Quere kam. Vargas Llosa stellt mit seinem Romanepos die Fehler der US-Politik bloß und schließt mit der Schlussfolgerung, dass sie damit den Kommunismus in Kuba erst ermöglicht habe.

MRK



Mario Vargas Llosa: „Harte Jahre“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2020, gebunden, 410 Seiten, 24 Euro

REISE



FOTO: IMAGO IMAGES/BLICKWINKEL

Traumland Schleswig-Holstein

Schlösser wie das von Glücksburg, Hansestädte, Nord- und Ostsee, aber auch Seen und Naturschutzgebiete zwischen den Meeren laden zu Ausflügen ein

50 Entdeckungstouren bietet der Reiseführer „Schleswig-Holstein. Die schönsten Ausflugsziele“ an. Übersichtlich gegliedert nach den verschiedenen Landschaften findet der Leser alles Notwendige, was er für einen Aufenthalt in dem „Land zwischen den Meeren“ benötigt. Reich

bebildert gibt es Informationen zu bekannten und weniger frequentierten Zielen, jeweils versehen mit Adressen der beschriebenen Lokalitäten, Restaurants, Cafés oder Hotels. Angaben zu Veranstaltungen fehlen ebenfalls nicht. Ein rundum gelungener Reiseführer.

MRK

sh:z (Hrsg.): „Schleswig-Holstein. Die schönsten Ausflugsziele“, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2020, broschiert, 192 Seiten, 9,95 Euro

FLORA

Pflanzen als Überlebenskünstler

Der italienische Pflanzenkundler Stefano Manusco berichtet von wahren Wundern der Verbreitung von Gewächsen über Zeit und Raum hinweg

VON DIRK KLOSE

Stefano Manusco, Professor für Pflanzenkunde an der Universität Florenz, hat mehrere international erfolgreiche Bücher über die Pflanzenwelt geschrieben. In seinem neuen Buch befasst er sich mit der rasanten Verbreitung von Pflanzen, angefangen von kleinen Gewächsen bis hin zu Sträuchern und Bäumen. Er spricht von „unglaublichen Reisen“, und es ist mitunter fast unglaublich, was er aus aller Welt berichtet. Dabei sagt er anfangs kaum Neues, wenn er die „Reisemöglichkeiten“ von Pflanzen beschreibt, etwa wenn der Wind deren Samen über weite Strecken trägt, oder sie in den Fellen von Tieren oder in Federn von Vögeln hängen, über den Kot streuender Tiere ausgeschieden werden oder in für sie zunächst unwirtlichen Gegenden Techniken des Überlebens und der Anpassung entwickeln. Was bei Manuscos höchst spannend zu lesenden Beispielen frappt, ist die Tatsache, dass Pflanzen dabei so gut wie jedes Hindernis überwinden und sich ausbreiten, wo sie einmal „gelandet“ sind, sodass sie, wo sie als Schädlinge wirken, oft zur Plage werden.

Wenn Manusco von „Überlebenskünstlern“ spricht, so von der Flora rund um Tschernobyl, wo heute, nach der Katastrophe paradoxerweise eine der artenreichsten Regionen der Ukraine entstanden ist. Berührend die Begegnung mit einem Japaner, der ihm blühende Pflanzen zeigt, deren Wurzeln 1945 fast im Bodennullpunkt der Atombombenexplosion

über Hiroshima standen. Am Ende bekennt der alte Herr, auch er sei ein solcher Hibakusha. Als Siebenjähriger habe er wie durch ein Wunder die Explosion überlebt.

Um andere Wunder zu nennen: 1963 tauchte südlich von Island aus dem Meer eine Vulkaninsel auf, auf der heute 69 Arten gedeihen. In der im Jahre 70 nach Chr. von den Römern eroberten jüdischen Festung Massada fanden Archäologen Samen, die vor Kurzem als Dattelpalmen wieder ausschlugen.

Das mit zahlreichen Aquarellen bibliophil aufgemachte Buch sensibilisiert für Chancen und Gefährdungen unserer lebenswichtigen Pflanzenwelt. Etwas deutlicher hätte man sich noch Überlegungen gewünscht, wann übermäßig wuchernde Pflanzen zu einer Gefahr werden können. Der Autor zeigt deutlich: In der Natur ist alles miteinander verbunden. Das nicht zu verstehen habe „tiefgreifende Konsequenzen“. Sein Plädoyer: „Jede lebende Spezies ist Teil eines komplexen Beziehungsgeflechts. Schon deshalb verdient es jeder Organismus, geschützt zu werden.“ Über das Staunen hinaus könnte das Buch zu größerer Achtsamkeit und Sorgfalt gegenüber Fauna und Flora führen.



Stefano Manusco: „Die unglaubliche Reise der Pflanzen“, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2020, gebunden 160 Seiten, 22 Euro

WLADIMIR PUTIN

„Globalisierung für alle“

Thomas Röpers Neuauflage über Russlands Präsidenten beleuchtet seinen Aufstieg und die Entwicklung bis zur heutigen Konfrontation

VON WOLFGANG THÜNE

Thomas Röpers Buch über Putin, das er sorgfältig und mühsam zusammengetragen hat, ist spannend und authentisch. Vladimir Putin und Russland erscheinen in einem neuen Licht, fern der gewohnten Klischees und Vorurteile, die unsere westlich geprägten Medien über Jahrzehnte in unsere Hirne eingetrichtert haben.

Im ersten Teil des Buchs beschreibt Röper Putins Aufstieg an die Spitze der Macht, seinen Kampf gegen die Oligarchen und den Aufbau der Beziehungen zum Westen bis zu den ersten Brüchen in der Tauwetter-Politik.

Konfliktherde und Kriege

Im zweiten Teil kommen die Konfliktherde zur Sprache. Im Kaukasus-Krieg überschritt die georgische Armee die Demarkationslinie. Es war keine „russische Aggression“, wie dies die westlichen Medien darstellten. Man könne Putin „gut oder schlecht finden, aber man sollte zumindest nichts mutwillig verfälschen“, so der Autor.

Danach werden die Staatsstreiche in der Ukraine abgehandelt und die Sanktionen als „Dauerbrenner“, die kaum einen Effekt auf Russland zeigten. Dann folgt Syrien, wo mehr bezahlte Söldner als eingesickerte Dschihadisten kämpften. Danach werden die Immigration und der Terrorismus behandelt, die in Putins Augen „die Ursachen für Terrorismus Krieg, Armut, Perspektivlosigkeit und

Mangel an Bildung sind“. „Wir wollen unsere Interessen schützen, ohne dabei unseren Partnern zu schaden.“ Russland habe alle Schläge gut weggesteckt und ist nicht bankrottgegangen, im Gegenteil, seine Devisenreserven sind sogar noch gewachsen.

In Teil drei werden die fünf Valdai-Konferenzen von 2013 bis 2017 behandelt. „Wir sehen, wie viele euroatlantische Länder de facto ihre Wurzeln verleugnen, auch ihre christlichen Werte, die die Basis der westlichen Zivilisation sind. Es werden die moralischen Anfänge und jede traditionelle Identität geleugnet: die nationale, die kulturelle, die religiöse, sogar die geschlechtliche.“ Die größte Stärke Russlands seien „gebildete, kreative, körperlich und geistig gesunde Menschen“.

Direkt an die USA gerichtet, sagte Putin: „Sie müssen sich frei machen von der imperialistischen Politik. Sie müssen aufhören, Millionen Menschen in die Köpfe zu pflanzen, dass es eine andere Politik als die imperiale für die USA nicht geben kann.“ Am Ende müsse man „aus der Globalisierung für Auserwählte eine Globalisierung für alle machen“.



Thomas Röper: „Vladimir Putin. Seht Ihr, was Ihr angerichtet habt?“, Fischer Verlag, Gelnhausen 2019, gebunden, 279 Seiten, 19,95 Euro



Hans-Joachim Röll
Im Strom feindlicher Bomber
Der Eichenlaubträger Heinz Strüning und die deutsche Nachtjagd 1940–1945 232 Seiten
Nr. P 540053 14,95 €

Dies ist die Geschichte von Hauptmann Heinz Strüning. Geboren am 13. Januar 1912 in Neviges bei Wuppertal, trat er im März 1935 in die Luftwaffe ein. Bei Kriegsbeginn zunächst in einer Zerstörerstaffel im Einsatz, wurde er im Juli 1940 zur neu gebildeten NachtjagdwaFFE versetzt. Ab 1942 flog Strüning Nachtjagdeinsätze gegen die alliierten Bomberflotten. Nach 23 Luftsiegen erhielt er am 29. Oktober 1942 das Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz. Ab 1944 flog Heinz Strüning mit der wohl besten deutschen Nachtjagdmaschine, der Heinkel He 219, mit der er sein Abschusskonto weiter in die Höhe trieb. Ausgezeichnet mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz startete er an Heiligabend 1944 zu seinem 280. Feindflug, von dem er nicht zurückkehrte.



Hans-Joachim Röll/Thomas Wende

In der Hölle der Atlantikschlacht – Die Feindfahrten des Wachoffiziers Rudi Walther auf U 87, U 256 und U 92 1942–1945
Dies ist die Geschichte von Oberleutnant zur See Rudolf Walther. Am 30. Juni 1922 in Dohna, Sachsen, geboren, trat er am 1. Oktober 1940 als Seeoffiziersanwärter in die Kriegsmarine ein. Nach seiner Grundausbildung, gefolgt von der praktischen Bordsausbildung auf dem Zerstörer Z 24 wurde er auf U 87 kommandiert, mit dem er an zwei Feindfahrten unter Kapitanleutnant Joachim Berger teilnahm, die ihn vom Nordatlantik bis zur Neufundlandbank und Nova Scotia führten. Als I. Wachoffizier auf U 256, eines der wenigen U-Boote, die zu einem Flak-U-Boot umgebaut worden waren und das unter dem Kommando von Werner Brauel stand, erlebte er die Hölle der Atlantikschlacht der Jahre 1943 und 1944. Schon längst waren die deutschen Unterseeboote vom Jäger zum Gejagten geworden. Mit Beginn der Invasion am 6. Juni 1944 stand auch U 256 am Gegner, wurde allerdings durch Bombentreffer derart beschädigt, dass es zurück zum Stützpunkt musste. Die Besatzung von U 256 übernahm U 92 in Brest und Rudolf Walther war wiederum als I. Wachoffizier mit an Bord. Im Januar 1945 folgte ein Kommandantenlehrgang in Danzig und die Kommandierung auf U 3011, einem Boot von Typ XXI, des zu dieser Zeit wohl modernsten U-Bootes der Welt. 368 S.
Nr. P 540093 Gebunden 19,95 €



Erhard Steiniger

Als Funker an den Brennpunkten der Front
Mit dem Infanterieregiment 151 der 61. ostpreussischen Infanteriedivision in Russland, im Baltikum und Ostpreußen
Der Autor legt mit seinem Werk – ohne Pathos, Verklärung oder Selbstmitleid – das eindrucksvolle Zeugnis eines Grenadiers des Zweiten Weltkrieges vor. Erhard Steiniger, 1920 in Nordwestböhmen geboren und aufgewachsen, beschreibt im ersten Teil seines Buches seine Kindheit und Jugend in Languesst, seinem Heimatort im Sudetenland bis hin zu seiner Einberufung zur Wehrmacht. Mit seinem Einberufungsbescheid in der Tasche geht es am 12. Oktober 1940 nach Beraun zur Infanterienachrichtenersatzkompanie 21, wo er seine sechswöchige Grundausbildung absolviert und zum Funker ausgebildet wird. Sein weiterer Weg führt ihn zum Infanterieregiment 151 der 61. ostpreussischen Infanteriedivision, der er bis Januar 1945 angehören wird. Im Februar 1941 nach Ostpreußen in die Nähe von Labiau verlegt, beginnt mit dem Unternehmen „Barbarossa“ für Erhard Steiniger der Russlandfeldzug. Als Funker mitten im Kampfgeschehen erlebt er die Angriffskämpfe im Baltikum, die Eroberung der baltischen Inseln, die Kämpfe vor Leningrad, am Wolchow und südlich des Ladogasees. Dramatisch und einprägsam schildert er die Rückzugskämpfe in Estland, Kurland und Ostpreußen. Die Kapitulation erlebt er südöstlich von Prag, der die Gefangenschaft in Sibirien folgt. 344 Seiten
Nr. P 540113 Gebunden 16,95 €



Hans-Joachim Röll
Generalleutnant d. Res. Hyacinth Graf Strachwitz
Vom Kavallerieoffizier zum Führer gepanzerter Verbände 220 S/W-Abb. 193 Seiten, mit Schutzumschlag
Nr. P 540015 Geb. 24,95 €

Dies ist die Geschichte von Hyacinth Graf Strachwitz. Am 30. Juli 1893 in Groß-Stein in Oberschlesien geboren, gehörte er einem alten schlesischen Adelsgeschlecht an. Nach seiner Kadettenzeit in Lichterfelde ins Regiment „Garde du Corps“ aufgenommen und von Kaiser Wilhelm II. persönlich zum Leutnant der Reserve befördert, nahm er am Ersten Weltkrieg als Führer von berittenen Fernspähtruppen im feindlichen französischen Hinterland teil. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte er als Führer gepanzerter Verbände im Balkanfeldzug, in Russland, beim Vorstoß auf Stalingrad, der Schlacht um Charkow und bei den Abwehrkämpfen im Frühjahr 1944 im Rahmen der Heeresgruppe Nord. Ausgezeichnet mit den Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern, war er einer der höchst ausgezeichneten Soldaten des Zweiten Weltkriegs.



Richard Freiherr von Rosen

Als Panzeroffizier in Ost und West
Im Panzer III, Tiger und Königstiger in Russland, Frankreich und Ungarn
Am 22. Juni 1941 beginnt mit dem Unternehmen „Barbarossa“ für Richard Freiherr von Rosen als Richtschütze im Panzer III der Krieg gegen die Sowjetunion. Im Rahmen der 4. Panzerdivision in der Heeresgruppe Mitte eingesetzt, erlebt er seine Feuertaufe beim schweren Kampf seines Regiments um Stary Bychow. Nach seiner Versetzung zur schweren Panzerabteilung 502 kämpft er ab Januar 1943 mit dem Panzer VI „Tiger“ zunächst in der Kalmücksteppe. Noch im selben Jahr nimmt Rosen – jetzt als Leutnant und Zugführer bei der 3. Kompanie der Tigerabteilung 503 – an der Operation „Zitadelle“, der größten Panzerschlacht des Zweiten Weltkriegs teil. Es folgen Einsätze an der Invasionsfront in der Normandie und die Operation „Horthy“ sowie die Rückzugskämpfe der schweren Panzerabteilung 503 in Ungarn mit „Königstigern“. Format 24 x 30 cm. 445 Abb. 320 S.
Nr. P 540044 Gebunden mit Schutzumschlag 29,95 €



Roland Kaltenegger

Blutende Fronten
Truppenärzte, Sanitäter und Rotkreuzschwester im Zweiten Weltkrieg 384 Seiten/Gebunden
Nr. P 540075 16,95 €

Dieses Buch ist alles andere als ein Heldenepos, wie man es tausendfach über den Krieg kennt. Es geht hier auch nicht um die großen Schlachterfolge und Siege der Generalität, sondern um die stumme Pflichterfüllung von Menschen, die der Krieg schicksalhaft zusammengeführt hat. In diesem Werk geht es in erster Linie um die Darstellung der leidenden Frontsoldaten und der permanent überforderten Truppenärzte und Sanitäter sowie um das Leben der Rotkreuzschwestern im Inferno des Schlachtgetümmels, um ihr persönliches Schicksal, ihre Ängste, Sorgen und Nöte; aber auch um die Gewissensqualen und Sehnsüchte am Rande der menschlichen Existenz; um den Tod auf dem Schlachtfeld, wenn sich Mann gegen Mann unausweichlich gegenüberstehen.



Werner Held/Holger Nauroth

Die deutsche Nachtjagd
Bildchronik der deutschen Nachtjäger bis 1945 517 S/W-Abb. 240 Seiten/Gebunden
Nr. P 575586 14,95 €

Dieses Buch ist ein Bilddokument der besonderen Art: Es zeigt in äußerst seltenen zeitgenössischen Fotos die Entwicklung der deutschen Nachtjagd und ihren Einsatz im Zweiten Weltkrieg. Über 500 S/W-Aufnahmen wurden zusammengetragen um den Weg dieser Waffengattung vom Entstehen bis zu ihrem Untergang an Hand von Fotos aufzuzeichnen. Sie zeigen die Maschinen und Geräte, aber auch die Menschen, die in einem sinnlosen Krieg einen ungleichen Kampf fochten. Jedem Zeitaschnitt des Bildteils ist ein kurzer Textabriss mit vielen Hintergrundinformationen vorangestellt.



Werner Held

Die deutsche Tagjagd
Bildchronik der deutschen Tagjäger bis 1945 513 S/W-Abb. 232 Seiten/Gebunden
Nr. P 575587 14,95 €

Dieses Buch ist ein Bilddokument der besonderen Art: Es zeigt in äußerst seltenen zeitgenössischen Fotos die Entwicklung der deutschen Tagjagd und ihren Einsatz im Zweiten Weltkrieg. Die einzigartigen Aufnahmen spiegeln das Gesicht des Krieges wider, es entstand ein authentisches Werk, illustriert mit über 500 zumeist unbekannten Aufnahmen. Die Bilder zeigen Menschen nach einem Sieg, Menschen im Elend, Details und Großaufnahmen der Flugzeuge und die Grausamkeit des Krieges. Jedem Zeitaschnitt des Bildteils ist ein kurzer Textabriss mit vielen Hintergrundinformationen vorangestellt.



Günter K. Koschorrek

Vergiss die Zeit der Dornen nicht
Ein Soldat der 24. Panzerdivision erlebt die sowjetische Front und den Kampf um Stalingrad 341 Seiten/Gebunden
Nr. P 540016 14,95 €

Günter K. Koschorrek war nicht Heerführer, nicht Wissenschaftler oder Historiker, er hat in seinem Buch zusammengefasst, was er als einfacher Soldat im Grauen des Krieges täglich aufgeschrieben hat. Sein Erleben des Krieges war ein anderes als das in den Stäben oder Befehlsständen. Der Verfasser war 19 Jahre alt, als ihn der Krieg in seiner schlimmsten Phase einholte und ihn in seine unerbittliche Gewalt nahm. Er hatte zu gehorchen und nicht nach dem Warum zu fragen. Das NS-Regime, das seine Ziele gnadenlos verfolgte, hatte eine ganze Generation unter Eid und in die Pflicht genommen, ihre Ideale schändlich missbraucht. Der Autor berichtet über seine Erlebnisse tagebuchartig, ohne Umschweife und auf objektive Art und Weise und erreicht dadurch eine große Authentizität, die unter die Haut geht.



Franz Kurowski

Hauptmann Hans-Joachim Marseille
Der erfolgreichste Jagdflieger des Afrikafeldzuges 287 S/W- und 22 farb. Abb. Format 24 x 30 cm. Gebunden mit Schutzumschlag. 240 S.
Nr. P 540066 24,95 €

Dies ist die Geschichte von Hauptmann Hans-Joachim Marseille, dem erfolgreichsten Jagdflieger des Afrikafeldzuges. Am 13. Dezember 1919 in Charlottenburg geboren, meldete sich Jochen, wie er von seinen Kameraden und Freunden genannt wurde, nach dem Abitur freiwillig zur Luftwaffe. Bereits während seiner Ausbildungszeit zeigte sich das herausragende Talent des Fliegervirtuosen, aber auch seine draufgängerische Art. Nach Kampfeinsätzen an der Kanalküste wurde er mit seinem Geschwader nach Afrika verlegt, wo sein kometenhafter Aufstieg begann. Ausgezeichnet mit den Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern fand er nach 158 Luftsiegen auf einem Probeflug mit einer nagelneuen Me 109 den Tod. Die vorliegende Neuauflage wurde durch viele bisher unveröffentlichte Fotos ergänzt.



Franz Kurowski

Feldwebel Kurt Knispel
Der erfolgreichste Panzerschütze und Panzerkommandant des Zweiten Weltkriegs 160 Seiten/Gebunden
Nr. P 575734 Geb. 9,95 €

Dies ist die Geschichte von Kurt Knispel, dem wohl erfolgreichsten Panzerschützen und Panzerkommandanten des Zweiten Weltkriegs. Mit über 160 Panzerabschüssen stand Kurt Knispel an der Spitze der Panzerasse, und doch ist nur sehr wenig über ihn bekannt. Als Tigerkommandant bei der schweren Panzerabteilung 503 stand er mit Panzerkommandanten wie Oberfeldwebel Rondorf und Feldwebel Heinz Gärtner an den Brennpunkten des Krieges im Einsatz. Im Kaukasus, an der russischen Nordfront, bei der Operation Zitadelle, im Kessel von Tscherkassy und vielen anderen kriegsentscheidenden Schlachten als Feuerwehr eingesetzt, kämpfte er mit seiner Abteilung gegen einen oft übermächtigen Gegner. Am 29. April 1945 wenige Tage vor Ende des Krieges fand Kurt Knispel mit seiner Besatzung in seinem Tiger den Tod.



Franz Kurowski

Major Heinz-Wolfgang Schnauffer
Der erfolgreichste Nachtjäger aller Zeiten 135 S/W-Abbildungen 160 Seiten/Gebunden
Nr. P 575736 9,95 €

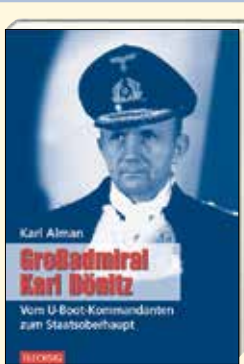
Dies ist die Geschichte von Major Heinz-Wolfgang Schnauffer. Geboren am 16. Februar 1922 in Calw/Württemberg, trat er im Frühjahr 1941 als Offiziersanwärter in die Luftwaffe ein und gelangte zur Nachtjägerwaffe. Am 1. April 1941 zum Leutnant befördert, gelang ihm mit der 2. Gruppe des Nachtjagdschwaders 1 am 2. Juni 1942 sein erster Nachtsieg. Weitere Nachtsiege folgten. Im August 1943 übernahm er die 12. Staffel als Staffelpilote. Zum Oberleutnant befördert, wurde ihm am 31. Dezember 1943 nach 42 Nachtjagdsiegen das Ritterkreuz verliehen, dem das Eichenlaub, die Schwerter und am 16. Oktober 1944 die Brillanten folgten. Mit 121 Abschüssen ging er am Ende des Krieges als erfolgreichster Nachtjäger aller Zeiten in die Annalen ein.



Franz Kurowski

Oberstleutnant Heinz Bär
Als Jagdflieger an allen Fronten 105 S/W-Abbildungen 160 Seiten/Gebunden
Nr. P 575730 9,95 €

Dies ist die Geschichte von Oberstleutnant Oskar-Heinrich Bär. Er war einer der wenigen Jagdflieger, die vom ersten Kriegstag bis zum 8. Mai 1945 im Einsatz standen. Seine ersten Luftsiege errang er im Westfeldzug. Als Jagdflieger an allen Fronten eingesetzt stand er in Frankreich, im Luftkrieg über England, im Mittelmeerraum, in Afrika, in Russland und in der Reichsverteidigung im Einsatz. Ausgezeichnet mit dem Eichenlaub und Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes wurde er von Hermann Göring wegen seiner Unbeugsamkeit vom Gruppenkommandeur zum Staffelpiloten degradiert. Am Ende des Krieges flog er die legendäre Me 262 und erzielte mit ihr weitere 16 Abschüsse. Mit 221 anerkannten Luftsiegen zählt er zu den erfolgreichsten Jagdfliegern aller Zeiten.



Karl Alman

Großadmiral Karl Dönitz
Vom U-Boot-Kommandanten zum Staatsoberhaupt 51 S/W-Abb., 328 S./Gebunden
Nr. P 575629 14,95 €

Karl Dönitz, geboren am 16. September 1891 in Grünau bei Berlin und gestorben am 24. Dezember 1980 in Aumühle, war deutscher Marineoffizier im Ersten und Zweiten Weltkrieg, der als U-Boot-Kommandant und dann als Befehlshaber der U-Boote und Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Seekriegsgeschichte geschrieben hat. Karl Alman beschreibt das Leben von Karl Dönitz von seiner Geburt, über die Ausbildung zum Seeoffizier, seine Einsätze im Ersten Weltkrieg, seinen Aufstieg im Zweiten Weltkrieg zum Oberbefehlshaber der Marine, die kurze Zeit als Nachfolger von Adolf Hitler als Staatsoberhaupt, sowie seine Verurteilung durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, seine Gefangenschaft und sein Leben wieder in Freiheit bis zu seinem Tod.



Luc Brauer/Hans-Joachim Röll

Korvettenkapitän Otto Adalbert Schnee
Mit U 23, U 6, U 60, U 201 und U 2511 auf Feindfahrt
Dies ist die Geschichte von Korvettenkapitän Adalbert Schnee. Am 31. Dezember 1913 in Berlin geboren, trat er am 8. April 1934 als Seeoffiziersanwärter in die Reichsmarine ein. Am 1. April 1937 zum Leutnant zur See befördert, entschied sich Schnee zur noch jungen U-Boot-Waffe zu wechseln. Zunächst als 1. Wachoffizier auf U 23 unter Otto Kretschmer, dem erfolgreichsten U-Boot-Kommandanten des Zweiten Weltkriegs, eingesetzt, erlebte Adalbert Schnee den Beginn des Krieges. Ab 19. Juli 1940 selbst U-Boot-Kommandant lief er mit U 6, U 60, U 201 und nach einer Zeit als Admiralstabsoffizier beim Befehlshaber der Unterseeboote mit U 2511, einem Boot des völlig neuen Typs XXI, zu Feindfahrten aus. Mit über 95.000 Bruttoregistertonnen versenkten Schiffsraums und ausgezeichnet mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes, gehörte er zu den erfolgreichsten U-Boot-Kommandanten des Zweiten Weltkriegs. 321 S/W-Abb., 272 Seiten im Großformat 24 x 30 cm
Nr. P 540068 Gebunden mit Schutzumschlag 29,95 €



Volkmar Kühn

Mit Rommel in der Wüste
Kampf und Untergang des Deutschen Afrikakorps 1941-1943 502 S/W-Abb. 360 Seiten/Gebunden
Nr. P 540056 24,95 €

Als Italien im September 1940 von Libyen aus in das von britischen Truppen besetzte Ägypten einmarschierte und sich nach einer britischen Offensive eine Niederlage der Italiener in Afrika abzeichnete, entschied Hitler im Februar 1941 Wehrmachtstruppen nach Tripolis zu entsenden. Das war die Geburtsstunde des Deutschen Afrikakorps! In den folgenden zwei Jahren war dieser Verband unter seinem charismatischen Führer Erwin Rommel in wechselvolle Kämpfe in der afrikanischen Wüstenlandschaft verwickelt. Diese führten das Deutsche Afrikakorps auf seinem Vormarsch über Tobruk und Sollum in das heiß umkämpfte El Alamein in Ägypten, wo die deutschen und italienischen Truppen nach bitteren Verlusten zum Rückzug gezwungen wurden. In Tunesien von alliierten Truppen in den Zweifrontenkrieg gezwungen, kapitulierten das Deutsche Afrikakorps und seine italienischen Verbündeten am 12. und 13. Mai 1943.



Armin Böttger

Im Panzer – Ich habe überlebt
Stationen und Impressionen des Lebensweges eines Panzersoldaten der deutschen Wehrmacht 360 Abbildungen. 352 Seiten
Nr. P 540017 Geb. 19,95 €

In diesem Buch schildert Armin Böttger, wie er als namenloser Soldat nach manchen Umwegen quer durch Europa in vielen Schlachten und Gefechten an der zurückweichenden Ostfront als Funker in einem Panzer der 12. Schwadron, Panzerregiment 24 der 24. Panzerdivision das Kriegsgeschehen miterlebte. Er überlebte den Krieg trotz einer schweren Verwundung, die er sich beim Abschuss seines Panzers zugezogen hatte, und die Flucht aus Ostpreußen über das zugefrorene Haff. Dabei fotografierte er immer wieder – zum Teil bereits Farbfotografien! Diese Bilder und der authentische Zeitzeugenbericht aus der Sicht eines einfachen Soldaten sind ein zeitgeschichtlicher Beitrag von frappierender Relevanz.



Erhard Jähmert

Mit dem Stukageschwader 3 an der Ostfront 1943–1945
93 S/W-Abb. 224 Seiten/Gebunden
Nr. P 540002 14,95 €

Im Juni 1943 zum Oberleutnant befördert, war Erhard Jähmert als Staffelpilote in der III. Gruppe/Stukageschwader 3 bei seinem 500. Feindflug an der Versenkung dreier russischer Zerstörer auf der Krim beteiligt. Von Januar bis Oktober 1944 als Hauptmann mit Sondervollmachten an die Sturzkampfpielfiegerschule nach Deutsch-Brod kommandiert, kehrte er Ende Oktober 1944 nach Kurland zur Front zurück, wo er bei der Bekämpfung von feindlichen Panzern mit der Fw 190 eingesetzt wurde. Im Mai 1945 noch zum Major befördert, wurde ihm nach eigenen Angaben am 30. April 1945 das Eichenlaub zum Ritterkreuz verliehen. Nur wenige Tage später geriet er in britische Gefangenschaft, aus der er bereits Ende Juli 1945 wieder entlassen wurde.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (* nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname	Name
Straße/Nr.	Telefon
PLZ/Ort	
Datum	Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN

Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de

Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● AUFGESCHNAPPT

Als Hundebesitzer sollte man seinen Liebling besser zu Hause lassen, „wenn man zum ersten Mal Zeit mit Orientalen verbringt“. Denn „in vielen Kulturen“ gelte der Hund als „unrein“. Auch vermeide man direkten Widerspruch, das sei „eine Frage des Ehrverständnisses“. Bei körperlichen Berührungen, etwa Händeschütteln, „mit Personen des anderen Geschlechts“ halte man sich zurück. Derartige Hinweise entstammen nicht etwa einem Reiseführer für die Länder des arabischen Raums, sondern dem Band „Ich bin ein Fremder gewesen“, den die „Württembergische Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Weltmission“ verantwortet. Ein „Buch für den Gemeindealltag“ sei es, eine Werbung für „bessere Willkommenskultur“, wie es auf „ekd.de“ heißt. Die „biblischen Impulse“ des Werkes machten deutlich, „dass eine Unterstützung für Migranten, insbesondere für Christen geboten ist“. Das ist ganz im Sinne des württembergischen Landesbischofs Frank Otfried July, der auf eine „flüchtlingsbereite“ Kirche setzt. E.L.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Deckel drauf

Wie man eine schlechte Inszenierung doch noch rettet, und wie wir den Pöbel in Schach halten

VON HANS HECKEL

Es gibt gutes Filmmaterial und es gibt schlechtes. Manch schlechtes Material können Fachleute am Schneidetisch durch geschicktes Zurechtschnipseln noch retten. Anderes dagegen fällt dermaßen mies aus, dass es die Kritiker richten müssen. Die preisen den Müll solange in absurd hohen Tönen, bis sie das Publikum in eine Art Trance versetzt haben, in welcher es den Schundfilm tatsächlich für eine Offenbarung hält.

Ein TV-Schlager von letzterer Art schlug unter dem Titel „Der Sturm auf den Reichstag“ in unseren Wohnzimmern ein. Der Streifen wird uns noch lange, sehr lange im Gedächtnis bleiben. Auch, weil Heerscharen hochprofessioneller Kritiker und Nachbearbeiter dafür sorgen wollen, dass wir den Film nie wieder aus den Köpfen bekommen.

Was eine Meisterleistung darstellt, denn es handelt sich wahrlich um eine absolut erbärmliche Inszenierung. Fangen wir mal mit dem Drehort an.

Da bauen einige Leute eine Bühne direkt vor dem Reichstag auf, vor der sich dann Demonstranten versammeln, unter denen etliche die rechtlichen Grundlagen der Bundesrepublik und damit des Parlaments, das im Reichstag arbeitet, massiv in Zweifel ziehen. Während aber sonst im ganzen Berliner Zentrum Tausende Beamte absperren, Ketten bilden und Demonstranten keine Sekunde aus den Augen verlieren, stehen hier gerade einmal drei Uniformierte oben auf der Reichtagstreppe, während an den leicht zu überwindenden Absperrgittern zwischen dem Gebäude und den Protestierern kein einziger Polizist zu sehen ist. Welcher Regisseur denkt sich so einen Blödsinn aus? Da muss man ja glauben, die wollten den Reichstag gar nicht schützen! Schon im Aufgalopp büßt die Produktion also jeden Anspruch auf Realitätsnähe ein. Das hätte man mit ein bisschen mehr Sorgfalt besser hinkriegen können.

Dann der sogenannte „Sturm“: Gut, wir sind ja verwöhnt vom „Sturm auf das Winterpalais“ (der auch nur in seiner Nachinszenierung dramatisch aussah) oder den auf die Bastille, also liegen unsere Maßstäbe recht hoch und wir sollten bereit sein, Kompromisse zu machen und Nachsicht zu üben mit unerfahrenen Nachwuchs-Regisseuren. Aber das hier? Das ging denn wirklich zu weit. Ja, ein paar Männchen traben tatsächlich ein we-

nig, die meisten aber latschen eher auf die Freitreppe, als dass sie „stürmen“.

Auch danach will sich keine Spannung aufbauen. Niemand versucht, ins Gebäude zu gelangen, keiner greift die drei Beamten oben auf der Treppe an, weshalb diese selber für die erwartete Zuspitzung sorgen müssen und per Geschrei, Knüppelschwingen und Reizgaseinsatz etwas Schlachten-Atmosphäre verströmen. Als dann die Verstärkung anrückt, lassen sich die „Stürmer“ widerwillig, aber ohne echte Gegenwehr oder gar handfesten Widerstand von der Treppe drängen. Das war's! Nein, wirklich? Ja, tatsächlich.

Na ja, zum Glück nicht ganz. Immerhin hatten einige der „Stürmer“ schwarz-weiße Fahnen mitgebracht, die sie eifrig schwenkten. Das ist bekanntlich die Fahne des Wilhelminischen Kaiserreichs, das laut Vizekanzler Olaf Scholz ein besonders „dunkles Kapitel“ darstelle. Fürwahr, dieses Reich war beispielsweise ein bärbeißiger Rechtsstaat, in dem Gesetze und Verträge sogar dann noch galten, wenn sie der „Haltung“ der Regierenden zuwiderliefen. Und über das Steuergeld des Volkes durfte allein das vom Volk gewählte Parlament verfügen.

Dieser Tage hat Wolfgang Schäuble, Bundestagspräsident und davor lange Jahre Scholzens Vorgänger als Bundesfinanzminister, vorgeschlagen, dieses Recht zu einem erheblichen Teil nach Brüssel zu verlagern. Da bestimmen über unser Geld dann nicht mehr Vertreter des dummen Volkes, sondern eine erlauchte Kommission, die kein Volk gewählt hat und die sich daher um die Macken des Pöbels einen Dreck schert. Sicher, ein „Parlament“ gibt's in Brüssel auch. Aber über dessen demokratische Grundlagen und Rechte wollen wir aus Höflichkeit und natürlich aus EU-Begeisterung lieber schweigen.

Die schwarz-weiß-roten Fahnen waren der dünne, aber lange Hebel, an dem die Nachbearbeiter ihr grandioses Werk beginnen konnten. Heraus kam ganz großes Kino, das Sie alle begeistert mitverfolgen können, samt Heldenehrung und einem Pathos, das wir sonst nur angesichts epochaler historischer Umbrüche genießen dürfen. Ein Fest!

Und zwar eines, das nicht bloß aus Spaß an der Freud' veranstaltet wird. Es dient ganz und gar einem edlen Zweck. Die Sause soll uns vergessen machen, was sich nur ein paar hundert Meter weiter, am Großen Stern unter der Siegessäule, zusammengerotet hat. Dort haben Zehntausende demonstriert, knapp

Im Kaiserreich galten Gesetze und Verträge sogar dann noch, wenn sie der „Haltung“ der Regierenden zuwiderliefen. Fürwahr, ein „dunkles Kapitel“



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● STIMMEN ZUR ZEIT

Andreas Kopietz wundert sich in der „Berliner Zeitung“ schon am 26. August, wie unterschiedlich Demonstrationen in Deutschland bewertet werden:

„Bei der ‚Black Lives Matter‘-Demo gegen Rassismus drängten sich im Juni 15.000 Leute auf dem Alexanderplatz. Mund-Nasen-Schutz war damals keine Auflage (warum eigentlich nicht?). Viele trugen auch keine Maske. Den Aufforderungen der Polizei, die Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten, folgten die meisten nicht. In der Bewertung der Demo, bei der der Infektionsschutz nicht so wichtig schien, zeigten sich Linke, Grüne und SPD begeistert. Offenbar gilt das Motto: Gute Demo, schlechte Demo.“

Dushan Wegner ordnet in seinem Blog (26. August) das später aufgehobene Verbot der Berliner „Querdenken“-Demonstration auf ganz eigene Weise ein:

„Mancher fragt sich, ob Demonstrationen wirken. Ähnlich wie zu Wahlen ließe sich formulieren: ‚Wenn Demonstrationen wirken würden, wären sie verboten.‘ – Jetzt wurde eine Demonstration gegen die Regierung verboten. Die gute Nachricht ist also: Die Frage, ob Demonstrationen wirken, ist beantwortet.“

Sahra Wagenknecht (Linkspartei) zieht bei „ntv.de“ (31. August) fünf Jahre nach Angela Merks „Wir schaffen das!“ Bilanz:

„Es gibt heute nicht weniger, sondern noch mehr Schulen, in denen die Mehrheit der Kinder allenfalls gebrochen Deutsch spricht, noch mehr verzweifelte Lehrer, die nicht wissen, wie sie unter diesen Bedingungen solide unterrichten sollen ... Die meisten Zuwanderer von damals haben bis heute keinen Arbeitsplatz oder unsichere, extrem schlecht bezahlte Jobs, die jetzt in der Krise wieder infrage stehen. Nein, Merkel hat es nicht geschafft.“

Fabio de Masi, der für die Linkspartei im Bundestag sitzt, kritisiert im Deutschlandfunk (1. September) die Entfremdung seiner Partei vom „kleinen Mann“:

„Ich glaube, es kommt bei der Parteiführung vor allem darauf an, dass wir die Wähler-Milieus, die wir verloren haben in den letzten Jahren, auch aufgrund eigener Fehler, die Arbeiter, die Angestellten, zurückholen. Da müssen wir auch etwas demütig sein und vielleicht ausstrahlen, dass wir uns manchmal zu sehr darum bemüht haben, wie man korrekt spricht, und zu wenig um die realen Sorgen und Probleme von Menschen.“

Milosz Matuschek enthüllt den Lesern der „Neuen Zürcher Zeitung“ (1. September) eine simple Wahrheit:

„Die Statistik gibt gerade den ‚Covidioten‘ recht: Sowohl die Zahl der Hospitalisationen als auch jene der Todesfälle geht in allen europäischen Ländern seit Wochen zurück.“

● WORT DER WOCHE

„Wozu also werden solche Zahlen überhaupt veröffentlicht, wenn jeder weiß, dass sie nicht stimmen?“

Prof. Klaus-Dieter Zastrow vom Hygiene-Institut Berlin in der „Bild“-Zeitung vom 1. September zur täglichen Bekanntgabe der Zahl positiver Corona-Tests